

Zum Zweck der theoretischen Verortung des Postdemokratie-Diskurses ist es zunächst sinnvoll, den historischen Kontext zu skizzieren, unter dem die postdemokratischen Krisendiagnosen formuliert wurden: Nie zuvor schien das liberale Demokratiemodell anderen Regierungs- und Staatsformen so überlegen zu sein wie es in den ersten Jahren nach dem Ende des Kalten Krieges der Fall war. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion änderte sich nicht nur die militärische Bedrohungslage für die westlichen Demokratien schlagartig, auch der ideologische Kampf zwischen Sozialismus und Demokratie schien zugunsten des liberalen Modells entschieden worden zu sein. Doch die Euphorie über die viel versprechende Zukunft der Demokratie westlichen Vorbilds und ihre friedensstiftende Kraft, die viele Politikwissenschaftler verspürten und die ihren wohl prägnantesten Ausdruck in Francis Fukuyamas berühmter These vom „End of History“ fand (Fukuyama 1989, 1992), hielt nur kurz an. Bereits in den 1990er Jahren mündete die politikwissenschaftliche Diskussion über die Gegenwart und Zukunft der Demokratie wieder häufiger in Krisendiagnosen, wobei die Rede von der „Postdemokratisierung“ seit einigen den entsprechenden Diskurs beherrscht.

Zunächst äußerten jedoch v. a. Autoren aus der Teildisziplin „Internationale Beziehungen“ die Erwartung, dass der Einfluss der Wirtschaftsakteure im Zeitalter der Globalisierung und nach dem Ende des ideologischen Dualismus zwischen demokratischer Markt- und sozialistischer Planwirtschaft den Spielraum politischer Handlungen zunehmend einengen würde (vgl. u. a. Rosenau und Czempiel 1992, S. 4 ff.). Zahlreiche Studien lieferten empirische Belege für eine entsprechende Entwicklung und prognostizierten eine fortschreitende Entmachtung politischer Akteure in demokratischen Nationalstaaten, deren logische Folge auch Einflussverluste der Bürger auf das politische Handeln wären (Hardt und Negri 2000; Fuchs 2005). Bekanntermaßen geriet im Zuge dieses Diskurses der Nationalstaat sowohl als maßgeblicher Ort politischen Handelns als auch als (demokratie-) theoretische

Kategorie nach Ansicht zahlreicher Politikwissenschaftler und Ökonomen ins Wanken: Mit sinkender Handlungsfähigkeit nationalstaatlicher Akteure, seien es Politiker oder Wähler, schwinde auch die nationale Identität, sie werde zunehmend durch lokale bzw. regionale und supranationale Bezugspunkte ersetzt (Schirm 2000, S. 378; Robertson 1998; Niederberger 2012, S. 413 ff.), und – so die maßgeblich von Ulrich Beck vertretene soziologische Perspektive – von einem zunehmenden Individualismus geschwächt (Beck 1993, 1996).

So umstritten diese Thesen im Einzelnen sein mögen, nicht zu leugnen sind zumindest einige der empirischen Beobachtungen, auf denen sie beruhen. Beispielsweise können die zunehmende Relevanz supra- und internationaler Organisationen in Bezug auf die nationale politische Entscheidungsfindung, die sinkende Partizipationsbereitschaft der Bürger in Bezug auf die Nutzung klassischer Partizipationsformen und ihre zunehmend skeptische Einschätzung der Leistungsfähigkeit demokratischer politischer Systeme – was von vielen Autoren als „Politikverdrossenheit“ bezeichnet wird – als empirisch gut belegt gelten (Kaase und Newton 1995; Fuchs und Klingemann 1995; Arzheimer 2002; Dalton 2004; Gabriel et al. 2007; Hay 2007). Und es steht aus einer normativen Perspektive ebenso außer Zweifel, dass entsprechende Entwicklungen die Grundlagen demokratischen Handelns tangieren.

Fraglich und umstritten bleibt angesichts solcher Entwicklungstendenzen jedoch, welche Konsequenzen sie haben werden und wie diese aus normativer Perspektive zu bewerten sind. Auf der Basis dieser Fragen wurde die These von der „Demokratie in der Krise“, die auch von den Autoren des Postdemokratie-Diskurses artikuliert wird, am Ende des 20. Jahrhunderts zu einem der wichtigsten Forschungsthemen der normativen wie empirischen politikwissenschaftlichen Forschung in Europa und den USA – und knüpft damit an wichtige Arbeiten aus den 1970er Jahren an, die ebenfalls eine kritische Haltung zur Entwicklung der Demokratie in den westlichen Regierungssystemen eingenommen hatten.

Zunächst geschah dies, wie gesagt, v. a. im Kontext von Arbeiten über „Governance“, in denen ‚moderne‘ Regierungsformen beschrieben und diskutiert wurden, die den Anforderungen der globalisierten Welt entsprechen sollten (vgl. Schuppert 2005). Hier blieb der Diskurs jedoch vorwiegend auf funktionale Aspekte des Wandels politischer Entscheidungsfindungsprozesse in modernen Demokratien beschränkt.¹ Ab Mitte der 1990er Jahre thematisierten jedoch maßgeblich

¹ Diese Fokussierung trifft in der wissenschaftlichen Diskussion der 1990er Jahre in besonderer Weise, jedoch nicht nur, auf die Governance-Forschung zu. Auch anhand von Wolfgang Merkel's Begriff der „defekten Demokratie“ kann sie verdeutlicht werden: Merkel et al. definieren defekte Demokratien als „Herrschaftssysteme, die sich durch das Vorhandensein

Autoren aus dem Bereich der Politischen Theorie nicht mehr nur die Frage nach der *Funktionalität* gewandelter politischer Entscheidungsstrukturen, sondern auch die *normative Qualität* von Governance-Strukturen und Veränderungen der politischen Entscheidungsfindungsprozesse auf der nationalen Ebene (vgl. Benz 2004, S. 16; Kooiman 2006, S. 149 f.; Fuchs 2003). So rückten Fragen nach den Bedingungen legitimen politischen Handelns und nach der Vereinbarkeit der wahrgenommenen oder erwarteten Veränderungsprozesse mit dem Verständnis von Demokratie als der Selbstregierung freier und gleicher Bürger in den Vordergrund. Denn Legitimität hängt nicht nur von institutionellen Strukturen ab, sondern auch von deren Nutzung durch partizipierende Bürger, und steht zudem – wie v. a. post-strukturalistisch argumentierende Autoren eindrucksvoll argumentiert haben – in einem engen Zusammenhang zu den innerhalb einer Gesellschaft einflussreichen Deutungsmustern, die das jeweilige Verständnis davon, was legitimes Handeln ist, prägen (vgl. Fuchs 2007, S. 158 ff.; Vorländer 2006; Foucault 2004).

Auf dieser Beobachtung und Perspektive basiert auch die Rede von der Postdemokratisierung, die innerhalb weniger Jahre zur wichtigsten Krisendiagnose auf Seiten der Politischen Theorie wurde.² Die Diagnose einer Legitimationsproblematik gilt demnach nicht (mehr) nur für inter- und supranationale Institutionen wie die Vereinten Nationen (UNO), die World Trade Organization (WTO) und die Europäische Union, der mit besonderem Nachdruck ein „Demokratiedefizit“ attestiert wurde (vgl. bspw. Fuchs 2003), sondern auch die nationalstaatlichen Demokratien sind nach Ansicht von Theoretikern wie Colin Crouch, Jacques Rancière und Sheldon Wolin mit einem als „Neoliberalisierung“ bezeichneten Wandel wirkmächtiger Ideologien und Deutungsmuster seit dem Ende des Kalten Krieges konfrontiert, die gleichzeitig Einfluss auf ihre Handlungsoptionen und Legitimationsgrundlagen haben. Im Zeitalter der „neoliberalen Ideologie, die heute beinahe überall auf der Welt die Politik der Regierungen bestimmt“ (Crouch 2008, S. 138), müssten Demokratien einerseits ihren Handlungsspielraum bewahren, um zur Zufriedenheit der Bürger

eines weitgehend funktionierenden demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen, aber durch Störungen in der Funktionslogik eines oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind“ (Merkel et al. 2003, S. 66).

² In einem anderen, gelegentlich im Kontext der Area Studies verwendeten, Verständnis wird unter dem Begriff der ‚Postdemokratisierung‘ die Aufgabe des unbedingten Ziels der Demokratisierung als Ziel internationalen politischen Handelns verstanden. Valbjørn und Bank (2010) sprechen in diesem Kontext vom Ende der „demo-crazyness“. Dieser Postdemokratiebegriff hat jedoch keine inhaltlichen Bezüge zu den Arbeiten der hier diskutierten Theoretiker und wird daher im Folgenden nicht weiter untersucht.

agieren zu können, andererseits sind sie mit einem steigenden Effizienzdruck konfrontiert, der die Übergabe ehemals staatlicher Aufgaben an privatwirtschaftlich agierende Akteure nahezulegen scheint (vgl. Rancière 1999, S. 110 f.).

Der postdemokratische Diskurs über die Krise der Demokratie ist also eng verbunden mit den theoretischen Reflexionen über einen zweiten Kern- und Streitbegriff der zeitgenössischen politischen Theorie, den so genannten „Neoliberalismus“, und v. a. die Postdemokratiethese von Crouch kann im weitesten Sinne als Anknüpfung an die Überlegungen der Kritischen Theorie zu den „Legitimationsproblemen im Spätkapitalismus“ gesehen werden (Habermas 1973; Schäfer 2010). Die Wahrnehmung der Verbreitung neoliberaler Überzeugungen, d.h. einer politischen Denkweise, die ihre Handlungspräferenzen in erster Linie an den Interessen ökonomischer Akteure ausrichtet, wird von den Postdemokratie-Autoren – mehr oder weniger explizit – zugleich als Ursache und als zentrale Legitimationsressource der Transformation liberaler Demokratien beschrieben. Der Postdemokratie-Diskurs kann zusammenfassend also als ein Teil der politikwissenschaftlichen Analyse demokratischer Funktions- und Qualitätsdefizite am Beginn des 21. Jahrhunderts beschrieben werden, der einen zunehmenden Bedeutungsverlust zentraler demokratischer Werte und/oder Institutionen konstatiert und diesen unter Rückgriff auf empirisch beschreibbare Phänomene zu belegen versucht. Der Vorteil des Postdemokratie-Konzeptes liegt, wie im Folgenden noch näher ausgeführt wird, darin, dass es die Möglichkeit bietet, die verschiedenen Krisenphänomene in einen gemeinsamen Rahmen zu integrieren und darin zu verorten.

Als grundlegende These des postdemokratischen Diskurses kann die Annahme betrachtet werden, dass die politische Entscheidungsfindung in westlichen Demokratien in den rund 20 Jahren seit dem Ende des Kalten Krieges wesentlich und immer stärker durch ökonomische/neoliberale Begründungslogiken beeinflusst wurde und dass dies mit der zunehmenden Entmachtung der Bürger einhergeht. Zudem gehen mit Wolin, Rancière und Crouch alle drei ‚Gründungsväter‘ des Postdemokratie-Diskurses von einem egalitaristischen (und im Falle von Crouch und Wolin auch partizipatorisch-republikanischen) Demokratiebegriff aus, der das Ziel demokratischen Handelns darin sieht „to make it possible for ordinary people to better their lives by becoming political beings and by making power responsive to their hopes and needs“ (Wolin 2008, S. 260; vgl. auch Rancière 1999, S. 101 und Crouch 2004, S. 142).³

³ Mit Blick auf Rancières Demokratiebegriff mag die Rede von einem geteilten Demokratieverständnis der drei Autoren zunächst fraglich erscheinen. Selbstverständlich distanziert sich Rancières Terminologie, die im institutionellen Setting bestenfalls vage Hinweise auf die Demokratiehaftigkeit eines politischen Systems vermutet, in vielerlei Hinsicht von den

Trotz der Gemeinsamkeiten von Crouch, Rancière und Wolin in Bezug auf ihre Terminologie und Krisendiagnose unterscheiden sich die Theoretiker des Postdemokratie-Diskurses jedoch maßgeblich in Bezug auf ihre theoretische Verortung, Argumentationsweisen und Schlussfolgerungen, was den Begriff „zwischen einer kulturkritischen und einer demokratietheoretischen Bedeutung“ schillern lässt (Hirsch und Voigt 2009, S. 12). Zudem erheben alle drei Autoren zwar den Anspruch der Geltung ihrer Aussagen für die westlichen Demokratien im Allgemeinen, sie argumentieren jedoch vornehmlich unter Bezugnahme auf ihre jeweiligen Heimatländer Großbritannien, Frankreich und den USA. Um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede verschiedener Arbeiten zur Postdemokratie genauer zu identifizieren, werden im vorliegenden Kapitel die zentralen Arbeiten von Crouch, Rancière und Wolin umfassender als es bislang in der deutschsprachigen Literatur der Fall war, dargestellt, bevor sie in Kap. 3 verglichen und auf ihre Innovationsleistung hin befragt und in Kap. 4 schließlich als öffentlichkeitsrelevante Kategorie rekonstruiert werden.

Colin Crouch war zwar nicht der erste Theoretiker, der den Begriff der Postdemokratie gebrauchte, sein Konzept ist jedoch zugleich das elaborierteste und bekannteste innerhalb dieses Diskurses (vgl. Jörke 2010, S. 19 f.) und er liefert zudem die wichtigste Grundlage für die weiteren Reflexionen dieser Arbeit. Entsprechend werden – anstelle einer chronologischen Darstellung – zunächst Crouchs Überlegungen dargestellt (Abschn. 2.1), bevor die Arbeiten von Rancière und Wolin zur Postdemokratie erörtert werden (Abschn. 2.2 und 2.3).

Den drei Darstellungen liegt dabei jeweils die gleiche Vorgehensweise zugrunde: Zunächst werden jeweils die theoretische Verortung des Autors und seine grundlegende(n) These(n) dargestellt. Anschließend wird dargestellt, wie der jeweilige Autor den Begriff der Postdemokratie (bzw. im Fall von Sheldon Wolin auch der „managed democracy“) definiert und welche Relevanz und Aussagekraft ihm zugesprochen wird. An dieser Stelle wird auch darauf eingegangen, inwiefern das jeweilige Begriffsverständnis ein theoretisches bzw. empirisches ist, bevor die theoretischen und empirischen Begründungen der Postdemokratisierung und ihrer normative wie funktionale Bewertung untersucht werden.

Beschreibungen Crouchs, Wolins und vieler anderer Autoren. Dennoch kann festgehalten werden, dass er ein auf Gleichheit zielendes Demokratieverständnis hat bzw. dass Politik für ihn durch die ursprüngliche Gleichheit aller Menschen begründet wird (vgl. May 2008, S. 38 ff.; Niederberger 2009, S. 105) und insofern unter anderem in dieser Hinsicht gut mit Crouch und Wolin vergleichbar (siehe Abschn. 2.4).

2.1 Postdemokratie im Werk von Colin Crouch

Auch wenn sein einflussreichstes Buch einen solchen Schwerpunkt vielleicht vermuten ließe, konzentrierten sich die Arbeiten des britischen Soziologen und Politikwissenschaftlers Colin Crouch (geb. 1944) vor der Veröffentlichung von „Postdemokratie“ (2008a [2004]) weniger auf den Bereich der Demokratietheorie als auf die Wirtschaftssoziologie und Politische Ökonomie. Folglich ordnet er sich bis heute auch selbst keiner demokratietheoretischen Strömung zu, er kann auf der Basis seiner Schriften aber als Befürworter eines kommunitaristischen bzw. partizipativen Demokratiemodells beschrieben werden.

Sein Demokratieideal ähnelt in vielerlei Hinsicht jenem, das Benjamin Barber als „Strong Democracy“ titulierte und umfangreich beschrieben hat (vgl. Barber 1984), wenngleich Colin Crouch keinen direkten Bezug auf diesen Autor nimmt. Wie Barber befürwortet Crouch jedoch die Einführung weitgehender politischer Beteiligungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene und kritisiert immer wieder das liberale Demokratieverständnis, welches ihm mit Blick auf die Partizipation der Bürger und die Anforderungen an politisches Handeln, das als demokratisch bezeichnet werden kann, als zu wenig anspruchsvoll erscheint.

Die relativ niedrigen Anforderungen, die im Rahmen des liberalen Demokratieverständnisses an das Funktionieren des politischen Systems gestellt werden, führen zu einer Zufriedenheit, die uns blind machen kann für ein neuartiges Phänomen, das ich als ‚Postdemokratie‘ bezeichnen möchte. (Crouch 2008a, S. 10)

Obwohl er auch auf die Arbeiten von Robert A. Dahl keinen direkten Bezug nimmt, weist sein Demokratieverständnis zudem große Ähnlichkeit mit dessen Beschreibung von Demokratie bzw. Polyarchie auf. Diese resultiert zum einen aus Dahls (1989) Annahme eines Stufenmodells von Demokratie, wonach ein politisches System zwischen den beiden Polen der vollwertigen Demokratie (in Dahls Terminologie als „Polyarchie“ bezeichnet) und der Nicht-Demokratie („closed hegemony“) angesiedelt sein und seine Position im Zeitverlauf auf der von dem Gegensatzpaar beschriebenen Achse verändern kann – ungefähr so, wie sich Staaten bei Crouch zwischen den Polen der minimalen Demokratie und der Postdemokratie befinden können. Auch die von Dahl entwickelten „Qualitätskriterien“ der Demokratie („effective participation“, „voting equality at the decisive stage“, „enlightened understanding“, „control of the agenda“, „inclusion“) (vgl. Dahl 1989, S. 109 ff.) stimmen mit Crouchs Demokratiebegriff, der in erster Linie die gleichen Einflussmöglichkeiten aller Bürger vorsieht, überein.

In seinen Forschungen untersucht Crouch zumeist jedoch nicht die demokratische Qualität politischer Systeme, sondern unter anderem den sozialen Wandel in Westeuropa im 20. Jahrhundert (Crouch 1977, 1999a, 1999b, 2008c; Crouch

und Pizzorno 1978), den Einfluss von Gewerkschaften auf den industriellen Sektor (Crouch 1982, 2007) und die Relevanz staatlicher Strukturen, tradierter politischer Handlungs- und Erklärungsmuster auf die nationalen Wirtschaftsakteure (Crouch 1993, 2005, 2010; Crouch und Streek 1997). Seine damit verbundene, langjährige und kritische Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus (vgl. u. a. Crouch 2008d, 2011) und seine umfangreiche Analyse der Konsequenzen des sozialen Wandels am Ende des 20. Jahrhunderts legten schließlich die Grundsteine für die Überlegungen zur Postdemokratie, die Crouch maßgeblich während seiner Tätigkeit am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz entwickelte, wo er von 1995 bis 2004 als Professor für „Comparative Social Institutions“ forschte.

2.1.1 Das Konzept der Postdemokratie bei Crouch

Die Postdemokratisierung politischer Systeme ist nach Crouch durch vier Merkmale charakterisiert, die in zunehmendem Maße in westlichen Demokratien beobachtet werden können. Erstens: Auf der formal-institutionellen Ebene bleiben demokratische Institutionen und Prozeduren erhalten, so dass der Blick von außen, ohne Kenntnis des internen Prozesses der Demokratie, sie zunächst für normativ intakt halten würde. Dies entspricht nach Ansicht Crouchs jedoch nicht der demokratischen Realität, da die grundlegenden demokratischen Institutionen und Prozeduren formal zwar Bestand haben, de facto verlören sie jedoch massiv an Bedeutung für die demokratische Entscheidungsfindung (Crouch 2008a, S. 10, 13).

Daraus resultiert das zweite Merkmal der Postdemokratie, wonach Parteipolitik und der Wettkampf der Parteien um Wählerstimmen zunehmend von Inhalten, die später Regierungspolitik programmieren sollen, befreit werden. An die Stelle klarer Programmatik und der Diskussion politischer Handlungsoptionen seien personalisierte Wahlkampfstrategien getreten, politische Parteien degenerierten zu „Apparaten zum Stimmenfang“ (Crouch 2008b, S. 7). Als Mittler zwischen politischer Elite, dem neo-korporatistisch organisierten intermediären System und der Bevölkerung würden Parteien zunehmend irrelevant, ihre Aufgabe werde sukzessive an Meinungsforschungsinstitute übertragen. Daraus resultierten neue Verhaltensweisen der „politischen Klasse“, die gegenüber den Wählern zunehmend wie eine „Firma“ gegenüber ihren Kunden auftrete – der einzelne Politiker agiere wie ein Investor oder Manager, dessen Leben nur noch wenige Berührungspunkte mit demjenigen der breiten Öffentlichkeit aufweise. „Wenn dieser Prozess vollkommen entfaltet ist, werden wir in einer politischen Verfassung leben, in der Parteipolitik nur noch die vordemokratische Aufgabe erfüllt, den Mitgliedern der eigenen Gruppe zu Verwaltungs- oder politischen Ämtern zu verhelfen. Dies war selbstverständlich immer eine Schlüsselfunktion innerhalb des politischen

Prozesses. Aber in einer starken Demokratie können Politiker ihre Karriereziele nur erreichen, wenn sie bestimmte Interessen und Bewegungen repräsentieren, denn Meinungsmanipulation mittels Marktanalyse reicht nicht“ (Crouch 2008b, S. 5). Linke ebenso wie rechte Parteien befänden sich in einer postdemokratischen Konstellation ‚außerhalb‘ der Gesellschaft und würden die öffentliche Meinung und gesellschaftliche Interessen eher manipulieren als sie zu repräsentieren – woraus sich ein gravierendes Legitimationsdefizit ergebe.

Die Inhalte der Politik werden in der Postdemokratie drittens zunehmend von der „Firma“ bestimmt, entstehen also als direkte Folge des Zusammenwirkens politischer und ökonomischer Akteure. Crouch wählt den Begriff der „Firma“, um diese Form der politischen Entscheidungsfindung erstens von demokratischen Handlungen abzugrenzen und zweitens, um die an einer marktwirtschaftlichen Denkweise orientierte Zielsetzung der Akteure zu verdeutlichen: diese ist nicht gemeinwohl-, sondern profitorientiert (wobei unter Profit sowohl die Optimierung des Wahlergebnisses als auch finanzielle Ziele auf individueller oder Unternehmensebene verstanden werden kann). Politische Entscheidungen sind somit nicht mehr systematisch mit dem (aufgrund zunehmender politischer Apathie ohnehin geringer werdenden) Input der Bürger verkoppelt und dienen dem Gemeinwohl höchstens auf eine indirekte Weise: als Resultat einer im besten Fall prosperierenden Wirtschaft. Sie werden den Bürgern stattdessen durch politische Führer „verkauft“, die sich weniger durch programmatische Ideale als durch eine hohe Medienkompetenz auszeichnen. Auch die Massenmedien – die in der Mehrzahl ja bekanntermaßen „Kuppelprodukte“ sind, also sowohl einen gesellschaftlich-politischen als auch einen ökonomischen Auftrag erfüllen sollen – agierten nämlich zunehmend gemäß ökonomischer Logiken und vernachlässigten ihre Vermittlungs- und Informationsfunktion (Crouch 2008a, S. 63 ff.). Um profitmaximierend arbeiten zu können müssten sie in der Mehrzahl ihre publizistischen Produkte für ein Massenpublikum produzieren und dazu die Komplexität und den Anspruch ihrer Darstellungen herunterschrauben. Zwar gebe es mit der wachsenden Zahl der Informationsquellen und -titel auch immer mehr „special interest“-Angebote auf dem Mediensektor, die diese Defizite in der individuellen Nutzung ausgleichen könnten, die jedoch nicht geeignet seien, um die Öffentliche Meinung substantiell zu beeinflussen.

Aus dieser Situation folgt viertens, dass die Bürger als Demos zwar nicht *de jure*, aber *de facto* entmachtet werden. Postdemokratie ist in diesem Verständnis eine Scheindemokratie im institutionellen Gehäuse einer vollwertigen Demokratie. Die Bürger wählen zwar politische Repräsentanten, diese agieren jedoch in einem System, das ihnen die Möglichkeit der Repräsentation weitgehend verwehrt – unabhängig davon, ob sie dieses Politikverständnis persönlich vertreten oder nicht. In der Terminologie von Jane Mansbridge (2009) hat ein Repräsentant in der Post-

demokratie also gar nicht mehr die Möglichkeit, dem normativ wünschenswerten „Selektionsmodell“ der Repräsentation zu folgen, gemäß dessen er die Interessen seiner Wähler auf der Basis einer Kongruenz seiner Überzeugungen mit den Wünschen und Absichten der Repräsentierten vertritt. Stattdessen *kann* die Postdemokratie nur Repräsentation auf der Basis des Sanktionsmodells leisten, wonach die Bürger gegebenenfalls ihre Unzufriedenheit mit den Leistungen ihres politischen Vertreters ex post durch die Abwahl bzw. Abberufung aus dem Amt zum Ausdruck bringen können.

Als treibende Kraft des politischen Handelns in zunehmend postdemokratisch organisierten politischen Systemen identifiziert Crouch ökonomische Interessen, die von der wohlhabenden gesellschaftlichen Elite vertreten würden. Dieser sei es gelungen, im politischen Zentrum und innerhalb weiter Teile der Bevölkerung eine neoliberale Weltansicht zu hegemonialisieren, die ihnen die Durchsetzung ihrer Interessen erleichtert, unter anderem indem sie einen Marktbegriff etabliert habe, der Privatunternehmen pauschal effizientes Wirtschaften und Kundenorientierung zuspreche und staatlichen Dienstleistungen „ebenso pauschal“ Inkompetenz und Arroganz unterstelle (Crouch 2011, S. 11). Ermöglicht worden sei die Hegemonie des Neoliberalismus einerseits durch die Krise des Keynesianismus während der Inflation in den 1970er Jahren und durch die (ökonomische) Globalisierung, die beide wesentlich dazu beigetragen hätten, dass transnational agierende Unternehmen politische Macht und wichtige Wettbewerbsvorteile errungen hätten und dass sich sozialstaatskritische Argumentationen (wieder) im politischen Diskurs etablieren konnten, die schließlich von einflussreichen Politikern wie Margaret Thatcher aufgenommen worden seien (Crouch 2011, S. 160 f.). Vor diesem Hintergrund sei eine umfassende Deregulierung der Finanzmärkte befördert worden, die wiederum einen weiteren Beitrag zum Einfluss- und Steuerungsverlust staatlicher Politik zur Folge gehabt hätten.

Wie er vor allem in seinem Buch „Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ (2011) verdeutlicht, versteht Crouch unter Neoliberalismus ein Wirtschaftskonzept und eine Ideologie, die wirtschaftlichen Interessen Vorrang vor Sozialstaatlichkeit und einem egalitär orientierten Gemeinwohlverständnis einräumen und die den freien Markt als das beste Mittel, um die Befriedigung individueller und gesellschaftlicher Bedürfnisse zu erreichen, ansehen (ebd.: S. 11 ff.). Der Neoliberalismus ist für ihn zugleich die Ursache und das Instrument der zunehmenden ‚Postdemokratisierung‘ vieler westlicher politischer Systeme, da dieser einerseits den zunehmenden Einfluss wirtschaftlicher Akteure und Interessen legitimiere und propagiere und zugleich zu einer zunehmenden Schwächung demokratischer Institutionen und Prozesse führe. Es gehöre „zur neoliberalen Strategie, das ökonomische Denken auf alle Teile der Gesellschaft auszudehnen, so dass nirgendwo mehr

andere Werte gelten können“ (ebd.: S. 153 f.). Eine solche eindimensionale Denkweise stehe jedoch im Widerspruch zu der Funktionsweise von Demokratie, deren Gegenstand gerade in der Vermittlung und Abwägung zwischen verschiedenen Interessen, Perspektiven und Werten liege.

Während in der Mitte des 20. Jahrhunderts mit dem zunehmenden Einfluss des Keynesianismus die Ansicht, dass „die Ökonomie nur gedeihen könne, wenn es auch der Masse der abhängig Beschäftigten einigermaßen gut ginge“, vorherrschend gewesen sei, sei in den 1980er Jahren die den Neoliberalismus kennzeichnende „*shareholder*-Ökonomie“ zum wirtschaftspolitischen Ideal avanciert (Crouch 2008a, S. 18, vgl. auch 2011, S. 150 ff.). Diese habe dazu geführt, dass den Interessen der Aktionäre immer häufiger Vorrang vor den Interessen der abhängig Beschäftigten bzw. den Kunden und Konsumenten gewährt worden sei. Die daraus resultierende Machtakkumulation von Lobbys, Unternehmern bzw. CEOs und finanzstarken Bürgern habe dazu geführt, so Crouchs grundlegende These, dass die „Mehrheit der Bürger“ in modernen Demokratien eine zunehmend „passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle“ spiele. Sie könnte zwar die massenmedial vermittelte Inszenierung von Politik beobachten, hätten selbst aber kaum noch politischen Einfluss. „Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten“ (Crouch 2008a, S. 10). Die Vertreter wirtschaftlicher Interessen, v. a. jener von transnationalen Konzernen, säßen heute nicht mehr in der „Lobby“, also *vor* den Kabinettsälen der Regierungen, sondern sie seien direkt an politischen Entscheidungen beteiligt (Crouch 2011, S. 186).

Hinzu sei nach dem Ende des Kalten Krieges die Unhinterfragbarkeit des liberalen Demokratieverständnisses gekommen. Die niedrigen Anforderungen, die im Rahmen dieses Demokratieverständnisses an das Funktionieren des politischen Systems gestellt werden, hätten viele Bürger blind werden lassen gegenüber zentralen Veränderungen innerhalb des institutionellen Systems und der Gesellschaft (Crouch 2008, S. 10). Sie hätten sich daher an die neoliberale Rhetorik „gewöhnt“, auch wenn sie ihren eigenen politischen Interessen und Bedürfnissen eigentlich zuwiderlaufe. Implizit (jedoch ohne direkte Bezugnahme) scheint Crouch mit diesen Überlegungen an die Hegemonie-Theorie Gramscis anzuknüpfen, nach der die Hegemonie einer dominanten Klasse ebenfalls auf einer Verknüpfung von Institutionen, sozialen Beziehungen und Ideen basiert und nicht zuletzt durch intellektuelle sowie moralische Führung gekennzeichnet ist. So basiert die Postdemokratisierung in der Terminologie Gramscis auf einem „ideologischen Terrain“, das von ökonomischen, zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren gestaltet wurde und weiterhin wird, die „eine Reform der Bewusstseins- und der Erkenntnismethoden“ bewirken konnten und entsprechend eine „neue Moral“ eingeführt haben“ (Gramsci H10.II, § 12, S. 1264).

Alle vier Aspekte von Crouchs demokratischer Krisendiagnose lassen sich in der politik- und kommunikationswissenschaftlichen Diskussion in anderer Terminologie wiederfinden – in der Regel jedoch einzeln und nicht als verschiedene „Symptome“ (Crouch 2008a, S. 30) eines Krankheitsbildes. So wird die Gewichtsverschiebung zwischen Exekutive und Legislative zugunsten Ersterer auf allen Ebenen des politischen(Mehrebenen-)Systems von Artur Benz (1998) und Julia von Blumenthal (2003) als „deparliamentarization“ oder als „post-parliamentary democracy“ bezeichnet; Peter Mair (2006, S. 25) spricht mit Bezug auf die Europäische Union von „democracy without a demos“ und stimmt damit in den großen Chor derjenigen ein, die eine Legitimationskrise europäischer Politik beklagen (für eine Übersicht vgl. Bieling 2008). Der Neoliberalismus ist in den letzten Jahren mehrfach kritisch in der Politikwissenschaft diskutiert worden (vgl. bspw. Biebricher 2008; Butterwegge et al. 2008; Willke 2003) und in der Kommunikationswissenschaft wird bereits seit den 1990er Jahren kritisch über die Rolle der Medien als „vierte Gewalt“ bzw. über die „Mediokratie“ diskutiert (Hecker und Rupp 1997; Meyer 2001). Crouch nimmt hier also gleich mehrere Beobachtungen auf und fügt sie unter dem Begriff der „Postdemokratie“ zu einer integrierten Konzeption zusammen.

Crouch konstatiert dabei allerdings nicht, dass jene Länder, die wir gewohnheitsmäßig als ‚die westlichen Demokratien‘ bezeichnen, heute besser durch den Terminus der ‚Postdemokratie‘ als durch die Bezeichnung ‚Demokratie‘ beschrieben würden. Er geht vielmehr davon aus, dass sich diese Staaten in einem Entwicklungsprozess hin zur Postdemokratie befinden, welcher sich erwartungsgemäß über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten hinweg erstrecken wird. Die Transformation zur Postdemokratie (hier als „Postdemokratisierung“ bezeichnet), erfolgt in der Terminologie von Crouch also nicht durch Revolutionen oder grundlegende Veränderungen der Verfasstheit eines Staates und wird auch nicht durch eine Gruppe eigeninteressiert agierender Akteure veranlasst. Stattdessen beschreibt die Postdemokratisierung einen langsamen, in vielerlei Hinsicht schleichenden Veränderungsprozess. Zur Illustration dieser Überlegungen bildet Crouch den demokratischen Entwicklungsprozess in Form einer Parabel ab, deren Scheitelpunkt (t_{\max}) die maximale Demokratiehaftigkeit eines Staates markiert (Crouch 2008a, S. 11 f.; vgl. Abb. 2.1)⁴. Die Abszisse beschreibt den Zeitverlauf, die Ordinate bildet die demokratische Qualität eines Staates ab.

Aufgrund des kurvenförmigen Verlaufs der Demokratieentwicklung und dem Fortbestand wichtiger demokratischer Institutionen auch nach dem Zeitpunkt t_2 ,

⁴ Crouch bezeichnet diesen Prozess als „parabelförmige“ Entwicklung. Dieser Begriff erscheint jedoch unglücklich gewählt, da der Begriff der Parabel im mathematischen Sinne einen Kegelschnitt beschreibt, der folglich achsensymmetrisch zum Scheitel der Parabel ist. Diese Symmetrieanforderung (die bedeuten würde, dass die Demokratisierungs- und

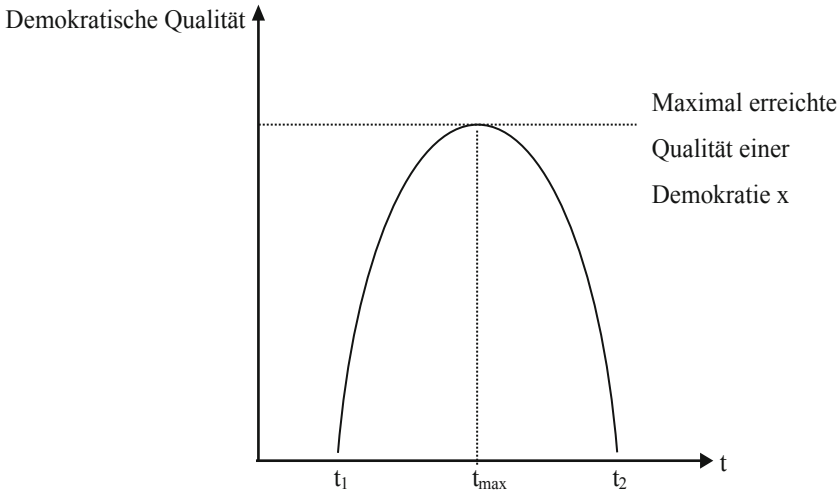


Abb. 2.1 Die „parabelförmige“ Entwicklung moderner Demokratien nach Crouch. (Quelle: Eigene Darstellung)

wählt Crouch den Begriff der „Postdemokratie“ zur Beschreibung derjenigen staatlichen Organisationsform, die er seit einigen Jahren in zahlreichen westlichen Demokratien als im Entstehen begriffen sieht. Die postdemokratische Staatsform könne nicht als „undemokratisch“ bzw. als Gegensatz zur Demokratie bezeichnet werden, sie sei jedoch dadurch gekennzeichnet, dass normative Qualitätsansprüche und funktionale Institutionalisierungsform analytisch als unabhängige Größen betrachtet werden könnten. Schließlich gelte, dass „virtually all the formal components of democracy survive within post-democracy, which is compatible with the complexity of a ‚post‘-period“ (Crouch 2004, S. 22). Die politischen und rechtlichen Errungenschaften aus dem Zeitalter der Industrialisierung blieben allgegenwärtig, sie seien jedoch „nicht mehr die treibende Kraft der Politik“ (Crouch 2008b, S. 5).

Dennoch könne die Postdemokratisierung als eine Minderung der demokratischen Qualität der betroffenen politischen Systeme bezeichnet werden, da diese dem Ideal der Selbstregierung der Bürger zunehmend weniger gerecht würden. Crouch prägt den Begriff der Postdemokratie also einerseits normativ, als nega-

Postdemokratisierungszeiträume gleich lang sind) erfordert Crouchs Theorie jedoch nicht (zumindest finden sich in seiner Beschreibung keine Hinweise auf eine solche Bedingung). Stattdessen beschreibt Crouch de facto eine kurvenförmige Entwicklung im Zeitverlauf, die ein globales Maximum erreicht.

Tab. 2.1 Die Postdemokratie nach Crouch im Vergleich mit anderen Staatsformen. (Quelle: Eigene Darstellung)

	Undemokratischer Staat	Demokratie	Postdemokratie
Verwirklichung demokratischer Leitideen	X	✓	X
Vorhandensein einer demokratischen Institutionalisierungsform	X	✓	✓

tive Zukunftsvision, andererseits als Extrapolation eines Entwicklungsprozesses, der noch in keinem politischen System abgeschlossen ist, der aber in vielen westlichen Demokratien zu beobachten sei. Er stellt eine enge Verbindung zwischen der normativen Qualität eines politischen Systems (ergo: der Verwirklichung demokratischer Leitideen) und dem Grad seiner Postdemokratisierung (ergo: der sinkenden praktischen Relevanz der demokratischen Leitideen) her. Eine hohe normative Qualität resultiert für Crouch maßgeblich aus der Interaktion demokratischer Parteien mit neokorporatistischen Akteuren und der Bevölkerung und aus der ausgewogenen Informationsleistung, die die Massenmedien für die Gesellschaft erbringen. Er ergreift in seiner Diskussion der Postdemokratisierung also Partei für ein partizipationsorientiertes, sozialstaatliches und zugleich korporatistisch organisiertes Demokratieideal, dessen Vorzugswürdigkeit aus der Annahme der Freiheit und Gleichheit aller Bürger ebenso resultiert, wie aus den Rahmenbedingungen politischen Handelns in der Moderne, die durch Komplexität und Differenzierung gekennzeichnet ist.

Bedauerlicherweise verzichtet Crouch jedoch auf eine Spezifikation des Begriffes der Postdemokratie, indem er ihn nicht in Relation zu antidemokratischen Staatsformen wie der Autokratie, dem Totalitarismus oder Feudalismus stellt.⁵ Es lässt sich aus seinen Überlegungen jedoch schlussfolgern, dass sich „undemokratische“ im Gegensatz zu postdemokratischen Staatsformen dadurch auszeichnen, dass sie weder demokratische Leitideen verwirklichen, noch eine demokratische Institutionalisierungsform aufweisen. Entsprechend kann man die Postdemokratie mit Crouch idealtypisch anhand der beiden Merkmale „Verwirklichung demokratischer Leitideen“ und „Vorhandensein einer demokratischen Institutionalisierungsform“ von der Demokratie und von undemokratischen Staatsformen unterscheiden (vgl. Tab. 2.1).

⁵ Eine in dieser Hinsicht theoretisch anspruchsvollere, wenngleich auf anderen empirischen Beobachtungen bzw. Krisendiagnosen beruhende, Diskussion der Konsequenzen neoliberaler Hegemonie für die demokratische Qualität in Deutschland und anderen westlichen Demokratien hat beispielsweise Ingeborg Maus (1991) mit dem Begriff des „Neofeudalismus“ vorgelegt.

So betrachtet ist Crouchs „Postdemokratie“ hier nicht nur ein normativer, sondern auch ein analytischer Terminus. An der Zielsetzung seines gleichnamigen Buches (2008a) – „zu untersuchen, wo wir heute auf dem Kontinuum zwischen den Polen stehen und in welche Richtung sich die Politik entwickelt“ (Crouch 2008a, S. 11) – wird deutlich, dass Crouchs Verwendung des Begriffes der Postdemokratie sowohl in der Entwicklung als auch in der theoretischen Relevanz mit einem empirischen Verständnis von Politikwissenschaft verknüpft ist. Die beschriebenen Eigenschaften der Postdemokratie sollen zugleich als Indikatoren für empirische Messungen verwendet werden können, entsprechend ist die Anbindung an beobachtbare Veränderungen der demokratischen Prozesse und Entscheidungsfindung ein zentrales Merkmal von Crouchs Argumentation.

2.1.2 Belege für die Postdemokratisierungs-These

Crouch und andere, in seinem Sinne postdemokratisch argumentierende, Autoren identifizieren entsprechend dieser Programmatik zahlreiche Hinweise dafür, dass die westlichen Demokratien zunehmend postdemokratische Merkmale aufweisen, wenngleich sie noch nicht als Postdemokratien bezeichnet werden können/müssen. „However, we should expect to see some erosion in the longer term, as we move, blasé and disillusioned, further and further away from maximal-democracy“ (Crouch 2004, S. 22).

Colin Crouch führt vor allem Belege aus dem britischen, amerikanischen und australischen Kontext für eine entsprechende Entwicklung an – zum Beispiel den Mitgliederverlust der Gewerkschaften und die Kürzungen von Sozialleistungen in Großbritannien seit der Thatcher-Regierung, sowie das Ausbleiben gravierender öffentlicher Proteste nach dem Bekanntwerden der Manipulation von Ergebnissen der US-Präsidentenwahl in Florida (vgl. ebd.: S. 22 f.). Zudem nennt er mögliche Indikatoren für eine postdemokratische Entwicklung wie beispielsweise die Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich, den Abbau von Wohlfahrtsstaatlichkeit, das Fehlen bzw. Entfallen von Regularien zur Eindämmung des Einflusses mächtiger Interessengruppen sowie die Verdrängung der Stimmen von „normalen Menschen“ aus der öffentlichen Arena (Crouch 2008a, S. 11).

In „Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ (Crouch 2011) analysiert er zudem die Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 als Beleg für die Konsequenzen einer neoliberalen Hegemonie bzw. postdemokratischen politischen Konstellation. Erst im Zuge einer postdemokratischen Konstellation sei es den Banken und Unternehmen möglich geworden, von den Vorhöfen der politischen Macht in das Zentrum derselben zu gelangen, da dieser Zugang von der Akzeptanz der zentralen neoliberalen Prämisse, wonach die Handlungslogik der Ökonomie jener der Demokratie bzw. des Politischen überlegen sei, herrühre. Dabei geriet jedoch nach

Ansicht Crouchs eine wichtige Differenzierung zunehmend in den Hintergrund: jene zwischen Ökonomisierung und Privatisierung (ebd.: S. 119 ff.). Während Ökonomisierung darauf abziele, Dienstleistungen staatlicher Anbieter marktfähig zu machen, verstehe man unter Privatisierung die Überführung öffentlichen Vermögens in Privateigentum. Der Neoliberalismus halte eine Ökonomisierung staatlicher Betriebe ohne Privatisierung für unmöglich und gehe zudem davon aus, dass jede Privatisierung zur Ökonomisierung führe (ebd.). Anhand der Beispiele der Privatisierung der Schienensysteme in Großbritannien und des Stromnetzes auch in anderen europäischen Stromnetzes belegt Crouch jedoch, dass vor allem die zweite Annahme immer dann ein Trugschluss ist, wenn die Privatisierung nicht mit einem verschärften Wettbewerb auf dem relevanten Markt einhergeht, sondern zu Oligopolen und Monopolen führe. Dies sei bei den Privatisierungen der letzten Jahre sehr häufig der Fall gewesen, da staatliche Dienstleister historisch vorwiegend in eben jenen Sektoren etabliert worden waren, wo kein hinreichender Wettbewerb möglich gewesen sei. Die Misserfolge der Privatisierungsbemühungen gingen in solchen Fällen nicht nur auf Kosten der Kunden, sondern brächten auch die demokratischen Systeme bei ihren Bürgern in Misskredit, da diese die Politik für die ausbleibenden Wohlfahrtsgewinne verantwortlich machten.

Crouch selbst führt in seinem Postdemokratie-Essay keine detaillierten statistischen Belege oder andere empirische Daten an, die diese Indikatoren untersuchen oder zumindest eine solche Entwicklung indirekt belegen könnten. Stattdessen verweist er lediglich auf eine seiner älteren Studien zu dem (sich parabelförmig entwickelnden) politischen Einfluss der englischen Arbeiterbewegung (Crouch 1999b) und auf die Studien der Trilateralen Kommission, also eines elitären Zirkels hochrangiger Persönlichkeiten aus Westeuropa, Japan und den USA, deren Ergebnisse in einem von Pharr und Putnam herausgegebenen Sammelband zusammengefasst wurden (Pharr und Putnam 2000). Sie belegen die sinkende Handlungsfähigkeit der Politiker, die – damit zusammenhängenden – zunehmenden Zweifel der Bevölkerung an der Legitimation ihrer politischen Repräsentanten und die Anzeichen einer wachsenden Demokratiemüdigkeit auf Seiten der Bürger (vgl. für einen knappen Überblick Putnam et al. 2000). Diese Studien geben jedoch – wie Crouch selbst einräumt – eine elitäre Perspektive wieder und können nicht als angemessene oder gar umfassende Überprüfung seiner Postdemokratiethese gewichtet werden. Implizit scheint er sich jedoch auch auf andere Daten zu berufen, die eine zunehmend skeptische Haltung der Bürger gegenüber ihrem politischen Regime bzw. der konkreten Ausgestaltung der Demokratie in ihrem Staat belegen (vgl. bspw. Dalton 2004).

Andere Autoren haben postdemokratische Entwicklungstendenzen im Sinne Crouchs jedoch auch für andere Nationen, u. a. Thailand und Deutschland, beschrieben (vgl. Glassman 2007; Jörke 2010, S. 17; Ritzi und Schaal 2010; Embacher 2009, S. 85 ff.) und die Postdemokratisierung zudem als eine Grundlage des europäischen Einigungsprozesses der letzten Jahre (vgl. Jacobson

2003) identifiziert. Zahlreiche Staaten durchlaufen demnach einen langsamen Entwicklungsprozess, währenddessen sie sich ausgehend von feudalistischen bzw. autoritären Staatsformen erst mehr oder weniger schnell zu Demokratien entwickelt haben, um sich schließlich nach einer gewissen Zeit wieder zunehmend von ihrem „demokratischen Maximum“ (Crouch 2004, S. 22 f.) zu entfernen. Keiner dieser Autoren hat bislang jedoch eine umfangreiche empirische Studie zur Überprüfung von Crouchs Postdemokratie-Konzept vorgelegt. Stattdessen werden lediglich vereinzelte Statistiken zitiert oder mögliche länderspezifische Indikatoren für die Postdemokratie-These vorgelegt. Eine vergleichsweise umfangreiche Untersuchung hat dabei der Berliner Politikwissenschaftler Serge Embacher (2009) vorgelegt, der die These der Postdemokratisierung mit einer Untersuchung des Demokratieverdrusses in Deutschland verbindet. Leider basiert die Studie jedoch auf einer einzigen Datenerhebung, einer durch qualitative Interviews vorbereiteten repräsentativen Bevölkerungsbefragung, und lässt somit eine Längsschnittdimension vermissen. Vor diesem Hintergrund kann sie zwar als Beleg für die Nähe des Postdemokratisierungsdiskurses zu Überlegungen zur Politik- und Demokratieverdrossenheit dienen, jedoch nicht als Überprüfung von Crouchs Konzept.

Es bleibt also weitgehend ungeprüft, inwiefern Crouchs These, dass Profitmaximierung und die Unterminierung neokorporatistischer Ordnungsmodelle bereits heute in vielen demokratischen Staaten zum zentralen Ziel nicht nur ökonomischen, sondern auch politischen Handelns geworden seien, von empirischem Gehalt ist. Ehemals öffentliche Aufgaben sind nach Ansicht Crouchs privatisiert und outgesourct worden, ehemals gemeinwohlorientierte Bewertungsstandards durch Kosten-Nutzen-Abwägungen ersetzt und die Flexibilität der Angestellten wurde anstelle ihrer Sicherheit zum Leitbild des Arbeitsmarktes erklärt (vgl. Crouch 2004, S. 40 f.). Nur beispielhaft seien hier Privatisierungen im Bereich der Energieversorgung, Telekommunikation, medizinischen Versorgungs- und Verkehrsinfrastruktur genannt. Auf diese Weise habe sich die Funktionsweise des politischen Systems grundlegend verändert: Sie gleiche zunehmend derjenigen einer Firma. Die Politiker würden zunehmend in Kategorien von Investition und (persönlichem Macht-) Profit denken, die Gemeinwohlorientierung ihrer Arbeit schwinde und parteipolitische Programmatiken wiesen eine zunehmend populistische Ausrichtung aus, seien ansonsten inhaltlich jedoch instabil und beliebig. Auch den Bedeutungsverlust des Politischen an und für sich nähmen sie billigend in Kauf. Denn durch die zunehmende Abgabe von Aufgaben und Entscheidungskompetenz werde bereits in vielen Demokratien eine weitere Facette der Postdemokratisierung sichtbar: „Government becomes a kind of institutional idiot“ (Crouch 2004, S. 41), der nach und nach nicht nur den Willen, sondern auch die Fähigkeit zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben verlöre.

Empirisch wie theoretisch unterbelichtet bleibt in diesem Konzept jedoch die Frage, wieso die Bürger ihrer eigenen zunehmenden Entmachtung scheinbar tatenlos zusehen. Weshalb stößt das beschriebene Legitimitätsdefizit nicht auf den erbitterten Widerstand der Wähler, die jederzeit frei wären, neue Parteien zu gründen, gegen politische Entscheidungen zu protestieren oder zivilen Ungehorsam zu üben?⁶ Crouch deutet hierfür zwar gleich vier mögliche Gründe an – er erläutert jedoch keinen davon ausführlich oder bringt sie systematisch miteinander in Verbindung. Erstens identifiziert er die zunehmende Politikverdrossenheit als „Flucht“ der Bürger ins Private und wenig erfolgreiche Form des Protests gegen die mächtigen Interessen der Ökonomie (vgl. Crouch 2004, S. 81). Zweitens führe die Individualisierung zu einer sinkenden Bereitschaft zu öffentlichem Engagement und der abnehmenden Interessenkongruenz verschiedener Bevölkerungsmitglieder, was kollektives Handeln für Teile der Gesellschaft erschwere (vgl. Crouch 2004, S. 56 ff.). Drittens geht er vom Hegemonialwerden bzw. Hegemonialgewordensein der neoliberalen Denkweise aus, die eine steigende Akzeptanz gegenüber der Verschlechterung der individuellen Lebensbedingungen begründe (vgl. Crouch 2004, S. 41 f.). Und viertens verweist er auf die sich verschlechternde Leistung der Massenmedien in modernen Demokratien, die aus Konzentrationsprozessen und einer zunehmenden Profitorientierung der Eigentümer resultiere (vgl. Crouch 2004, S. 46 ff.). Massenmedien müssten sich zunehmend darauf konzentrieren, marktfähige Produkte herzustellen – auch wenn dies zum Teil im Widerspruch mit ihrem demokratischen Auftrag stünde. „The attention of the reader, listener or viewer has to be grabbed quickly if one media firm is to take custom from another. This prioritizes extreme simplification and sensationalization, which in turn degrade the quality of political discussion and reduce the competence of citizens“ (Crouch 2004, S. 46 f.). Umfangreiche und gut recherchierte „Special-Interest“-Angebote, wie sie vor allem im Print-Sektor und zunehmend auch im Internet gefunden werden können, seien wegen ihrer geringen Reichweite nicht dazu in der Lage, die Defizite des Mainstream-Diskurses auszugleichen. Die Folge sei ein irreversibler Qualitätsverlust des öffentlichen politischen Diskurses:

People may feel vaguely aware that they have little understanding of what is going on in government and politics, and they may feel bewildered that all they hear about are political personalities, scandals and inflated bits of trivia. But the trail back from there to the logic of a certain kind of fast-moving market is impossible for them to find. (Crouch 2004, S. 48)

⁶ Entsprechend widersprechen Ereignisse wie die Proteste der Bürger gegen das Bauprojekt „Stuttgart 21“ Crouch Postdemokratie-Beschreibungen eher, als dass sie von ihnen prognostiziert werden würden.

Crouch spricht dem öffentlichen Diskurs also offensichtlich eine zentrale demokratische Funktion zu; so könnte beispielsweise selbst angesichts von allgemeinen und freien Wahlen nicht von einer akzeptablen demokratischen Qualität die Rede sein, wenn der vorherige öffentliche Diskurs nur noch ein „tightly controlled spectacle, managed by rival teams of professional experts in the techniques of persuasion“ (Crouch 2004, S. 4) sei. An anderer Stelle kritisiert er „dass die Öffentlichkeit heute weder in sich einheitlich genug noch nah genug an der Politik ist, um hinreichend Druck auf die Politiker auszuüben, wenigstens im Vergleich zu Unternehmen“ (Crouch 2011, S. 227). Andererseits unternimmt er jedoch keine Anstrengung, die von ihm beschriebenen Wandlungstendenzen (vor allem mit Blick auf die Diskursinhalte) empirisch zu belegen. Er verweist lediglich vage auf erwartbare Folgen ökonomischer Konzentration im Mediensektor und die daraus angeblich resultierende zunehmende Personalisierung, Boulevardisierung und Skandalisierung in der massenmedialen Berichterstattung. Diese Argumentation erscheint angesichts der hohen Relevanz, die der politischen Öffentlichkeit im Kontext der Postdemokratisierungs-Hypothese zugeschrieben wird, ausgesprochen dürftig. Und alle vier Gründe bieten keine hinreichende Erklärung dafür, dass die zunehmend postdemokratische Entscheidungsfindung von den Bürgern (zumindest ex post bzw. durch Stillschweigen) legitimiert wird. Was Crouch an dieser Stelle diagnostiziert, könnte in anderer (neutraler) Terminologie u. a. als Wandel von einer input- zu einer outputorientierten Demokratie bezeichnet werden (Scharpf 1970, 1998). Vermutlich, weil er postdemokratische Entscheidungsprozesse generell als nicht demokratisch-legitim bzw. nicht legitimierbar ansieht, verzichtet er jedoch auch darauf, diese Konzeptionalisierung und die damit in Verbindung stehenden Ergebnisse empirischer Forschungen zu diskutieren.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass Crouch keine umfangreiche empirische Fundierung seiner Thesen vorlegt. Die wenigen Daten, die er benennt bzw. benennen kann, beziehen sich überwiegend auf Forschungsergebnisse, die in anderen theoretischen Kontexten erhoben wurden. Inhaltlich beziehen diese sich vor allem auf die Legitimations- und Vertrauenskrise der politischen Eliten in den Augen der Bürger, sowie den Einflussverlust der Interessenvertretung der Arbeiter (die in diesem Kontext mit den sozial schwachen Bevölkerungsteilen gleichgesetzt werden). Weitgehend empirisch unterbelichtet bleibt jedoch seine Kernthese, die die zunehmende Dominanz ökonomischer Interessen im politischen Prozess konstatiert. Eine entsprechende Dominanz bzw. neoliberale Hegemonie müsste sich dabei nicht nur in einer Analyse der politischen Outputs (z. B. einem steigenden Anteil wirtschaftsfreundlicher Gesetzgebungen) widerspiegeln, sondern vor allem in einer Diskursanalyse der politischen Öffentlichkeit (z. B. durch

einen steigenden Anteil ökonomischer Sprecher in der massenmedialen Öffentlichkeit bzw. durch einen Nachweis des von ihm konstatierten Niveauabfalls der argumentativen Qualität der massenmedialen Berichterstattung (Crouch 2008a, S. 36 ff.). Beide Analyseformen werden von Crouch jedoch kaum thematisiert und auch nicht als Forschungsdesiderate gekennzeichnet, weshalb das empirische Fundament seines Denkens insgesamt als ausgesprochen dünn bezeichnet werden muss.

2.1.3 Bewertung der Postdemokratisierung durch Crouch

Laut Crouch ist die Politik am Beginn des 21. Jahrhunderts also in einen schwer zu durchbrechenden Teufelskreis geraten: Neoliberale Effizienzkriterien zwingen sie zur Aufgabe von Handlungskompetenz und Entscheidungsverantwortlichkeit, wodurch die Politik angesichts rasanten technischen und informativen Fortschrittes weitere, fachliche Kompetenzverluste erleidet, weshalb sie zu einem inkompetitiven Akteur wird und weitere Zuständigkeiten abgeben muss. Bereits heute ließe sich feststellen, dass „democracy has simply not kept pace with capitalism’s rush to the global“ (Crouch 2004, S. 29). Dies gelte nicht nur für die Herstellung gemeinwohlorientierter Güter und Dienstleistungen, sondern auch in Bezug auf demokratische Institutionen als Informationslieferanten und Aggregationsinstanzen. Die zunehmende Übertragung dieser beiden, eng an die Legitimität demokratischer Handlungen verknüpften, politischen Aufgaben an Expertengremien, Lobbys und Thinktanks stellt für Crouch ein zentrales Manko der politischen Entscheidungsfindung am Beginn des 21. Jahrhunderts dar, da derartige Institutionen nicht den Grad an Verantwortlichkeit, Transparenz und Gemeinwohlorientierung aufweisen könnten, wie es bei Parteien einmal der Fall war.

Was die Reversibilität dieser Entwicklungen angeht, zeigt sich der Autor skeptisch: „Diese Veränderungen sind so massiv, sie betreffen so viele Bereiche, dass keine wirkliche Wende in Sicht ist“ (Crouch 2008a, S. 133). Dies gelte umso mehr, als die Eliten in Wirtschaft und Politik nach seiner Prognose alles ihnen Mögliche tun werden, „um den Neoliberalismus in seiner allgemeinen und seine finanzmarktgetriebene Form im Besonderen zu erhalten“ (Crouch 2011, S. 170). Schließlich seien es gerade diese Gruppen innerhalb der Bevölkerung, die exklusiv von jenen Gewinnen profitieren, die durch Spekulationen und Privatisierungen erzielt werden könnten. Daher appelliert Crouch vor allem an die Zivilgesellschaft, wenn es darum geht, den Einfluss des Neoliberalismus zu mindern: „All jene, die an egalitären politischen Zielen interessiert sind, können den Anbruch der Postdemokratie nicht rückgängig machen, aber wir müssen lernen, damit zurechtzukommen“ (Crouch 2008a, S. 20).

Entsprechend dieser Zielsetzung nennt er Ansatzpunkte, um die politische Entwicklung „von ihrem vermeintlich unaufhaltsamen Kurs in Richtung Postdemokratie“ (ebd.) abzubringen. Er fordert hierzu alle Bürger dazu auf, für eine strengere Regulierung des ökonomischen Sektors, insbesondere des globalen Finanzkapitalismus, einzutreten, um die wachsende Dominanz der ökonomischen Eliten zu begrenzen. Diese Regulierung solle vor allem durch die internationalen Institutionen erfolgen, die dazu jedoch von ihrem bisherigen, nach Ansicht Crouchs zu wirtschaftsliberalen, Kurs abweichen müssten. Zudem fordert er eine Re-Demokratisierung der Politik, die jedoch schwerlich von den politischen Parteien, Regierungsakteuren und Behörden angestoßen werden könne, da diese „selbst Teil des Problems der Macht der ökonomischen Eliten geworden“ seien (ebd.: S. 140). Eine Renaissance des Staates hält er folglich für unrealistisch, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Globalisierung und Transnationalisierung von Wirtschaft und Politik unumkehrbare Prozessschritte seien (Crouch 2011, S. 235 ff.).

An ihrer Stelle müssten die Bürger, vor allem vermittelt über neue Bewegungen bzw. die Neuausrichtung etablierter Verbände und Gewerkschaften, wieder aktiv werden und mit Hilfe der bestehenden demokratischen Institutionen verstärkt in den politischen Prozess eingreifen. Nicht zuletzt die mangelnde Reaktion der Gewerkschaften auf die gewandelten Problemlagen der Arbeitnehmer sei verantwortlich für deren Niedergang und die damit zusammenhängende Schwächung der Arbeitnehmerrechte in den letzten Jahrzehnten (vgl. auch Crouch 2007, S. 220 f.). NGO's, Bürgerbewegungen und Gewerkschaften spielen in seinen Überlegungen zur Revitalisierung der Demokratie eine zentrale Rolle, er zählt jedoch auch Kirchen und andere Institutionen, die moralische und nicht primär ökonomische Standards als Messlatte an ihr Handeln anlegen, zu den Keimzellen einer anti-neoliberalen Bewegung. Ihre erste Aufgabe sei es, die „moralische Überlegenheit des Staates über die Wirtschaften“ (Crouch 2011, S. 237) aufzuzeigen, um den Einfluss des Neoliberalismus auf das Denken der Eliten und anderer Bürger zu verringern.

Zur Stärkung der „substanziellen“ Partizipation (Crouch 2008a, S. 143) schlägt Crouch in „Postdemokratie“ unter anderem institutionelle Reformen, wie eine Neuorganisation der Parteienfinanzierung und die Einführung von Bürgerversammlungen auf der regionalen und kommunalen Ebene, vor. Er hofft dabei vor allem auf das Engagement derjenigen gesellschaftlichen Gruppen, die – aus verschiedensten Gründen – in der Vergangenheit nur schlecht organisiert waren, z. B. auf Frauen und „neue soziale Identitäten“, also auf soziale Gruppierungen und Bewegungen, die jenseits der bestehenden Organisationsformen politischen Einfluss

geltend machen (ebd.: S. 148).⁷ Und zu guter Letzt hofft er auch auf ein gewisses Maß an Chaos und Konfrontation, ohne die es auch in der Vergangenheit weitaus seltener zu politischen Reformen und gesellschaftlichem Fortschritt gekommen wäre (Crouch 2008a, S. 156 f.).

Mit Blick auf die steigende Relevanz lokaler Politik und Wirtschaftsentwicklung in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends, die er als Konsequenz des Macht- und Einflussverlustes von demokratischer Politik auf der nationaler Ebene betrachtet, wächst zudem seine Hoffnung auf die Entstehung einer „post-neoliberal epoch“ (Crouch 2007, S. 212), die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise noch weiter bestärkt wird (vgl. Crouch 2010). Die Lokalisierung stellt in seinen Augen nicht nur eine Chance für das Widererstarken der von ihm unter allen intermediären Organisationen besonders wertgeschätzten Gewerkschaften dar, sondern auch generell eine Chance zur Revitalisierung des demokratischen Handelns und Denkens der Bürger im Sinne einer erweiterten „neighbourhood community“, wie Barber sie beschreibt. Dabei könnten Prozesse der Globalisierung und auch der Einfluss des Neoliberalismus zwar nicht eliminiert werden:

As implied in any concept of ‘post-’, the conditions of the earlier period do not go away; they remain in place, as for example much of the legislation hostile to unions passed during the high tide of neoliberalism remains in force. Indeed, new items of such legislation may even continue to arrive, as ideological fashions rarely end abruptly. (Crouch 2007, S. 213)

Es bestehen nach Crouchs Ansicht jedoch Chancen, dass sie die Grundlage für eine wieder stärker an demokratischen Werten orientierte Gestaltung politischer Handlungszusammenhänge darstellen, die schließlich auch auf der nationalen und sogar supranationalen Ebene wirksam werden und die mit einer Rückbesinnung auf Moral und Humanismus einhergehen (vgl. auch Crouch 2011, S. 225 ff.).

2.2 Postdemokratie im Werk von Jacques Rancière

In einem Aufsatz über seine Methodik hat Jacques Rancière seine Arbeiten einmal zurückhaltend als bloße „politische Interventionen“ (Rancière 2009a, S. 114) ohne weitreichenden theoretischen Anspruch bezeichnet, als Versuche, „to construct a moving map of a moving landscape, a map that is ceaselessly modified by the movement itself“ (ebd.: S. 120). So treffend diese Beschreibungen einerseits sind – tatsächlich zeichnet sich Rancières Werk durch eine thematische Vielfalt und

⁷ So bezeichnet Crouch beispielsweise die ökologische Bewegung als eine ehemals neue soziale Identität.

einen engen Bezug zu realpolitischen Denkanstößen sowie durch eine langsame Entwicklung bestimmter Begrifflichkeiten über mehrere Bücher und Aufsätze hinweg aus⁸ – so wenig werden sie dem hohen theoretischen Anspruch gerecht, der den Arbeiten des Althusser-Schülers innewohnt. Entsprechend ist auch Rancières These von der Postdemokratisierung, die er noch vor Colin Crouch in seinem Werk „Disagreement“ (1999 [1995]) in den politikwissenschaftlichen Diskurs eingeführt hat, sowohl das Ergebnis seiner Beobachtung eines Wandels der „schema of legitimization“ (Rancière 1999, S. 96) in westlichen Demokratien nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als auch eine Anknüpfung an seine ausführlich vor allem in dem Werk „On the Shores of Politics“ (2007 [1992]) beschriebenen theoretischen Überlegungen zu den selbstzerstörerischen Tendenzen eines demokratischen Politikverständnisses, die er später in „Hatred of Democracy“ (2009 [2005]) weiterentwickelte.

Um die Komplexität von Jacques Rancières Werk angemessen darstellen zu können und um ein umfassendes Verständnis seines Postdemokratiebegriffes zu erlangen, werden seine Arbeiten an dieser Stelle umfangreicher erörtert, als es bei der Rekonstruktion und Erörterung von Colin Crouchs Postdemokratie-Verständnis der Fall war. Dennoch soll die Vergleichbarkeit der Autoren gewährleistet werden, indem auch Rancières Postdemokratisierungsthese zunächst theoretisch eingeordnet und schließlich unter den Aspekten der Begrifflichkeit, der empirischen bzw. realitätsorientierten Belege und Indikatoren und der Bewertung der Postdemokratisierung durch den Theoretiker dargestellt wird. Die theoretische Einordnung bezieht sich in diesem Fall jedoch nicht nur auf seine wissenschaftliche Sozialisation und grundlegenden Annahmen, sondern geht auch näher auf wichtige Begrifflichkeiten seines Werkes ein, wobei die Bücher „On the Shores of Politics“ (2007 [1992]), „Disagreement“ (1999 [1995]) und „Hatred of Democracy“ (2009 [2005]) sowie Rancières „Zehn Thesen zur Politik“ (2008 [2000]) im Mittelpunkt der Analyse stehen.

Bei der Rezeption von Rancières Werk ergibt sich im internationalen Kontext die Schwierigkeit, dass bestimmte Schlüsselbegriffe seiner theoretischen Arbeiten nur schwer zu übersetzen sind. So differenziert er beispielsweise zwischen *la démocratie* (der Demokratie), *la politique* (die Demonstration von Gleichheit), *le politique* („das Terrain, auf dem sich Politik und Polizei in der Behandlung eines Unrechts begegnen“ (Rancière 1998, S. 84)) und *la police* (die politische Ordnung bzw. die Regierungstechnologien), was vor allem in der deutschen Übersetzung immer wieder zu begrifflichen Schwierigkeiten führt. Insofern wird, um einerseits die

⁸ Dieser Entwicklungsprozess hat Inkonsistenzen in dem Gebrauch einiger Termini im Kontext des Gesamtwerkes zur Folge, die die Rezeption von Rancières Werk erschweren. Für eine genaue Analyse der Modifikationen in der Begrifflichkeit zwischen „On the Shores of Politics“ (2007 [1992]) und „Disagreement“ (1999) siehe Dean (2009, S. 28 ff).

Verständlichkeit zu sichern und um andererseits klare Begrifflichkeiten nutzen zu können, im Folgenden gelegentlich auf die englische Übersetzung der Schlüsselbegriffe zurückgegriffen, die aufgrund der im Englischen üblichen Differenzierung zwischen verschiedenen Politikbegriffen (beispielhaft sei hier auf *polity*, *politics* und *policies* und das für Rancière-Übersetzungen wichtige Verb *to police* verwiesen) an einigen Stellen besser gelingt als die deutsche. Zudem ermöglicht die größere Zahl an verfügbaren Publikationen in englischer Sprache einen umfassenderen Vergleich von Rancières Thesen und Begrifflichkeiten – entsprechend wird auch aus der englischen Übersetzung (1999) von „La Mésentente“ (1995) zitiert, wenngleich mit „Das Unvernehmen“ (2002) ein deutscher Titel aus dem Suhrkamp-Verlag vorliegt.⁹

Obwohl also mittlerweile einige Übersetzungen seines Werkes in deutscher Sprache vorliegen, wurden Rancières Arbeiten hierzulande bis dato nur selten ausführlich rezipiert. Wichtige Ausnahmen stellen die Arbeiten von Katrin Meyer (2011), Oliver Marchart (2010), Michael Hirsch und Rüdiger Voigt (2009), Reinhard Heil und Andreas Hetzel (2006) und Andreas Niederberger (2004, 2009) dar. Sie alle geben jedoch vor allem Rancières grundlegende Thesen wieder und diskutieren ihren theoretischen Gehalt, verzichten aber auf eine zielgerichtete und für weitere Forschungen anschlussfähige Darlegung seiner Begrifflichkeiten und Konzepte. Eine solche Darstellung erfolgt im folgenden Abschnitt, wobei besonderes Augenmerk auf die theoretische Einbettung seines Postdemokratie-Verständnisses gelegt wird. Das Ziel dieser Erörterungen ist folglich keine allgemeine oder gar vollständige Darstellung von Rancières Denken, sondern einerseits die Darstellung eines umfangreich normativ fundierten Postdemokratie-Begriffes, wie ihn neben Rancière bislang noch kein anderer Autor vorgelegt hat. Andererseits soll mit Hilfe dieses Postdemokratie-Konzeptes die Grundlage für die in Kap. 4 und 5 ausgeführten Überlegungen zur Relevanz der öffentlichen Sphäre für ein verbessertes Verständnis von demokratischen Wandlungsprozessen am Ende des 20. und Beginn des 21. Jahrhunderts geschaffen werden.

2.2.1 Theoretische Verortung

Zwei Begriffe sind es, die Jacques Rancières (*1940) vielfältiges Werk in besonderer Weise charakterisieren: „Gleichheit“ und „Uneinigkeit“ (bzw. im Original *la mé-*

⁹ Richard Steurer hat für die im Suhrkamp-Verlag erschienene deutsche Übersetzung den Titel „Das Unvernehmen“ (2002) und nicht die direkte Übersetzung des Wortes „die Unstimmigkeit“ oder „Uneinigkeit“ gewählt. Steurers Neologismus konstruiert einen Gegensatz zum von Rancière kritisierten Einvernehmen als normativem Ziel der Demokratietheorie – dennoch erscheint er angesichts der Vielzahl inhaltlich passender, etablierter Begrifflichkeiten wie Dissens, Uneinigkeit etc. unnötig verwirrend.

sentente), die als die beiden Grundprinzipien seines Denkens beschrieben werden können.

Das Charakteristikum der *Uneinigkeit* ergibt sich nicht nur aus dem Titel seines wohl einflussreichsten Buches, „La Mésentente“ (1995), sondern auch aus rund 40 Jahren publizistischer Tätigkeit des Autors, während derer er seinen Widerspruch gegenüber so verschiedenen Autoren wie Althusser, Bourdieu, Habermas, Lyotard, Derrida, Agamben, Badiou u. a. artikulierte. Sein Werk ist durch diesen Widerspruch nicht nur gekennzeichnet, er dien Rancière auch zur stetigen Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung seiner Thesen (vgl. Bowmann und Stamp 2009). Er publiziert bis heute rege und auf vielfältigen Feldern: Rancière verfasste Schriften zur Geschichte (1981, 1983) und Pädagogik (1991), vor allem aber zur politischen Philosophie und Theorie (u. a. Rancière 1999, 2007a, 2007b, 2008, 2011) und in den letzten Jahren schwerpunktmäßig zur zeitgenössischen Kunst und Ästhetik (u. a. Rancière 2009b, 2009c, 2009d).

Das Vorhandensein und die Sichtbarkeit von Uneinigkeit sind für ihn jedoch auch zentrale Merkmale demokratischer Gesellschaften, deren zunehmende Konsensorientierung (und das damit verbundene Unsichtbarwerden von Konflikten) Rancière – wie im Folgenden detailliert erläutert werden wird – als die zentrale Bedrohung für die zeitgenössische Demokratie identifiziert.

Das zweite Prinzip der *Gleichheit* ergibt sich nicht nur aus dem Kontext seines Werkes, es liegt ihm regelrecht zugrunde, wie Rancière auch selbst immer wieder betont (vgl. bspw. Rancière 2003). Gleichheit kann als das „transhistorische Konzept“ seines Denkens aufgefasst werden (vgl. Rancière 2000a). Sie resultiert als solches aus einer axiomatischen Setzung, die Rancière durch die Beobachtung gewinnt, dass alle Menschen gleichermaßen dazu fähig sind, (miteinander) zu sprechen – und die er zudem über das Fehlen eines anderen, angemessenen Prinzips begründet (vgl. Arsenjuk 2007; May 2008, S. 68). Er ‚ernennt‘ die Gleichheit daher schlicht zum Ausgangs- und Orientierungspunkt seines theoretischen Denkens. Das normative Ziel einer Ordnung ist für ihn folglich die Verwirklichung von Gleichheit, und zwar nicht im Sinne rechtlicher oder formaler Gleichheit oder der gleichen Grundausstattung aller Bürger mit bestimmten Gütern. Gleichheit manifestiert sich für ihn durch den gleichen Anspruch aller Teile einer politischen Gemeinschaft auf einen Platz im öffentlichen Leben und auf die Hinterfragung der gesellschaftlichen Ordnung.

Nicht zuletzt wegen des hohen Stellenwerts der Gleichheit in seinem Werk wird Rancière häufig dem Post-Marxismus zugerechnet, obwohl seine Schriften nach Auseinandersetzungen mit seinem Lehrer Louis Althusser über die Studentenunruhen im Jahr 1968 immer weniger direkte Bezüge zum Marxismus

aufweisen¹⁰ und sie auch bereits zuvor schon ungewöhnlich deutlich von einer normativ-essentialistischen statt von einer kritisch-dialektischen Argumentationsweise geprägt waren. Zuvor hatte Rancière an der Aufsatzsammlung „Lire le Capital“ (1965) mitgewirkt, während deren Entstehung er jedoch bereits eine strukturalismuskritische Position bezog, die er in späteren Auseinandersetzungen mit der Sprechakttheorie weiter ausarbeitete (vgl. Arsenjuk 2007). Auch wenn er in seinen Stellungnahmen zur Gleichheit nicht auf seine marxistisch geprägte wissenschaftliche Sozialisation rekurriert, so liegt doch nahe, dass sein Egalitarismus tatsächlich auf diese zurückzuführen ist.

In seinen jüngeren Büchern und Aufsätzen – zu denen auch „On the Shores of Politics“ und „Disagreement“ zählen – intensiviert er die Auseinandersetzung mit antiken Autoren, v. a. mit Platon und Aristoteles, so dass seine theoretische Verortung zunehmend schwer wird. Bowman und Stamp haben sich an einer negativen Zuordnung versucht, wonach „Rancière is communitarian precisely insofar as he is not a ‚Communitarian‘“ (Bowman und Stamp 2009, S. 1). Die beiden Autoren spielen mit dieser negativen Klassifikation auf die integrative Kraft des Dissens an, die Rancière als konstitutiv für politische Gemeinschaften und das Politische an und für sich betrachtet. Andere Theoretiker zählen ihn aufgrund der stetigen Vorläufigkeit, die seinem Begriff der Demokratie innewohnt und die gewisse Übereinstimmungen zur Theorie von Jacques Derrida aufweist, sowie wegen seines expliziten und uneingeschränkten Strebens nach Gleichheit und Konsens, die ihn mit u. a. mit dem Denken Mouffes und Butlers verbindet, zu den ‚radikaldemokratischen‘ Autoren (Meyer 2011; Heil und Hetzel 2006; Niederberger 2004) bzw. in der Terminologie Oliver Marcharts zu den „postfundamentalistischen Denkern“ (Marchart 2010, S. 17 f.).

Die Bezeichnung Rancières als „Postfundamentalist“ erscheint zwar einerseits als reizvoll, da demokratische Politik nach seinem Verständnis fast völlig losgelöst von konkreten Inhalten definiert wird und sich im Sinne Marcharts tatsächlich eine Anbindung von Rancières Denken an die Heidegger'sche Tradition verdeutlichen ließe. Weil die Bezeichnung „Postfundamentalismus“ angesichts der herausgehobenen Stellung der Gleichheit in Rancières Denken jedoch nur versehen mit dem Einschränkung ‚fast‘ korrekt ist, wird an dieser Stelle einer radikaldemokratischen Verortung des Autors der Vorzug gegeben. Auch wenn die Gleichheit in seiner Theorie, wie dargestellt, als axiomatisch gesetzt und nicht als ‚Wahrheit‘ eingeführt wird, ist sie derart prägend für Rancières Denken, dass sie als Fundament seines Werkes gesehen werden kann und sollte. Umso besser scheint die Begrifflichkeit

¹⁰ Als eine Ausnahme erscheint hier das Buch „Hatred of Democracy“, an dessen Anfang eine kurze Auseinandersetzung mit dem Marxismus stattfindet (2009 [2005], S. 2 f.).

der „radikalen Demokratie“ – die in mancher Hinsicht als eine Präzisierung des Begriffes Postmarxismus betrachtet werden kann und die hier als solche angesehen wird – auf den Autor zuzutreffen, da sowohl die weitgehende Loslösung von institutionellen Arrangements als auch Rancières uneingeschränktes Plädoyer für die Demokratie im emanzipatorisch-gleichheitsorientierten Sinne kaum klarer hätten ausfallen können. Auch die an Derrida erinnernde Unerreichbarkeit der Vollenendung der Demokratie und Parallelen zwischen Rancières Konsens-Kritik und den Arbeiten von Mouffe und Laclau identifizieren ihn zumindest im Kontext dieser Arbeit unstrittig als Mitglied der radikaldemokratischen Denkschule.

Rancière selbst räumt die Prägung vor allem seiner frühen Schriften durch den Althusser'schen Marxismus ein, ist ansonsten jedoch gewillt auf Einordnungen und Zuschreibungen seines Werkes zu verzichten (vgl. Rancière 2009a, S. 115). Dies ist vermutlich nicht in erster Linie das Resultat des Bruchs mit seinem Lehrer, sondern vielmehr seines skeptischen Blickes auf die politische Philosophie an und für sich. Denn während er selbst die Stärkung einer gleichheitsorientierten Politik voranbringen möchte, hält er (ungeachtet der Pluralität der Ansätze und Positionen in der philosophischen und politiktheoretischen Diskussion) die Schwächung derselben durch die Fixierung von Begrifflichkeiten und die Fokussierung auf Strukturen und Ordnungen für ein allgemeines Merkmal der politischen Philosophie. Rancière erkennt darin eine „reduktionistische Praxis“ (Niederberger 2004, S. 132), die das Politische verschwinden lässt und die in ihm generelle Vorbehalte gegenüber der Haltung des Wissenschaftlers weckt (vgl. Rancière 1996a, 1999, S. 61 ff., 2007a, S. 1).

Als weiteres wesentliches Anliegen seiner Arbeiten benennt Rancière die generelle Kritik an ontologischen Annahmen, da wir nicht wissen könnten „what being as being may be“, könnten ontologische Annahmen nicht ausreichend begründet werden (Rancière 2009a, S. 117). Und er fährt fort: „Since he cannot deduce politics from any ontological principle, he chose to investigate it out of its limits, he means out of the situations in which its birth or its disappearance are staged“ (ebd.). Entsprechend sei es – wie anfangs dargelegt wurde – nie sein Ziel gewesen, eine konsistente und vollständige Theorie, ausgehend von einer ontologischen Annahme, zu entwickeln.

Bevor die Frage gestellt werden kann, ob oder inwiefern ihm dies entgegen seiner eigenen Absichten doch gelungen ist, soll im Folgenden die ‚Landkarte‘ des Rancière'schen Denkens nachgezeichnet werden, die am Ende eine ‚postdemokratische Konstellation‘ aufzeigt. Um seine Darstellung der Postdemokratie korrekt interpretieren zu können, müssen jedoch zunächst einige grundlegende Begrifflichkeiten geklärt werden, da Rancières politische Terminologie in mancherlei Hinsicht vom üblichen Sprachgebrauch abweicht.

2.2.2 Grundbegriffe von Rancières politischer Theorie: Politik, Polizei und das Politische

Die Kenntnis von Rancières Ausführungen zur Archi-Politik, Para-Politik und Meta-Politik, unter denen er die „drei großen Gestalten der politischen Philosophie“ seit Platons Politeia subsummiert (Rancière 1999, S. 65) ist eine hilfreiche, jedoch keine zwingende Voraussetzung für das Verständnis seiner Postdemokratie-These. Deshalb soll an dieser Stelle auch nur knapp auf sie eingegangen werden.¹¹ Rancière nutzt diese drei Begriffe, um grundlegende Typen des Politik-Begriffs in der Ideengeschichte zu klassifizieren. Dabei identifiziert er Platon als Begründer der Tradition der so genannten „Archi-Politik“: In archi-politischen Theorien der Politik wird es als die Aufgabe des Philosophen angesehen, den sozialen und politischen Akteuren ihre Stellung in der Gesellschaft funktional zuzuweisen. „The ‚republican project‘, as it is elaborated in Plato’s archipolitics, is the complete psychologizing and sociologizing of the elements of the political apparatus“, fasst Rancière die Konsequenz dieses Politikverständnisses zusammen (ebd.: S. 68 f.). Während die „Archi-Politik“ also funktionsorientiert ist, fasst die „Meta-Politik“ Standpunkte zusammen, die eine „Wahrheit der Politik“ artikulieren und vorschlagen, die Ziele der Politik an dieser Erkenntnis auszurichten. Die Etablierung dieser Denkweise der Politik sei nicht zuletzt auf Karl Marx zurückzuführen, der das Soziale als Wahrheit des Politischen „kanonisiert“ habe (ebd.: S. 82 f.). Schließlich bleibt eine dritte philosophische Position, die von Aristoteles begründet wurde. Die „Para-Politik“ geht von einer Spannung zwischen der Qualität von Herrschaft und der Forderung nach dem gleichen Herrschaftsanspruch aller Bürger aus, die nur dann ausgeglichen werden kann, wenn die Politik selbst sich Grenzen ihres Geltungsanspruchs auferlegt: „The problem for parapolitics will be to reconcile the two concepts of nature and their opposing logics: the one in which the greatest good is the rule of the best and the other, in which the greatest good in terms of equality is equality“ (ebd.: S. 71). Neben der Begrenzung des Politikbegriffs werde in diesem Verständnis die Auseinandersetzung mit intrinsischen Widersprüchlichkeiten zu einem zentralen Bestandteil des Nachdenkens über Politik.

Der Brückenschlag zu dieser ‚aristotelischen‘ Traditionslinie des politischen Denkens prägt Rancières Philosophie und führt ihn zu einer Definition der Politik, die sich von der umgangssprachlichen Verwendung und den in der zeitgenössischen Demokratietheorie vorherrschenden Politik-Verständnissen deutlich unterscheidet: Politik (*la politique/politics*) ist für Rancière weder funktional (wie

¹¹ Für umfangreichere Darstellungen zu diesen Begrifflichkeiten vgl. Rancière (1995, S. 61 ff.), Niederberger (2004), Heil und Hetzel (2006) oder May (2008, S. 43 f.).

beispielsweise für David Easton) noch durch Machtverhältnisse (wie beispielsweise für Max Weber) und schon gar nicht durch die Suche nach oder die Herstellung von Konsens (wie beispielsweise für Jürgen Habermas) bestimmt. Wie Marchart (2010, S. 178) und ähnlich auch May (2008, S. 56) treffend zusammenfassen, ist Politik für ihn stattdessen eine „Demonstrationsform von Gleichheit“, die Rancière selbst näher definiert als „spezifische Handlungsweise, ausgeführt von einem eigenen Subjekt und beruhend auf einer eigenen Rationalität“ (Rancière 2008 [2000], S. 7).

Mit dieser „Neuerfindung der Politik“ (Tambakaki 2009, S. 102) schließt er an das Denken Foucaults und Leforts an, wonach sich die soziale Welt als ein Ensemble einander wechselseitig bedingender, ermöglichender und sich auch ausschließender Praktiken konstituiert. Den Begriff der Politik wählt Rancière dabei, wenn er die offenen, ermöglichenden Praktiken beschreibt. Für die (aus-)schließenden und strukturierenden Instanzen des sozialen Zusammenlebens (insbesondere zur Beschreibung politischer Institutionen) reserviert er die Bezeichnung „Polizei“ (*la police/police*). Hinzu kommt als dritter Terminus der Begriff des Politischen, der im Vergleich zu anderen radikaldemokratischen Diskursen¹² bei Rancière jedoch nur eine untergeordnete Rolle spielt. Das Politische (*le politique/the political*) bezeichnet das „Terrain“ der Begegnung von Politik und Polizei bei der Behandlung eines Unrechts (Rancière 2007 [1992], S. 11). Einen knappen Überblick über zentrale Begrifflichkeiten in den politiktheoretischen Arbeiten von Rancière gibt Abb. 2.2, die auch verdeutlicht, dass sich seine definitorischen Ausführungen zu diesen vor allem auf die Charakteristika des beschriebenen Phänomens und seine Funktionen im gesellschaftlichen Interaktionsprozess beziehen. Die Funktionsorientierung seines Denkens mag überraschen, da sie vielleicht zunächst an systemtheoretische oder ökonomische Beschreibungskontexte erinnert. Diesen steht Rancière aber natürlich fern. Dass die Funktionalität sozialer Interaktionen seine Definitionen und Klassifikationen prägt, ist dadurch zu begründen, dass er von der Zweckgebundenheit gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse ausgeht.

Wie die über den Grundbegriffen abgebildete „Wolke“ in der Abb. 2.2 zeigt, folgt Rancières Betrachtungsweise der für viele zeitgenössischen Ansätze und Theorien der politischen Philosophie charakteristischen Perspektive, wonach die Gesellschaft als prinzipiell kontingent, aber zugleich als gefangen im Widerstreit zwischen Ordnung und sprachlich vermittelter Verständigung erscheint. Die Ordnung ist dabei wiederum analog zur Foucault'schen Denkweise eng mit der Macht und den institutionellen Arrangements der „Gouvernementalität“ verbunden und wird in der Terminologie Rancières durch das Wort „Polizei“ beschrieben. Sie beruht

¹² Vergleiche beispielsweise die Arbeiten von Chantal Mouffe (1993, 2007) oder Ernesto Laclau (1990).

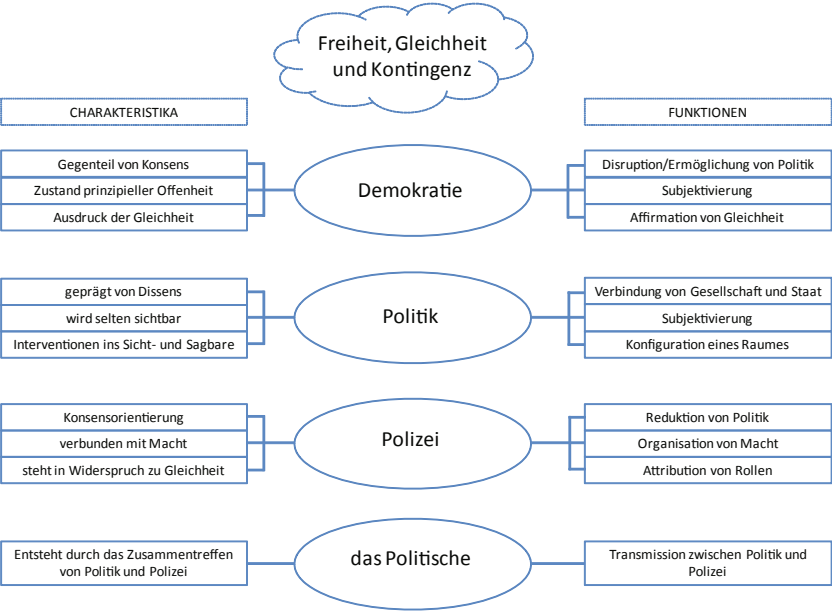


Abb. 2.2 Überblick über grundlegende Begrifflichkeiten in Rancières Werk

auf der „unbestimmten, aber bestimmungsbedürftigen“ Freiheit des Menschen (Niederberger 2009, S. 103) und lässt sich als „jene Reihe von Prozeduren, durch welche Macht organisiert, Konsens hergestellt und Plätze und Rollen innerhalb der Gesellschaft attribuiert werden“ (Marchart 2010, S. 179) beschreiben.

Rancières Begriff der „Politik“ bildet somit das argumentationslogische Gegenstück (jedoch nicht den Gegensatz, wie es gelegentlich fälschlicherweise dargestellt wird) zu der „polizeilichen“ Ordnung und bezieht sich auf die Möglichkeiten der von ihm als prinzipiell positiv begriffenen Veränderung einer bestehenden Ordnung als Ergebnis der menschlichen Freiheit.¹³ Die kontrastierende normative Bewertung von Politik und Polizei legen es beispielsweise für Dean (2009), für Comtesse und Meyer (2011) und zum Teil auch für May (2008) nahe, die beiden Begriffe nicht nur als Dualismen, sondern als sich ausschließende Gegensätze zu

¹³ Rancière versteht also pauschal jede „politische“ Erschütterung der gesellschaftlichen Ordnung als Ausdruck der Subjektivierung. Diese Parteinahme ist in der Literatur zu Recht Gegenstand von Kritik geworden (vgl. Marchart 2010, S. 183 ff.; Niederberger 2004, S. 142). Sie beruht auf der impliziten Annahme, dass die Verstärkung bestehender Machtungleichgewichte keine im Rancière'schen Sinne „politische“ Entwicklung ist. Er begreift solche Prozesse als Stärkung der polizeilichen Ordnung, womit sie entpolitisierend wirken.

betrachten. Dies ist jedoch eine zu enge Perspektive auf die beiden Begrifflichkeiten im Rancière'schen Sinne, da dieser eindeutig von einem Wechselspiel zwischen Politik und Polizei ausgeht: Wann immer die gesellschaftliche Ordnung hinterfragt wird und Veränderungen derselben gefordert werden, kann man mit Rancière von „politischen“ Vorgängen sprechen. Entsprechend ist Politik für ihn auch stets „eine Intervention in das Sichtbare und Sagbare“ und sie „existiert als Abweichung in Bezug auf die normale Entwicklung der Dinge“ (Rancière 2008 [2000], S. 32, 27 f.). Diese „normale Entwicklung“ impliziert, dass erfolgreiche Politik früher oder später notwendigerweise zur Polizei transformiert. Die Polizei stellt folglich keinen problematischen Umschlag von Politik in ihr Gegenteil dar, sondern sie ist der Ausdruck des Zweckes der Politik und ihr gleichzeitiges Verschwinden. Schon im Moment dieses Transformationsprozesses, den Rancière als *policing* bezeichnet, also im Zuge der Etablierung bzw. Institutionalisierung von durch Politik angeregten Veränderungen gesellschaftlicher Ordnung, kann man mit Rancière von Entpolitisierung sprechen, da die Politik dann ihr gleichheitsorientiertes emanzipatorisches Potential und damit ihr entscheidendes Definitionskriterium verliert. Den engen Zusammenhang von Politik und Polizei erklärt der Autor unter anderem mit Hilfe eines Zitats, das wie nur wenige andere die Nähe seines Ansatzes zur radikalen Demokratietheorie aufzeigt: „Politics is an ‚impossible‘ regime, but this impossible regime is the ground of politics as such: so long as government enacts a power that is the power of age, birth, science etc., it is not a political power“ (Rancière 2009a, S. 120). Politik richtet sich also zwingend gegen jede Form von Gouvernamentalität, allerdings nicht notwendigerweise im Modus der Kritik.

Zum besseren Verständnis der Unterscheidung zwischen Politik und Polizei ist ein zweites Merkmal von Rancières Politikverständnis wesentlich: Auch wenn sie auf sprachlicher Verständigung von dazu grundsätzlich gleichermaßen befähigten Bürgern beruht, ist Politik nicht durch den Vorschlag einer besseren Ordnung oder durch die Suche nach Konsens definiert. Die Herausforderung einer staatlichen Ordnung durch die Politik heißt nicht, dass es eine bessere oder perfekte oder nicht-konfliktive Ordnung gibt. Im Gegenteil: „Das Wesentliche der Politik ist die Demonstration des Dissens, als Vorhandensein zweier Welten in einer einzigen“ (Rancière 2008 [2000], S. 33). Sie basiert zugleich auf dem ewigen Faktum der durch *policing* gefestigten Ungleichheit und dem Anspruch auf Gleichheit. Oliver Marchart identifiziert in der Festschreibung des Gleichheitsanspruchs einen „fundamentalistischen Restbestand“ in Rancières ansonsten „postfundamentalistischen“ Werk, da Politik in seinem Sinne eine Politik der Gleichheit ist „oder sie ist keine Politik“ (Marchart 2010, S. 183). Während Rancière also prinzipiell die Bestimmung von Politik- und Demokratiebegriffen anhand normativer Prinzipien ablehnt, stellt die Gleichheit als grundlegende Kategorie eine Ausnahme dar.

Politik bringt den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Differenz und universellem Gleichheitsanspruch zu Tage: „Die politische Demonstration bringt zu Gesicht, was keine Gründe hatte, gesehen zu werden, sie beherbergt eine Welt in einer anderen, zum Beispiel die Welt, in der die Fabrik ein öffentlicher Raum ist, in derjenigen, wo sie ein privater Raum ist“ (Rancière 2008 [2000], S. 35). Dieses Präsentmachen und Kritisieren der Ungleichheit und Veränderbarkeit der Gesellschaft bezeichnet Rancière auch als „Subjektivierung“. Die Menschen werden nicht (mehr) als Objekt einer Statistik, als Produktionsmittel oder als Teil eines Ganzen betrachtet, sondern sie werden durch die Politik zum Subjekt. Entsprechend lässt sich der Unterschied zwischen Politik und Polizei auch wie folgt beispielhaft bzw. metaphorisch (anhand des Straßenverkehrs) verdeutlichen:

Die Polizei sagt, dass es auf einer Fahrbahn nichts zu sehen gibt, dass es nichts zu tun gibt, als dort weiter zu fahren. Sie sagt, dass der Raum der Verkehrsbewegung nur der Raum der Verkehrsbewegung ist. Politik besteht darin, diesen Verkehrsraum in den Raum der Demonstration eines Subjekts umzuwandeln: Volk, Arbeiter, Bürger. Sie besteht darin, den Raum umzugestalten, dasjenige, was es dort zu tun, zu sehen, zu benennen gibt. (Rancière 2008 [2000], S. 33 f.)

Mit seinem Politikbegriff wendet sich Rancière somit explizit gegen Demokratietheorien, die Konsens als Ziel des politischen Handelns betrachten, vor allem gegen die deliberative Theorie von Jürgen Habermas.¹⁴ Die darin als Ziel des Verständigungsprozesses beschriebene Einigkeit der deliberierenden Bürger ist für Rancière gleichzusetzen mit der „Reduktion der Politik auf die Polizei“ (ebd.: S. 45). Vor allem um diesen Zusammenhang sichtbar zu machen, ist die Differenzierung zwischen Politik und Polizei wesentlich (Rancière 2009a, S. 115). Angesichts der Kontingenz des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens müsse Politik in einem normativ anspruchsvollen und angemessenen Sinne auf dem stetigen Vorhandensein von Offenheit und „disagreement“ beruhen und *könne* nicht im Modell des kommunikativen Handelns aufgehen:

Dieses Modell [des kommunikativen Handelns, C. R.] setzt Partner voraus, die als solche bereits festgelegt sind, und es setzt die diskursiven Formen des Austauschs voraus, welche eine Diskursgemeinschaft in sich begreifen, deren Zwang stets unmissverständlich auszudrücken ist. Nun ist das Eigene des politischen Dissens aber,

¹⁴ Rancière hat sich, unabhängig von seiner Auseinandersetzung mit der deliberativen Demokratietheorie, schon früh mit sprachphilosophischen Ansätzen und ihrem emanzipatorischen Ertrag für die Gesellschaft(-stheorie) auseinandergesetzt (vgl. Rancière 1983, 1991 [1987]). Seine Kritik am habermasianischen Denken bezieht sich also nicht auf deren sprachphilosophische Grundlegung, sondern auf die daraus abgeleitete Konsensorientierung.

dass die Partner nicht festgesetzt sind und auch nicht der Gegenstand und die Bühne der Diskussion. (Rancière 2008 [2000], S. 36)

Während Konsens also das Gegenteil von Politik ist, stellt sich das Verhältnis von Konsens und Polizei grundlegend anders dar: Im polizeilichen Kontext ist das Streben nach Konsens ebenso wie das Streben nach Macht nicht nur ein mögliches, sondern für die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Integration der Bürger in eine staatliche Gemeinschaft sogar ein *notwendiges* Ziel. Entpolitisierung erscheint in Rancières Theorie folglich als die „älteste Aufgabe“ der Politik im traditionellen Begriffsverständnis (Rancière 2007, S. 19).

Obwohl Politik hier als permanentes, endloses und prinzipiell unbegrenztes emanzipatorisches Projekt erscheint, spricht Rancière gelegentlich von der Seltenheit derselben (vgl. bspw. Rancière 2009a, S. 118), was in der Literatur zu weiteren Missverständnissen geführt hat. Tatsächlich meint er mit der Rede von der Seltenheit der Politik nicht, dass es nur wenige potentiell politische Fragen in der Welt gäbe, und auch nicht, dass man – wie beispielsweise Todd May (2008, S. 40 f.) oder Paulina Tambakaki (2009, S. 107 f.) annehmen – nur im Kontext spontaner oder revolutionärer politischer Handlungen von „Politik“ sprechen sollte, weil nur dann Gleichheit tatsächlich beansprucht oder verwirklicht werde. Stattdessen will Rancière mit dem Verweis auf die (relative) Seltenheit der Politik einerseits auf die Omnipräsenz von (polizeilichen) Strukturen hinweisen, die Machtverhältnisse zum Ausdruck bringen – und die entgegen des üblichen Verständnisses für ihn nicht als politisch, sondern im Gegenteil als prinzipiell anti-politisch, weil ungleichheitsstiftend, zu bewerten sind. Denn *polizeiliche Macht* (police power) ist in der Terminologie das Gegenteil von *politischer Kraft* (political power). Andererseits verweist er mit diesen Aussagen darauf, dass Politik nur selten offensichtlich ist. Offensichtlich ist sie zwar meistens, wenn bestehende gesellschaftliche Verteilungsverhältnisse oder Einflussstrukturen radikal und öffentlichkeitswirksam hinterfragt und verändert werden (ebd.). Dies heißt jedoch nicht, dass in anderen Fällen als in revolutionsähnlichen Umbrüchen keine Politik stattfinden kann.

2.2.3 Politik und Demokratie in Rancières Werk

Bedeutend schwieriger als die Rekonstruktion des Verhältnisses von Politik und Polizei gestaltet sich diejenige des Unterschieds zwischen Politik und Demokratie in Rancières Denken. Denn obwohl der Autor selbst die Differenz zwischen diesen beiden Begriffen an mancher Stelle seiner Schriften als marginal erscheinen lässt (vgl. bspw. Rancière 1999, S. 101; 2009a, S. 115), soll im Folgenden herausgearbeitet werden, dass ein Unterschied in seiner Verwendung der Begriffe Politik und Demokratie vor allem in seiner am stärksten demokratietheoretischen Schrift

„Disagreement“ nicht nur besteht, sondern dass dieser auch von einiger Relevanz für das Verständnis von Rancières Werk – nicht zuletzt für das Verständnis seiner Postdemokratie-Konzeption und für dessen Anschlussfähigkeit an andere, v. a. radikaldemokratische Theorien wie beispielsweise diejenige von Chantal Mouffe – ist.

Ähnlich wie Crouch vertritt auch Rancière die grundlegende Überzeugung, dass ein (polizeiliches) Institutionensetting, welches periodische Wahlen, bestimmte demokratische Grundrechte etc. vorsieht, alleine keine Demokratie kennzeichnet oder ausmacht:

Die Demokratie ist nicht ein Gesamtes von Institutionen oder eine Regierungsweise unter anderen. Sie ist nicht die parlamentarische Ordnung oder der Rechtsstaat. Ich will natürlich nicht sagen, dass all dies ohne Bedeutung ist. Ich will nur sagen, dass es nicht das ist, was eigentlich ‚Formen‘ der Demokratie genannt werden kann. Und ich füge hinzu, dass die Demokratie genauso wenig ein gesellschaftlicher Zustand ist, die Herrschaft des Individualismus oder der Massen. (Rancière 1996b, S. 124 f.; vgl. auch Rancière 1999 [1995], S. 100)

Bereits in diesen Sätzen klingt an, dass Rancière ein formalistisches Demokratieverständnis weitaus radikaler ablehnt als es bei Crouch der Fall ist. Für ihn ist Demokratie nicht nur nicht hinreichend durch institutionelle Settings definiert, sondern die institutionelle Ordnung ist für seine Überlegungen beinahe irrelevant: „Democracy initially stirred up political philosophy because it is *not* a set of institutions or one kind of regime among others but a way for politics to be“ (Rancière 1999, S. 99, Hervorhebung C. R.).¹⁵ Während Crouchs Demokratieverständnis also weitgehende, wenn auch implizite Übereinstimmungen mit dem von Robert A. Dahl (1989) entwickelten Kriterienkatalog aufweist, findet sich jenseits einer vagen Ähnlichkeit des „strong principle of equality“ mit Rancières Gleichheitsbegriff so gut wie keine Gemeinsamkeit zwischen den Demokratiebegriffen dieser beiden Autoren – wenngleich aus einer empirischen Perspektive heraus die gleiche Inklusion und die ausschließliche Kontrolle der Agenda als Indikatoren für Rancières Anspruch der völligen Gleichheit aller Bürger und seines Kampfes gegen die

¹⁵ Douglas Lummis ist in seinen Überlegungen zur radikalen Demokratietheorie eine besonders treffende Beschreibung des Verhältnisses zwischen institutionellem Arrangement und Politik bzw. Demokratie in dieser Theorieströmung gelungen. Er vergleicht Demokratie dabei mit Kunst: „As an art, democracy is a performance art, like music, dance, and theater. Societies can build theaters, can organize orchestras and troupes of dancers and players, but the art itself exists only while it is being performed“ (Lummis 1996, S. 159 f.). Auch ohne entsprechende Institutionen besteht die Möglichkeit, dass künstlerisches bzw. demokratisches Handeln stattfindet, ihr Vorhandensein kann jedoch dazu beitragen, die Häufigkeit von Kunst bzw. Demokratie zu erhöhen, ihre Sichtbarkeit und den Zugang verschiedener Bevölkerungsgruppen dazu zu verbessern.

Vermachtung der Gesellschaft durch die Polizei gewählt werden könnten. Derartige Überlegungen stellt Rancière selbst jedoch nicht an.

Demokratie ist für ihn, und bereits hier wird eine Ähnlichkeit zu seinem Begriff der Politik sichtbar, „der Name einer eigenartigen Unterbrechung jener Ordnung und Distribution von Körpern in der Gemeinschaft, die ich mit dem in erweiterter Bedeutung verstandenen Begriff der Polizei zu konzeptualisieren suche. Sie ist der Name dessen, was das reibungslose Funktionieren dieser Ordnung durch ein eigentümliches Dispositiv der Subjektivierung unterbricht“ (Rancière 1996b, S. 125).

„Demokratische Handlungen“ sind für den Autor entsprechend *alle* Handlungen, die die Legitimität einer Macht hinterfragen. In diesem Verständnis vertreten derartige Handlungen automatisch den gleichen Anspruch aller Menschen auf Ämter, Einfluss, Positionen etc. – sie bringen das „Fehlen eines Anspruchs auf das Regieren“ zum Ausdruck (Rancière 2008, S. 16; vgl. auch Rancière 2009a, S. 120). Dieser Anspruch muss jedoch nicht die Handlungsmotivation bzw. das Ziel des bzw. der Akteure sein, er muss ihm/ihnen nicht einmal bewusst sein. Dass die Hinterfragung von etablierten Strukturen und Machtverhältnissen in aller Regel das Ergebnis persönlicher bzw. gruppenspezifischer Interessen und nicht das Ergebnis eines altruistischen Gleichheitsstrebens ist, ist Rancière durchaus bewusst. Doch genügt ihm schon die legitimationskritische Ausrichtung, um einer Handlung hinreichend viel subversives Potential zu unterstellen, so dass sie dem politischen Raum zugerechnet werden kann.

Diese Überlegungen zeigen nicht nur das Abstraktionsniveau seiner Theorie auf, sondern sie verdeutlichen auch, dass Rancières Begrifflichkeiten nicht nur losgelöst von politischen Institutionen, sondern auch als entpersonalisiert begriffen werden müssen. Politik und Demokratie in seinem Sinne entstehen zwar als das Ergebnis menschlicher Handlungen (meist solcher, die von kleineren Gruppen ausgeübt werden); die Intentionen des Individuums/der Individuen oder Kollektive sind für ihre Bestimmung jedoch nicht relevant. Entsprechend kann mit Hilfe seiner Terminologie auch nicht zwischen verschiedenen Arten von Politik differenziert werden, was ihm zu Recht den Vorwurf eingebracht habe, sein Politikverständnis sei anarchisch und blind gegenüber den Unterschieden zwischen totalitärer, autoritärer und demokratischer Politik (Dean 2009, S. 34). Auch – wenngleich in weniger kritischer Absicht – Oliver Marchart rekonstruiert Rancière entsprechend als einen „pro-demokratische[n] und quasi-anarchistisch[en]“ Theoretiker (Marchart 2010, S. 246).¹⁶

¹⁶ Wie bereits dargestellt wurde, kann man Rancière jedoch nicht im strengen Wortsinne als Anarchisten bezeichnen, da er den Staat bzw. die Polizei zwar herrschaftskritisch durchleuchtet, jedoch gleichzeitig für unvermeidlich hält.

Wie kann ein Demokratieverständnis, das zunächst so viele Gegenstände aus der Betrachtung ausschließt, näher definiert und vom Begriff der Politik abgegrenzt werden? Rancière unterscheidet hierzu drei „mechanisms“ der Demokratie,¹⁷ die ineinander greifen und mit deren Hilfe sich verschiedene „Formen der Demokratie“ beschreiben ließen (Rancière 1999, S. 99 f.; vgl. auch 1996b, S. 125 ff.). Von Demokratie kann in seinem Sinne gesprochen werden, wenn es erstens eine „spezifische Erscheinungssphäre des Volkes“ gibt, zweitens „spezifische Akteure des Politischen“ existieren¹⁸ und wenn drittens der Erscheinungsort des Volks der Ort des Austragens von politischem Streit ist (ebd.).

Das Volk ist dabei nicht durch „Eigenheiten ethnischer Art“ bestimmt und es ist auch keine Einheit, die sich aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zusammensetzt. Stattdessen beschreibt Rancière das Volk als ein „Subjekt, das sich von sich selbst unterscheidet, dessen Berechnung immer ungleich ist: Es ist die Versammlung anstelle der Gemeinschaft, die Mehrheit anstelle des Parlaments, die Armen anstelle der Polis“ (Rancière 1996b, S. 126). Das Volk sind für ihn immer diejenigen, die an einem Streit beteiligt sind, die folglich gemäß Rancières Überlegungen für die Gleichheit kämpfen und die dabei zugleich desintegrierend (mit Blick auf die zuvor bestehende Ordnung) und integrierend (in Bezug auf die Demokratie in diesem Moment) wirken. Unter Rekurs auf Lefort (1986) spricht Rancière an dieser Stelle auch von der „demokratischen Unbestimmtheit“ und vom „doppelten Körper“ des Volkes (der in Rancières Theorie aufbauend auf die Überlegungen Leforts zum leeren Ort der Macht an die Stelle des Kantorowicz'schen doppelten Körpers des Königs (1992 [1957]) tritt). Im Mittelpunkt des demokratischen Handelns steht also die Konstitution des Volkes selbst. Der Gegenstand des entsprechenden Streits ist entsprechend auch „ein Konflikt über die Zählung der Teile selbst“ (Rancière 1999, S. 110) und kein Interessenkonflikt zwischen verschiedenen, bereits zuvor konstituierten Bevölkerungsgruppen. Zudem ist ein Streit für Rancière nur dann ein demokratischer, wenn alle Beteiligten für die Erkenntnis offenbleiben, dass kein emanzipatorischer Kampf davor geschützt ist, sich in sein Gegenteil zu kehren, sobald er sich in einer identitären Position fixiert (vgl. Meyer

¹⁷ In der deutschen Übersetzung von „Disagreement“ ist an dieser Stelle von „Aspekten“ der Demokratie die Rede (vgl. Rancière 2002, S. 109 ff.), was jedoch m. E. den Aspekt des Zusammenwirkens der drei „Stellschrauben“ des Demokratischen nur unzureichend zur Geltung bringt. An einer anderen Stelle (Rancière 1996b, S. 125) spricht die Übersetzung von „drei Termen“, welche die Demokratie schematisieren, was aber aus ähnlichen Gründen ungünstig erscheint.

¹⁸ Wobei man, um Inkonsistenzen in der Lesart von Rancières Werk zu vermeiden, die Akteure hier als Ergebnisse von Subjektivierungsprozessen und nicht im üblichen Sinne als Personen qua Geburt verstehen sollte.

2011, S. 25). Ähnlich wie Politik zu Polizei transformieren kann, kann sich also auch Emanzipation in unpolitische Identität verwandeln.

Die wesentliche Gemeinsamkeit zwischen Politik und Demokratie in der Rancière'schen Terminologie liegt folglich in eben diesem Begriff des Streits begründet. Denn „Politik“, definiert als Demonstration von Gleichheit qua Dissens, kommt hier ebenso wenig ohne ein konfliktives Moment aus wie „Demokratie“. Diese Überschneidung in den beiden Begrifflichkeiten ist es, die in der Literatur zu dem weit verbreiteten Missverständnis geführt hat, Rancière gebrauchte Politik und Demokratie synonym. So spricht beispielsweise Jody Dean (2009, S. 25) von „two sides of the same coin“ – wobei im weiteren Text deutlich wird, dass sich die beiden Seiten der Medaille in ihren Augen nicht wesentlich voneinander unterscheiden. Andreas Niederberger (2004, S. 138) geht von einer „Gleichursprünglichkeit“¹⁹ der beiden Begriffe in Rancières Werk aus und Katrin Meyer (2011, S. 24 f.) differenziert erst gar nicht zwischen den beiden Begrifflichkeiten. Diese Interpretationen stehen jedoch im Widerspruch zu Paulina Tambakakis Analyse, die Demokratie und Politik als „zwei Ebenen eines Phänomens“ (Tambakaki 2009, S. 107) ansieht und vor allem zu Beschreibungen von Jacques Rancière selbst, wonach die Demokratie der Politik „voraus“ geht (vgl. Rancière 2008, S. 19).

Um diese Aussagen und das Verhältnis von Demokratie und Politik im Allgemeinen besser verstehen zu können, wird hier eine anderes Bild vorgeschlagen: jenes der Atmosphäre. Die These lautet dabei, dass Politik und Demokratie in Rancières Werk analog zu den beiden Wortbausteinen des modernen Begriffes „Atmosphäre“ verstanden werden können. „Atmós“ (ἀτμός) steht im Griechischen dabei für „Dunst“ bzw. „Dampf“ und wird hier als Metapher für die Politik begriffen. „Sphaira“ (σφαίρα) steht für „Hülle“ oder „Ball“ und entspricht im Folgenden der Rede von der Demokratie. Gemeinsam beschreiben sie ein Gebilde, das nur als das Zusammenwirken von Dunst und Hülle für den Menschen erfassbar ist (und auch dies nur mittels der Abstraktion von direkt beobachtbaren Phänomenen) – die „Atmosphäre“. Gleiches gilt, so wird hier argumentiert, für Politik und Demokratie in der Theorie Rancières.

Die Analogie zur Atmosphäre ist zunächst deshalb naheliegend, weil Rancière sein Verständnis der Demokratie auffallend häufig unter Bezugnahme auf ihre formgebende Eigenschaft – und wie gesagt nicht durch substantielle Merkmale – beschreibt. So spricht er beispielsweise in einem Aufsatz über „Demokratie und Postdemokratie“ (1996b, S. 135) davon, dass die demokratische Erfahrung „in Wahrheit die Erschaffung eines Raumes“ sei, in dem der Streit sichtbar werde. Das

¹⁹ Ein Terminus, der angesichts von Rancières kritischer Haltung gegenüber der deliberativen Demokratietheorie doppelt unglücklich erscheint.

Politische entstehe *vermittelt* durch das beschriebene, dreigliedrige demokratische Dispositiv (vgl. Rancière 1996b, S. 129). Die Politik als Dissens kann zwar ohne die Demokratie existieren – sie benötigt jedoch deren formgebende Kraft, um wirksam werden zu können. Oder bildhaft gesprochen: Der Dissens schwebt wie ein Gas bzw. wie Dampf über den Gesellschaften, er kann jedoch erst mit Hilfe der demokratischen Sphäre auf diese einwirken. Sind die demokratischen Dispositive nicht vorhanden, so droht sich die Politik stets zu verflüchtigen, ohne ihr gleichheitstiftendes Potential ausüben zu können. Mit Hilfe des Vergleiches des Verhältnisses von Politik und Demokratie mit der Atmosphäre als Zusammenwirken von Gas/Dampf und formgebender sphärischer Kraft können wir Rancières Theorie also besser verstehen, da dieser Vergleich erstens verständlich macht, warum wir, wenn wir Politik wahrnehmen, dies immer in Verbindung mit der Wahrnehmung von Demokratie tun. Zudem erklärt er zweitens, warum Demokratie hier *vor* der Politik steht, weshalb Rancière (2008, S. 19) sie als „[d]ie Einsetzung selbst der Politik“ und als „Regime der Politik“ versteht. In „Disagreement“ (1999, S. 101) beschreibt er, dass die Formen der Demokratie nichts anderes seien als die „Formen der Verfassung der Politik“ und in einem Interview wählt er selbst sogar den Begriff der „Sphäre“, als er erläutert, dass Demokratie „die Institution der Politik“ sei (Rancière 2003, S. 3).²⁰

Daraus resultierend – und besonders relevant für die vorliegende Arbeit – wird durch das Bild der Atmosphäre drittens deutlich, dass ein analytischer Unterschied zwischen Demokratie und Politik besteht, der auch bei der Diskussion postdemokratischer Entwicklungstendenzen in modernen politischen Gemeinschaften Berücksichtigung finden sollte. Denn trotz seines Verzichts auf die Analyse verschiedener Ausprägungen institutioneller Settings geht Rancière also davon aus, dass es verschiedene „Formen von Demokratie“ in der Realität gibt bzw. geben kann (u. a. solche, die in im Folgenden noch näher zu untersuchender Verbindung zum Begriff der Postdemokratie stehen). Diese Demokratieformen ergeben sich aus dem Zusammenwirken der drei „Mechanismen“ des „Dispositivs der Subjektivierung“ in einer sozialen Gemeinschaft (Rancière 1996b, S. 125), die wie Zahnräder in verschiedenen Ausprägungen ineinander greifen und so verschiedene Typen von Demokratie beschreiben, die sich wiederum auf die Präsenz der Politik in einer Gesellschaft auswirken. Alle Demokratien weisen somit jedoch dieselben grundlegenden Merkmale auf und unterscheiden sich jeweils in ihren Ausprägungen.

²⁰ Das vollständige Zitat lautet: „Demokratie ist die Institution der Politik selbst, als abweichende Form des Regierens. Dies verlangt nach dem, was man allgemein als die ‚Sphäre der Politik‘ bezeichnet.“

Die Postdemokratie ist jedoch *keine* solche Demokratieform und sie wird vor dem Hintergrund der Unterscheidbarkeit von Politik und Demokratie auch nicht durch ein „Verschwinden der Politik“ (Fach 2008) bzw. „des Politischen“ (Mouffe 2007) verursacht, sondern durch Veränderungen der Demokratie. Wie im Folgenden dargestellt wird, kann das (vorläufige) Ende der Demokratie jedoch durchaus zum „Entweichen“ der Politik aus dem gesellschaftlichen Raum führen. Wie bereits anfangs angedeutet wurde, geht Rancière nämlich davon aus, dass seit einigen Jahren eine Veränderung der Demokratie stattfindet, die wesentliche Auswirkungen auf die Gleichheit der Bürger und ihre politische Handlungsfähigkeit hat. Die sich daraus ergebende politische Konstellation, die sich derzeit in allen westlichen Demokratien anbahnt, fasst er unter dem Begriff der „Postdemokratie“. Im Folgenden soll nun genauer dargestellt werden, auf welche politischen Entwicklungen und Phänomene sich die Postdemokratisierungsthese in Rancières Werk bezieht und welche Konsequenzen sie mit sich bringt.

2.2.4 Das Konzept der Postdemokratie bei Rancière

Mit dem Begriff der „Postdemokratie“ spezifiziert Rancière seit Mitte der 1990er Jahre – also bereits einige Jahre früher als Colin Crouch – seine Entpolitisierungsthese und erhöht so die Erklärungskraft seiner Theorie mit Blick auf die politische Konstellation am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts (vgl. Rancière 1996b). Er reagiert damit nicht zuletzt auf Kritik an seinen vorherigen Werken (vgl. Dean 2009, S. 22): Denn während sein Begriff der Entpolitisierung in „On the Shores of Politics“ (2007) noch vergleichsweise allgemein war und ein grundsätzliches Spannungsfeld der demokratischen Politik ungeachtet aller kontextuellen Gegebenheiten beschrieb, kann Rancière mit dem Begriff der Postdemokratie erstmals auch die Besonderheit des Zusammenwirkens von Neoliberalismus und Demokratie erfassen.

Ähnlich wie Crouch geht auch Rancière davon aus, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion die Funktionsweise westlicher Demokratien maßgeblich verändert hat und dass dies mit einem Verlust an normativer demokratischer Qualität einhergeht (Rancière 1999, S. 95 f.). Denn die hegemoniale Dominanz des demokratischen Institutionenmodells nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs hat nach Ansicht Rancières eine nie zuvor dagewesene Konsensorientierung hervorgebracht, die der Funktionsweise der Demokratie widerspricht und die das Politische in drastischem Ausmaß verschwinden lässt. Während der Begriff der Demokratie zuvor stets auch ein Kampfbegriff gewesen sei – Rancière (2009a, S. 116) rekonstruiert dies bis zur „Erfindung“ des Wortes in der Antike von Demokratiegegnern – bliebe er heute völlig unangefochten. Diese Hegemonie des demokratischen Politikmodells, kombiniert mit der Hegemonie des Neoliberalismus, habe zur Entpolitisierung der

heutigen Gesellschaften beigetragen: „Today democracy has given up as posing as the power of the people“ (1999, S. 96). Diese Entpolitisierung gehe in Stärke und Akzeptanz weit über dasjenige Maß hinaus, das üblicherweise von der Polizei erreicht werde. Aus diesem Grund wählt Rancière hierfür einen eigenen Terminus: die Postdemokratie.

Aufbauend auf seinen bereits beschriebenen „dreigliedrigen“ Begriff der Demokratie beschreibt Rancière Postdemokratie als „the logic governing a set of discourses and practices which turn democracy into its contrary“ (Rancière 2009a, S. 116), nämlich in eine Regierungstechnik, die man eigentlich als „eine aufgeklärte und kontrollierte Oligarchie“ beschreiben sollte (Rancière 1996b, S. 155). Der politische Diskurs der Gegenwart verleugne dies jedoch mit Hilfe einer paradoxen Argumentation, in Zuge derer im Namen der Demokratie (und nicht, wie es Rancière korrekter erscheinen würde, unter der Berufung auf die Oligarchie) die Demokratie zunehmend geschwächt werde (Rancière 1999 [1995], S. 101).

Postdemocracy is the government practice and conceptual legitimization of a democracy *after* the demos, a democracy that has eliminated the appearance, miscount, and dispute of the people and is thereby reducible to the sole interplay of state mechanisms and combinations of social energies and interests. Postdemocracy is not a democracy that has found the truth of institutional forms in the interplay of social energies. It is an identifying mode, among institutional mechanisms and the allocation of the society's appropriate parts and shares, for making the subject and democracy's own specific action disappear. (Rancière 1999 [1995], S. 102, Hervorhebung im Original)

Anhand der Beschreibung einer Demokratie *nach* dem Demos wird noch einmal Rancières Verständnis des demokratischen Bürgers deutlich: Anders als in der antiken oder der nationalstaatlichen Tradition wird die Zugehörigkeit zum Volk bzw. Demos nicht durch Status, Geburt oder andere formale Merkmale definiert, sondern allein durch die Teilhabe am politischen Konflikt. Wenn er davon spricht, dass in postdemokratischen politischen Gemeinschaften die Zahl der Bürger nicht nur sinke, sondern dass der Demos gänzlich verschwinde, verdeutlicht das, wie drastisch Rancières Krisendiagnose ausfällt. Wie Crouch geht auch er zwar nicht davon aus, dass westliche Demokratien, allen voran sein Heimatland Frankreich, bereits vollständig zu Postdemokratien transformiert sind, er beschreibt jedoch für alle diese Länder das Stattfinden eines Entpolitisierungsprozesses von neuer Qualität.

Das Verschwinden des Demos heißt dabei nicht, dass die faktische Zahl der Bürger bzw. politisch denkenden Menschen einer Gesellschaft sinkt, sondern dass die „Erscheinungssphäre des Volkes“ aufgehoben wird. Rancière versteht darunter das Unsichtbarwerden der Vielheit des Demos, seiner Verschiedenheit und der Individualität seiner Teile, ohne deren Anerkennung wirkliche Gleichheit nicht verwirk-

licht werden könne – wobei diese Unsichtbarkeit paradoxerweise durch die permanente massenmediale Sichtbarkeit eines gesellschaftlichen Ganzen erzielt wird.

Es [das Volk, C. R.] ist immer gleichzeitig vollkommen anwesend und vollkommen abwesend. Es ist in Gänze in eine Struktur des Sichtbaren inbegriffen, wo man alles sieht und wo es also keinen Platz mehr für die Erscheinung gibt. [...] Alles kann gesehen werden, nichts erscheint mehr, weil alles immer schon da ist, mit seiner Repräsentation, mit der simulierten Produktion der Reproduktion identisch. (Rancière 1996b, S. 139 f.)

Wie bereits anfangs dargestellt wurde, ergibt sich die Möglichkeit der Erscheinung für Rancière aus der Annahme der Kontingenz von Ordnung. Das Verschwinden dieser Möglichkeit im Kontext der Postdemokratie ist folglich als das Ergebnis der polizeilichen Kontingenzreduktion zu verstehen. Die gegebene Ordnung erscheint als so fix und unhinterfragbar, dass andere Formen der Ordnung oder andere Formen der (Un-)Gleichheit undenkbar und somit auch unrealisierbar werden. Die Postdemokratie ist also dadurch gekennzeichnet, dass Politik nicht mehr nur nicht stattfindet, sondern dass sie auch ihren Platz verliert, dass sie zunehmend weniger in Erscheinung treten kann.

Das Volk werde in der Postdemokratie folglich mit der Summe seiner Teile identisch, seine „Berechnung“ sei immer gerade und „ohne Rest“ (Rancière 1996b, S. 141; vgl. auch Rancière 1999 [1995], S. 105 f.), was für Rancière gleichbedeutend ist mit einer Gesellschaft, in der es keine bzw. kaum noch Politik geben kann. Die Demokratie hat hier ihre formgebende Kraft verloren und – im Bild der Atmosphäre gesprochen – die Diffusion der Politik ist die direkte Folge, was das gleichzeitige Erstarren der polizeilichen Ordnung bewirken muss. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Demokratie und Politik schließlich überhaupt nicht mehr wahrnehmbar sein werden: Auf die Postdemokratie muss ein postpolitisches Zeitalter folgen.

Wie bereits erwähnt wurde, geht dieser Postdemokratisierungsprozess in der Radikalität der ihm eigenen Konsensorientierung und Vereinheitlichung weit über das in politischen Systemen nach Ansicht des Autors „normale“, polizeiliche Entpolitisierungsmaß hinaus. Während jeder Form von polizeilicher Ordnung die Eigenschaft innewohnt, die Politik verschwinden zu lassen, fehlt der aktuellen Demokratie nicht nur die Hinterfragung ihrer selbst, sondern damit verbunden ist auch die Hegemonie des kapitalistischen, von Rancière durch den Begriff des Neoliberalismus spezifizierten, Wirtschaftssystems. Erst die breite, gesellschaftsweite Dominanz des neoliberalen Denkens konnte der Postdemokratie den Weg ebnen, die diskursive Komponente gesellschaftlicher Interaktion ist also in Rancières Denken sowohl als Symptom als auch als Ursache inkludiert, wenngleich sie nicht explizit diskutiert oder analysiert wird.

Allein schon der Versuch, eine Gesellschaft zu „berechnen“, spiegelt gemäß Rancières Argumentation die Neoliberalisierung westlicher Demokratien am Ende des 20. Jahrhunderts wider, die „Kapitulation vor dem globalen Weltsystem der Ökonomie“ (Rancière 2003, S. 1). Gleiches werde auch durch den Glauben zum Ausdruck gebracht, dass derartige Berechnungen eine „sichere“ oder „gute“ Grundlage für gemeinwohlorientiertes Handeln darstellten. Politik werde zunehmend als eine „Management“-Aufgabe verstanden, die nur von Experten erfüllt werden könne (Rancière 1999, S. 107). Auf die Frage, wer oder welche Kräfte zum Erstarken des Neoliberalismus beigetragen haben, geht Rancière dabei nicht detailliert ein. Aus seinen Beschreibungen wird jedoch deutlich, dass eine entsprechende Entwicklung im Einklang mit der Logik der Polizei steht.

Rancières Neoliberalismus-Verständnis orientiert sich folglich ähnlich wie jenes von Colin Crouch höchstens lose an demjenigen, das ursprünglich einmal von Theoretikern aus dem Feld der Nationalökonomie bzw. Volkswirtschaftslehre geprägt wurde und wonach unter Neoliberalismus eine in den frühen 1930er Jahren entstandene Form liberalen Denkens gefasst wird, die als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise staatlicher Organisation eine wesentliche, ordnende Funktion für das Funktionieren der Marktwirtschaft einräumt und die sich damit von Adam Smiths Glauben an die „unsichtbare Hand“ des Marktes distanziert (vgl. Ptak 2008, S. 16 ff.). Stattdessen verwendet Rancière den Begriff des Neoliberalismus gemäß des heute weiter verbreiteten – durch die kritische Auseinandersetzung mit dem Keynesianismus und später durch die Globalisierungskritik geprägten (vgl. Willke 2003, S. 32 ff.; Altvater 2008) – Verständnisses, um das politische Streben nach einem „small government“ (Rancière 1999, S. 109) und nach wirtschaftlichem Wohlstand gemäß der Regeln ökonomischer Effizienz zu benennen. Entsprechend besteht für ihn ein zentrales Merkmal postdemokratischer Systeme darin, dass sie Effizienz als zentrales Legitimationsargument verwenden und sich die Minimalisierung der politischen Regulierung ökonomischer Tätigkeit zum Ziel setzen (1999, S. 95). Kurz gefasst nutzt Rancière den Begriff „Neoliberalismus“, um die seiner Ansicht nach stattfindende Ersetzung der politischen durch die ökonomische Logik zu titulieren und diese Ersetzung als Grundlage der Postdemokratisierung zu identifizieren.²¹ Der Verzicht auf eine akteursorientierte Beschreibung folgt dabei seiner analytischen Vorgehensweise und kann deshalb nicht als ‚Vermeidungsstrategie‘ einer Verantwortlichkeitszuschreibung gedeutet werden. Nichtsdestoweniger kann konstatiert werden, dass Rancière den Neoliberalismus vergleichsweise unpräzise

²¹ Zu näheren Erläuterungen des Stellenwerts des Neoliberalismus in Rancières Denken siehe auch die Arbeit von Todd May (2008, S. 45 ff.). Jodi Dean (2009, S. 23 f.) hingegen hat kritisch Stellung zu seinem Neoliberalismus-Verständnis bezogen, das sie als unspezifisch und übermäßig pessimistisch empfindet.

definiert und seinen Aussagen darüber entsprechend eine gewisse Unschärfe eigen ist, die angesichts der vehementen Kritik, die hier am Neoliberalismus geäußert wird und der Relevanz, die ihm für die Postdemokratisierung zugesprochen wird, unangemessen erscheint.

Doch Rancière erkennt – und dies mag zunächst vielleicht überraschen – auch Züge einer marxistischen Argumentationsweise in der postdemokratischen Rhetorik: „Der Liberalismus übernimmt von einem für nichtig erklärten Marxismus das Thema der objektiven Notwendigkeit, die mit den Zwängen und Willkürlichkeiten des Weltmarktes gleichgesetzt wird“ (Rancière 1996b, S. 146). Auch hierin offenbare sich ein Paradoxon unserer Zeit: Im Moment des Zusammenbruchs der sozialistischen Staaten werde eine „absolute Bestätigung“ der marxistisch-strukturalistischen Beschreibung konstatiert, und zwar *gleichermaßen* von linken wie von (neo-) liberalen Theoretikern. Die ideologische Grundlage der Postdemokratie gestaltet sich für ihn daher auch als ein „umgekehrter Marxismus“ (Rancière 1996b, S. 147) – eine Bezeichnung, die nicht nur wegen ihres augenscheinlichen Kontrasts zum Begriff des Neoliberalismus, sondern insbesondere im Vergleich zu Wolins Rede vom „inverted totalitarianism“ interessant erscheint (siehe Abschn. 2.3). Während der Marxismus die Gleichheit als Substitut für ökonomische Dominanz vorschlage, trete in der neoliberalen Ideologie bzw. im „umgekehrten Marxismus“ der minimale Staat an die Stelle der als unfähig identifizierten Individuen und schütze sie vor Armut und Ausbeutung. Angesichts des als gering wahrgenommenen Handlungsspielraums, den der Weltmarkt den politischen Akteuren überlasse, könne ein guter Staat gemäß des neoliberalen Denkens nur ein minimaler Staat sein. Nichtsdestoweniger erscheine seine geringfügige Handlung heute bedeutsamer denn je, um den Wohlstand zu sichern.

An die Stelle einer demokratischen Praxis trete unter dem paradoxen Zusammenwirken liberaler und marxistischer Argumentationsformen und unter dem Etikett der Demokratie derzeit also eine Regierungstechnik oder Regierungsordnung: ein „merkwürdiges Zwitterwesen von Liberalismus und Marxismus“ (ebd.: S. 148). Und dies, obwohl Demokratie ihrem Wesen nach eben keine geordnete Gesamtheit von Regierungsformen, sondern eine Subjektivierungsweise des Politischen sei (vgl. ebd.: S. 155). Die Postdemokratisierung resultiert bei Rancière nicht nur aus einer historisch kontingenten Ereigniskonstellation wie dem Ende des Ost-West-Konflikts, sondern sie ist auch das Ergebnis der Fehlkonzeption einer konsensualen Bestimmung des Demokratiebegriffs. Ein solches Demokratieverständnis provoziert für Rancière unweigerlich Entwicklungstendenzen, die der Gleichheit zuwiderlaufen und somit die Demokratie selbst schwächen. Oder in den Worten Katrin Meyers, die in dieser Facette von Rancières Denken eine Parallele zu Arendts Kritik des Volksbegriffs erkennt: „Postdemokratien scheitern demnach als

Demokratien systematisch am Konzept der souveränen Volksherrschaft“ (Meyer 2011, S. 30).

Die Postdemokratisierung beschreibt bei Rancière nicht nur Veränderungen der normativen Ideale der Demokratietheorie bzw. die Konsensorientierung als Merkmal vieler demokratietheoretischer Konzeptionen seit der Publikation der „Theorie des kommunikativen Handelns“ (1995 [1981]) und von „Faktizität und Geltung“ (1998 [1992]). Sie beschränkt sich auch nicht auf einen Wandel der Denkweisen und Einstellungen einer Gemeinschaft zu gesellschaftlichen Zielen, Politik und Demokratie, sondern geht auch mit einer ganzen Reihe zum Teil direkt beobachtbarer, zum Teil latenter Veränderungen und Merkmale des zeitgenössischen „politischen“ Entscheidens und Handelns einher, die im Folgenden dargestellt werden.

2.2.5 Belege für die Postdemokratisierungs-These

Denn so ideengeschichtlich fundiert und begrifflich abstrakt Rancières Postdemokratisierungstheorie auf der einen Seite ist, so konkret ist auf der anderen Seite seine Beschreibung ihrer Symptome – was dazu beiträgt, dass im Folgenden deutliche Ähnlichkeiten der Diagnosen von Crouch und Rancière zutage treten werden. Denn auch Rancière entwickelt seine Theorie ausgehend von Veränderungsprozessen der Realität, die er zwar nicht empirisch zu belegen oder empirisch überprüfbar zu modellieren sucht, die er jedoch beobachtet und die er als Tatsachen beschreibt.

Neben der bereits angesprochenen Konsensorientierung, die er sowohl mit Blick auf die praktische wie auch auf die theoretische Diskussion über Politik als prägendes Merkmal seit dem Ende des Kalten Kriegs diagnostiziert, zählen hierzu vor allem die Verwissenschaftlichung der Politik und ihre Darstellung und Wahrnehmung als „Regierungstechnik“, sowie die auch von anderen Autoren kritisierte Verrechtlichung²² und die zunehmende Ablehnung der demokratischen Politik durch die Bürger. Rancière betrachtet den postdemokratischen Verrechtlichungsprozess dabei als eine Entwicklung, die stärker zur Abgrenzung von Eliten und zur Zementierung von Machtverhältnissen beiträgt als – wie es in der Demokratisierungsgeschichte der Fall war – zur Emanzipation der sozial schwachen Bürger bzw. zur Gleichheit aller Gemeinschaftsmitglieder. Auch wenn er an dieser Stelle nicht explizit wird, muss bzw. müsste postdemokratische Verrechtlichung gemäß seiner Überlegungen letztendlich dadurch gekennzeichnet sein, dass sie weniger der Durchsetzung von gleichen positiven Rechten bzw. gleicher Freiheit dient als

²² Hierzu kann man bspw. interessante Vergleiche zu Habermas' These von der Kolonialisierung der Lebenswelt bzw. der Verrechtlichung der Politik (Habermas 1998 [1992]), oder zu Maus' Überlegungen zur Refeudalisierung des Rechts (Maus 1994) anstellen.

der Stabilisierung bestehender rechtlicher Verhältnisse.²³ Alle diese sowie weitere daraus resultierende Phänomene stehen für ihn in einem engen Zusammenhang; sie alle sind in einem sich selbst verstärkenden Entwicklungsprozess zugleich Ursache und Konsequenz der Entpolitisierung bzw. Postdemokratisierung – manche haben jedoch direkt und manche lediglich indirekt beobachtbare Konsequenzen.

Der Konsens als antidemokratische Leitidee gesellschaftlicher Kooperation spielt im Postdemokratisierungsprozess für Rancière die grundlegendste Rolle, auch wenn er auf der Ebene des politischen Diskurses dafür keine Belege anführt. Was „sich selbst am Liebsten konsensuelle Demokratie“ nenne, sei gerade, was er als Postdemokratisierung kritisiere (1996b, S. 138). Auch wenn er die Konsensorientierung scheinbar nicht zu den direkt beobachtbaren Indikatoren der Postdemokratisierung zählt, begründet das zeitgenössische Streben nach Konsens gemäß seiner Wahrnehmung gleich mehrere der Fehlentwicklungen, die die Postdemokratie kennzeichnen. Rancière spricht hier von der Verbindung dreier „Sachverhalte“: „der wuchernden Verrechtlichung, den verallgemeinerten Expertenpraktiken, der ständigen Meinungsforschung“ (ebd.: S. 145).

Seine Kritik an der Meinungsforschung wurde im Kontext der „Demokratie nach dem Demos“ bereits angesprochen, zum genaueren Verständnis soll sie hier jedoch noch expliziert werden. Die Postdemokratie manifestiert sich in den Worten Rancières nämlich als ein „regime of opinion“: „The utopia of postdemocracy is that of an uninterrupted count that presents the total of ‚public opinion‘ as identical to the body of the people“ (1999 [1995], S. 103). Bereits indem man ‚die‘ öffentliche Meinung suche, werde suggeriert, dass Verschiedenheit nicht erwünscht ist – und eine Abweichung von wenigen ‚Standardkategorien‘ von Einstellungen erst gar nicht möglich.

In einer empirisch geprägten Terminologie könnte man Rancières Überlegungen zu den messbaren Konsequenzen einer solchen Vorgehensweise auf der Einstellungsebene wohl in enger Anlehnung an Noelle-Neumanns Theorie der Schweigespirale (1980) formulieren, gemäß derer die in einer Gesellschaft (scheinbar) vorherrschende Meinung sich, vor allem wenn es um moralische Fragen geht, selbst als solche stabilisiert und schließlich auch zur dominanten oder einzig präsenten Meinung in der Öffentlichkeit werden kann, da Individuen sich vor sozialer Isolation fürchten und folglich dazu tendieren, sich der Mehrheitsmeinung (zumindest in ihren öffentlichen Äußerungen) anzuschließen. Noelle-Neumann spricht von einem „quasi-statischen Wahrnehmungsorgan“ der Menschen, mit dessen Hilfe sie sich ständig ein Bild von der Verteilung der Meinungen in der Öffentlichkeit

²³ Dies empirisch und detailliert zu klären wäre eine interessante rechtssoziologische Forschungsaufgabe, die an dieser Stelle jedoch nicht weiter verfolgt werden kann.

zu machen versuchten und ihre eigenen Äußerungen davon abhängig machen, ob sie mit der Mehrheitsmeinung übereinstimmen. Die in den Massenmedien veröffentlichten Meinungen würden in Folge dieses Anpassungsprozesses zunehmend konform, was den wahrgenommenen Druck zu Schweigen auf individueller Ebene steigert. Die Theorie der Schweigespirale wurde vielfach empirischen geprüft.²⁴ Sie konnte in diesen Studien zwar nicht umfassend bestätigt werden konnte, aufgrund einiger positiver Ergebnisse gilt sie jedoch als teil- bzw. ansatzweise belegt (vgl. Noelle-Neumann 2009, S. 439 ff.; Schenk 2002, S. 566 ff.) und entspricht in gewisser Weise den Überlegungen Rancières, der auch von Konformitätsdruck auszugehen scheint, welchen er jedoch nicht auf moralische Fragen beschränkt. Vielmehr müssen sein Themenportfolio und folglich auch die Reichweite seiner entsprechenden theoretischen Aussagen als weitaus umfassender verstanden werden als es bei Noelle-Neumann der Fall ist. Rancière verzichtet zudem auch an dieser Stelle auf eine umfassende, empirisch fundierte Darstellung seiner Überlegungen und referiert nur über das aus einem entsprechenden konformitätsorientierten Entwicklungsprozess resultierende Verschwinden einer Sphäre, in der die Menschen in ihrer Verschiedenheit in Erscheinung treten können, in der zuvor unbekannte oder mehrheitlich ungewollte Positionen vertreten werden und in der folglich Politik stattfinden und sichtbar werden kann. Nie zuvor, so Rancière, seien so viele Bilder von einer Gesellschaft gezeichnet worden wie es heute üblich ist – und nie zuvor sei (dadurch) so viel Realität verschleiert worden. „The regime of the all-visible, of the endless presentation to each and every one of us of a real indissociable from its image, is not the liberation of appearance. It is, on the contrary, its loss“ (Rancière 1999 [1995], S. 104). Je stärker also der Einfluss von Meinungsumfragen auf das politische Geschehen in einem Staat ist, desto postdemokratischer wirkt dieser auf Rancière. Und tatsächlich ist es in der Literatur unumstritten, dass die Demoskopie seit ihrer Begründung am Ende des 19. Jahrhunderts in westlichen Demokratien stetig an Einfluss gewonnen hat (vgl. Noelle-Neumann und Petersen 2005, S. 21 ff.).

Entsprechend hält Rancière auch die Verbindung von (sozial-)wissenschaftlicher Meinungsforschung und deren Veröffentlichung in den Massenmedien nicht für ein gleichheitsstiftendes, transparenzsteigerndes System, sondern für dessen Gegenteil. Statt Gleichheit werde hier Äquivalenz suggeriert – eine Terminologie, mit der Rancière all jene Gleichheitsbegriffe fasst, die dazu dienen (sollen), Verschiedenheiten unsichtbar zu machen.²⁵

²⁴ Für einen Überblick zur Theorie der Schweigespirale vgl. Schenk (2002).

²⁵ Auch der Titel dieses Buches der beiden Meinungsforscher Noelle-Neumann und Petersen bringt, nebenbei gesagt, eine Facette von Rancières (kritischer) Argumentation zum Ausdruck. Er lautet: „Alle, nicht jeder“.

The 'science of opinion' is indeed not merely a science taking 'opinion' as its object. It is a science immediately accomplished as opinion, a science that has no meaning except in terms of this process of specularization where an opinion sees itself in the mirror held up by science to reveal to it its identity with itself. (Rancière 1999 [1995], S. 105)

Anstelle einer öffentlichen Erscheinungssphäre der Politik – also anstelle der Demokratie – würde in postdemokratischen Regierungssystemen eine nicht vorhandene Einheit bzw. Einigkeit der Gesellschaftsmitglieder suggeriert und es würden aus deren Verschiedenheit bzw. unterschiedlicher Stellung innerhalb der Gemeinschaft resultierende Konflikte unterdrückt. Ähnlich wie bei Crouch erscheint auch bei Rancière die massenmedial vermittelte öffentliche Meinung also zunehmend als eine apolitische. Diese Entwicklung werde unter anderem am Beispiel der Einwanderer sichtbar. Während diese in den 1970er Jahren als Gastarbeiter bezeichnet worden seien, hätten sie heute, aufgrund von politischer Korrektheit, ihren Namen verloren – und damit ihre politische Identität und ihr politisches Anderssein. Nun bliebe ihnen „nur noch“ eine soziologische Identität übrig, die in die „anthropologische Nacktheit“ einer verschiedenen Rasse und Hautfarbe umschlage.²⁶ Der Einwanderer habe „seine Identität mit einer Subjektivierungsweise des Volkes verloren, mit dem Arbeiter oder Proletarier, dem Objekt eines erklärten Unrechts und dem Subjekt, das seinem Streithandel Gestalt verleiht“ (Rancière 1996b, S. 151, Anm. im Original).

Ein Merkmal der Postdemokratie liegt für Rancière folglich in der Entpolitisierung von Verschiedenheit, die aus Kontingenzverleugnung bzw. polizeilicher Konfliktvermeidung resultiere und das zugleich ein neues Politikverständnis zum Ausdruck bringe: dasjenige der Politik als eines problemlösenden Institutionen-settings. „Any dispute, in this system, becomes the name of a problem. And any problem can be reduced to a simple lack – a simple holding up – of the means to solve it“ (Rancière 1999 [1995], S. 107). Mit dieser (technokratischen) Problemorientierung politischen Handelns ist ein weiteres Merkmal der Postdemokratie angesprochen. Während Rancière, wie dargestellt, Demokratie für „endlos“ bzw. „nie gänzlich verwirklicht“ hält, erscheint sie aus der postdemokratischen Perspektive als „Problemlösungsmaschinerie“. Postpolitische Fragen sind demnach nur solche „Probleme“, die beantwortbar bzw. lösbar sind – während Politik für

²⁶ Rancière spielt an dieser Stelle mit der Zweideutigkeit des Begriffes der Identität (Identität als Bezeichnung völliger Übereinstimmung und als Begriff zur Bezeichnung personaler bzw. sozialer Charakteristika), die in der französischen (und auch in der englischen) Sprache offensichtlicher ist als im Deutschen. Diese Zweideutigkeit sollte auch beim Lesen der hier genannten Zitate bedacht werden.

Rancière ja gerade durch die Kontingenz sozialer Ordnung geprägt ist. Jegliche Rede von Politik als „Problemlösungsstrategie“ bzw. „Management“ im öffentlichen Diskurs kann also nach Rancière (und hierin liegt eine weitere Übereinstimmung mit Crouch) als Postdemokratisierungsindikator begriffen werden und solche Redewendungen – so glaubt auch er beobachtet zu haben – hätten in der jüngeren Vergangenheit an Bedeutung gewonnen.

Probleme können zudem am effizientesten und effektivsten von Menschen mit Fachwissen gelöst werden. So zählen sowohl für Crouch als auch für Rancière die zunehmende Privatisierung ehemals öffentlicher Aufgaben, die fortschreitende Entmachtung parlamentarischer Repräsentation und die Relevanz von „Experten“ und „Gremien“ bzw. die Entstehung eines „Expertenstaates“ zu den Merkmalen der Postdemokratie (vgl. ebd.: S. 97). Wichtige Entscheidungen würden als zu komplex für das Volk dargestellt und so dessen zunehmender Ausschluss aus der Politik begründet. „The expert state eliminates every interval of appearance, of subjectivation, and of dispute in an exact concordance between the order of law and the order of facts“ (ebd.: S. 112). Der wachsende Einfluss von Experten steht für Rancière in einem engen Zusammenhang zu der Verrechtlichung der Gesellschaft:

The growing identification of the real and the rational, law and expertise, right and a system of guarantees that are primarily guarantees of state power, the ever intensified assurance of its infallibility, of the impossibility of its being unjust, except by mistake, a mistake that it never ceases to guard itself against by endlessly consulting experts on the twofold legitimacy of what it is doing – all these are extensions of this process. (Rancière 1999 [1995], S. 112)

Das Rechtliche, von dessen Ausweitung wir tagtäglich Zeugen würden, tritt in diesem Verständnis in der Postdemokratie zunehmend an die Stelle der Politik. Es schafft Klarheit, wo keine Klarheit sein könne – und zwar gemäß der Normen des neoliberalen Denkens. So müsse heute beispielsweise der Arbeiter, um Rechte zu erlangen, erstmal arbeiten. Um arbeiten zu können, müsse er jedoch zustimmen, die Rechte im Vergleich zu früheren Arbeitern in seiner Position zu kürzen, weil diese die Unternehmen hinderten, ihm Arbeit zu geben. „We are effectively witnessing an active multiplying and redefining of rights, aimed at getting law, rights, the rule of law, and the legal ideal circulating throughout society, at adapting to and anticipating all the movements of society“ (ebd.: S. 111). Diese Neubestimmung des Rechtlichen im Prozess der Postdemokratisierung erlaubt es Rancière, etwas zu erklären, was Crouch nicht im Blick hatte: das gleichzeitige Auftreten von Regulierung, Deregulierung, Reregulierung in westlichen Demokratien. Denn während einerseits, gemäß des neoliberalen Paradigmas, die wirtschaftlichen Akteure an weniger Regeln gebunden sein sollen, wird die Entmachtung der Bürger

durch die steigende Komplexität des interdependenten rechtlichen Regelwerks und der gesellschaftlichen Interaktion an und für sich begründet.²⁷ Autoren, die nur die Seite der Politisierung wahrnehmen, machten trotz der grundsätzlichen Richtigkeit der Beobachtung, dass es solche Politisierungs- bzw. Regulierungsprozesse gibt, jedoch einen gravierenden Fehler: Sie würden zu Handlangern der neoliberalen Logik, denn die „Philosophen der Rückkehr des Politischen oder der Rückkehr zur Politik sind ideologische Leuchtfener für das, was in Wirklichkeit Entpolitisierung ist“ (Rancière 2003, S. 4).

Der doppelte Entwicklungsprozess von (Re-)Regulation und Deregulation verursacht laut Rancière einen heute zu beobachtenden, im Vergleich zu früheren Jahren gesteigerten Legitimationsbedarf, denn es gilt den Bürgern zu erklären, warum die kontingenzverleugnende Expertokratie einerseits unter einem Handlungsfähigkeitsverlust leidet, weshalb andererseits jedoch ihre Entscheidungen eine solche Relevanz gewonnen haben, dass sie nicht mehr von jedermann getroffen werden können. „The management of this ‚almost nothing‘ is also an uninterrupted demonstration of the identity between the legitimate state and the expert state, of the identity between the power of this state and its powerlessness, a power that internalizes the identity of the great power of enterprising and contracting individuals and groups with the powerlessness of the demos as a political force.“ (Rancière 1999, S. 114; vgl. auch 1996b, S. 148). Dieser Legitimationsbedarf soll – und so schließt sich der Kreis zwischen Expertokratie, Ökonomisierung, Verrechtlichung und Demoskopie – mit Hilfe der stetigen Erhebung und Publikation von Meinungsumfragen erfüllt werden, die dazu dienen sollen, die Bürger von der allgemeinen Akzeptanz politischer Entscheidungsträger und Entscheidungen zu überzeugen. Hinzu komme die Tendenz zur Erweiterung der Machtbefugnisse führender Politiker, wie beispielsweise des französischen Präsidenten, in der Hoffnung, dass charismatische Persönlichkeiten die Zustimmung der Bürger für eine solche politische Entwicklung erlangen könnten (Rancière 1999, S. 97).

Die „erkaltende Liebe“ der Bürger zur Demokratie, ihre Abkehr vom politischen Prozess, und die zunehmende Verachtung, die sie für diesen empfinden, zeige jedoch, dass die Substitution von Demokratie durch solche Legitimationsmechanismen zumindest derzeit in westlichen Demokratien nicht recht gelinge (vgl. ebd.: S. 107). Kurz: Die Postdemokratie funktioniere nicht vollständig, sondern stelle die Politik vor neue Herausforderungen. Gleichzeitig stellt die Passivität der Bürger nach Ansicht Rancières jedoch auch eine Schwierigkeit dar, wenn es darum geht, die Demokratie und die Politik wiederzubeleben bzw. die Macht des

²⁷ Für eine umfassende Beschreibung zeitgenössischer Politisierungsprozesse in Demokratien vgl. Greven (2008).

Demos von der Polizei zurückzuerobert. Vor diesem Hintergrund soll nun zum Abschluss der Darstellung von Rancières theoretischem Verständnis der Postdemokratie diskutiert werden, inwiefern er eine solche Entwicklung für möglich hält bzw. für wie ausweglos er die postdemokratische Konstellation hält.

2.2.6 Bewertung der Postdemokratisierung durch Rancière

Laut Rancière ist die Politik am Beginn des 21. Jahrhunderts also scheinbar in einen undemokratischen Teufelskreis geraten: Neoliberale Effizienzkriterien zwingen sie zur Aufgabe von Handlungskompetenz und Entscheidungsverantwortlichkeit, wodurch die Politik bzw. die politische Klasse angesichts rasanten technischen und informativen Fortschritts weitere, fachliche Kompetenzverluste erleidet, weshalb sie zu einem inkompetitiven Akteur wird und weitere Zuständigkeiten abgeben muss, während der Bürger sich mit Schrecken von der Politik abwendet und seine eigene Entmachtung somit sogar noch stärkt. Dieser Zusammenhang kann als Teufelskreis gedacht werden, solange er von einem Demokratieverständnis profitiert, das die genannten Entwicklungen strukturell begünstigt.

Dabei ist die beschriebene postdemokratische Entwicklung zweifelsfrei eine negative, da sie die Gleichheit der Bürger – für Rancière das oberste Ziel politischen Handelns – nicht nur schwächt, sondern als politisches Ziel gänzlich hinter der Äquivalenz verschwinden lässt. Die Postdemokratie suggeriere ihren Bürgern einen „falschen Frieden“ (Rancière 1996b, S. 155), der durch den Verzicht auf Subjektivierung und Konflikt bezahlt werden müsse. Die Politikverdrossenheit und die in den letzten Jahren zu beobachtende Entwicklung eines neu aufflammenden Rassismus belegten jedoch, dass ein solcher konsensueller Frieden eben nicht existiere (vgl. ebd.: S. 153). Vor diesem Hintergrund kann die Postdemokratie schwerlich als langfristig stabil erscheinen.

Ähnlich wie es bei Crouch der Fall ist, kann die postdemokratische Entwicklung für Rancière also, obwohl er ihre Entwicklung in den letzten beiden Jahrzehnten als eine drastische und zumindest partiell als eine strukturelle Konsequenz beschreibt, kein unabwendbarer Prozess sein, sie kann vielmehr jederzeit geschwächt oder sogar durch revolutionsähnliche Entwicklungen beendet werden. Das Ziel muss es dabei sein, eine Pluralisierung zu erreichen, d. h. die Anzahl der politisch handlungsfähigen Akteure zu erhöhen. Dazu erscheint es Rancière jedoch notwendig, dass der derzeit vorherrschende Demokratiebegriff zurückgewiesen werde – nur durch ein verändertes Demokratieverständnis kann die selbstzerstörerische Tendenz (konsensualer) Demokratien unterbunden werden. Demokratie dürfe folglich nicht länger als „eine Art minimalisierten Gesellschaftsvertrags“ gesehen werden:

Einen Vertrag ohne Fiktion des Ursprungs und ohne Volks-Subjekt, einen einfachen Vertrag der Delegation, in dem der Konsens darauf abzielt, die Macht an jene zu

übertragen, die am fähigsten sind, den unendlich kleinen Spielraum zu verwalten, den die Notwendigkeit anbietet, um die gemeinsame Produktion des Reichtums und die Möglichkeit eines jeden, darin ‚seinen Teil‘ zu ergreifen, zu optimieren. Der einzige Preis, der für diese Optimierung zu zahlen sei, ist die Auslöschung der Namen und Orte des Politischen. (Rancière 1996b, S. 154).

Der Weg der „vernünftigen Demokratie“ sei jedoch der Weg einer anderen Vernunft, einer Vernunft, die sich von der wirtschaftlichen und oligarchischen Optimierung unterscheide und auf Machtteilung als Ergebnis eines intensivierten Subjektivierungsprozesses statt auf Machttakkumulation beruhe. Er kann mit Hilfe der Wiederherstellung „jener Namen und Orte des Politischen, die aufzugeben uns die postdemokratische Logik drängt“, jederzeit wiedergefunden werden – allerdings erscheinen die derzeitigen Chancen auf eine solche Entdeckung dem Autor angesichts des vorherrschenden neoliberalen „Zeitgeists“ insgesamt recht gering zu sein. Dennoch will er sein Werk explizit nicht als Katastrophen- oder Endzeitszenario verstanden wissen, sondern der Leser soll stets im Hinterkopf behalten, dass Politik immer eine zufällige, lokale und prekäre Aktivität ist, die auch immer kurz vor ihrem Verschwinden steht. „Und folglich vielleicht auch vor ihrem Wiederauftauchen“ (Rancière 2003, S. 5).

Auch wenn es, wie anfangs dargestellt wurde, nie sein Ziel gewesen sein mag, eine umfassende politische Theorie oder Demokratietheorie zu entwickeln, wird nicht zuletzt anhand seiner postdemokratischen Ausführungen deutlich, dass dies Rancière über weite Strecken hinweg gelungen ist. Zwar ist der interventionistische Charakter seiner Schriften nicht zu leugnen und – wie bereits zuvor an mehreren Stellen angemerkt wurde – nicht alle Aspekte und theoretischen Grundlagen seines Denkens werden expliziert. Beispielhaft mögen dies die angesprochenen Lücken in Bezug auf die Untertheoretisierung der Unterschiede zwischen demokratischen und autoritären politischen Systemen und die mangelnde (Er-)Klärung des Neoliberalismus belegen. Rancières Begriff der Postdemokratie zeigt die trotzdem hohe Erklärungskraft seiner theoretischen Arbeiten auf: Basierend auf einer abstrakten Begrifflichkeit und vor dem Hintergrund der aufgezeigten generellen Spannung zwischen „Politik“ und „Polizei“ kann er die Konsequenzen einer Veränderung der in einer Gesellschaft verfolgten Ideale und hegemonialen Denkstrukturen auf die von ihm entwickelten normativen Maßstäbe demokratischer Qualität schlüssig und umfassend erklären und begründen. Vor allem die diskursive Grundlage seines Postdemokratisierungsverständnisses geht dabei über die Überlegungen von Crouch hinaus und stellt eine wesentliche Grundlage für die weitere Argumentation dieser Arbeit dar. Bevor dies geschieht, wird im Folgenden noch ein drittes Verständnis von Postdemokratie dargestellt, das von dem amerikanischen Politikwissenschaftler Sheldon Wolin vorgelegt wurde.

2.3 Postdemokratie im Werk von Sheldon Wolin

Obwohl Sheldon Wolin in seiner amerikanischen Heimat seit der erstmaligen Publikation seines Standardwerkes „Politics and Vision“ (2004 [1960]) ein renommierter Politikwissenschaftler und auch ‚public intellectual‘ ist, werden seine Überlegungen zum Zustand der (Post-) Demokratie in der deutschen Debatte weitaus seltener zitiert als jene von Colin Crouch oder Jacques Rancière – und selbst in Quellen, in denen er als Referenzautor genannt wird, finden seine Argumente meist keine genauere Betrachtung, fast scheinen sie eher der Vollständigkeit als ihrer argumentativen Relevanz halber erwähnt zu werden. Bis dato ist im Diskurs über die Postdemokratie jedenfalls keine gründliche Auseinandersetzung mit Wolins Konzept zu finden (vgl. bspw. Buchstein und Nullmeier 2006; Jörke 2005, 2010; Hennig 2010; Pilz und Ortwein 2008, S. 37; Blühdorn 2012).

Aus dieser Tatsache zu schließen, dass das Studium seiner Schriften nur von geringem Ertrag für den Postdemokratiediskurs ist, wäre jedoch ein Fehler. Nach seiner Emeritierung im Jahr 1987 hat Wolin mehrere Publikationen, darunter die Aufsatzsammlung „The Presence of the Past“, in der seine Beiträge zu der von ihm gegründeten Zeitschrift „democracy“ gesammelt und publiziert wurden, und die Monographie „Democracy Incorporated“ (2004) vorgelegt, die sich mit der Transformation der westlichen Demokratie befassen und die zweifelsohne dem Postdemokratiediskurs zugerechnet werden können. So geht Wolin, ähnlich wie Crouch und Rancière, davon aus, dass westliche politische Systeme in den letzten Jahren unter dem Einfluss des neoliberalen Paradigmas an Demokratiehaftigkeit verloren haben und dass diese Entwicklung, so sie nicht unterbrochen wird, den Eintritt in ein nach-demokratisches Zeitalter einläuten könnte. Deutlicher als die beiden anderen Autoren hebt der Amerikaner jedoch hervor, dass diese Entwicklungen in der demokratischen Systemlogik verankert sind – dass Demokratien nach seiner Überzeugung also stets das inhärente Potential aufweisen, sich selbst zu beschädigen, indem sie Ideologisierungen erlauben, die eine Transformation des freiheitlichen Charakters der Demokratie in eine totalitäre Funktionslogik zur Folge haben können. Wie im Folgenden noch ausführlicher darzustellen sein wird, bringt Wolin die Postdemokratisierung zudem nicht nur mit Veränderungen der Innen-, sondern auch mit der Außenpolitik westlicher Demokratien (insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika) in Verbindung, die in den letzten Jahrzehnten von dem Streben nach „superpower“ geprägt gewesen sei.

Für Wolin resultiert die Entwicklung westlicher Demokratien zu Postdemokratien aus einer für die Postmoderne charakteristischen „Inversion“ politischer und gesellschaftlicher Machtverhältnisse und Funktionslogiken, die den demokratischen

Gehalt politischer Systeme zunehmend zum „Verschwinden“ bringen (Wolin 2008, S. 46 ff., 2004, S. 459 ff.). Dieses Verschwinden manifestiert sich allgemein gesprochen darin, dass das Auftreten „politischer Momente“, in denen das demokratische Streben nach Gleichheit und Freiheit sichtbar werde, zunehmend seltener zu beobachten ist. Stattdessen würden jene gesellschaftlichen Kräfte immer einflussreicher, die zu einer Fixierung bestehender ökonomischer und politischer Machtverhältnisse beitragen.

Schon diese kurzen Ausführungen weisen darauf hin, dass die mangelnde Auseinandersetzung des deutschen Postdemokratiediskurses mit Wolins jüngeren Schriften wohl eher auf die vergleichsweise geringe Bekanntheit seiner Schriften hierzulande als auf ihre geringe thematische Passgenauigkeit oder mangelnde theoretische Innovation zurückzuführen ist. Hinzu kommt, dass Wolin sich in seinen Schriften eines wechselnden – und somit an mancher Stelle etwas verwirrenden – begrifflichen Instrumentariums bedient. So wählt er in einem im Jahr 1994 in den „Constellations“ veröffentlichten Aufsatz (der später Eingang in Seyla Benhabibs bekannte Aufsatzsammlung „Democracy and Difference“ (1996) fand und im Folgenden auch in dieser Fassung zitiert wird) zunächst den Begriff der „fugitive democracy“, um postdemokratische Entwicklungstendenzen zu beschreiben. Auf der Basis einer Analyse, die ideengeschichtliche Motive des Politischen mit zeitgenössischen Entwicklungstendenzen verbinden, wird Demokratie hier als ein „flüchtiges“ Phänomen beschrieben. Ähnlich wie Rancière arbeitet Wolin also heraus, dass das Politische vor allem ein Phänomen einzelner, kurzer Momente ist (vgl. Wolin 1996a, S. 39). In seiner 2001 veröffentlichten umfangreichen Studie über Alexis de Tocqueville, an der er nach eigenen Angaben mehr als ein Jahrzehnt lang gearbeitet hat (vgl. Bluhm 2003, S. 602), wählt er darauf aufbauend die Begriffe „Postdemokratie“ und – in Anlehnung an Tocqueville – „demokratischer Despotismus“, um über den von ihm konstatierten Niedergang der (amerikanischen) Demokratie zu sprechen (Wolin 2001, S. 561 ff.). In der umfangreich erweiterten Neuauflage seines Klassiker-Werkes „Politics and Vision“ (2004) sowie in „Democracy Incorporated“ (2008) gebraucht er schließlich überwiegend die Bezeichnung „inverted totalitarianism“ und es ist – sofern er die außenpolitischen Implikationen der undemokratischen Entwicklungsprozesse anspricht – auch die Rede von dem Streben nach „superpower“²⁸. Dieser begriffliche Wandel mag generell un-

²⁸ Nähere Erläuterungen zu den Begrifflichkeiten, ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden erfolgen im Abschnitt „Das Konzept der Postdemokratie bei Wolin“. Schon hier soll jedoch vermerkt werden, dass der Begriff der „Superpower“ aufgrund seines explizit außenpolitischen Bezuges nur eine vergleichsweise geringe Rolle für den Postdemokratiediskurs spielt und er daher in den folgenden Darstellungen auch nur am Rande beleuchtet wird.

glücklich erscheinen, weil er eine stetige Neubestimmung von Wolins Gegenstand durch den Leser erfordert. Zudem stellt sich bei genauerer Betrachtung heraus, dass die von Wolin mit „postdemocracy“, „inverted totalitarianism“ und „superpower“ beschriebenen Entwicklungstendenzen im Wesentlichen dieselben sind und die Begriffe bestenfalls unterschiedliche (konnotative) Akzente setzen.²⁹ Neben der generellen Kritik an dem wechselnden begrifflichen Instrumentarium wurde außerdem Wolins Rückgriff auf die Termini „Totalitarismus“ und „Supermacht“ in der Literatur hinterfragt, Ersterer, weil er einen Vergleich u. a. mit faschistischen Regimen nahelegt, der manchem Autor als zu drastisch erscheint, Letzterer, weil er eine Fokussierung der Diskussion auf die USA zur Folge hat, die die Generalisierbarkeit von Wolins Analysen in Frage stellen könnte (vgl. Zuckert 2010, S. 589 f.; Wiley 2006, S. 228; Behdad 2003, S. 887 f.).

Diese Kritik, wenngleich sie zumindest in Teilen durchaus berechtigt ist, sollte sie jedoch nicht über den theoretischen Gehalt und die Relevanz von Wolins Schriften hinwegtäuschen. Aus diesem Grund erfolgt auf den nächsten Seiten eine vergleichsweise umfangreiche Darstellung von Wolins theoretischen Überlegungen zur Postdemokratie und ihre Einordnung in den Kontext seines Werkes, welches in der deutschsprachigen Forschungsliteratur nach Kenntnis der Autorin bislang nirgendwo derart explizit diskutiert wurde.³⁰ Diese Darstellung dient aufgrund der weitgehenden Unbekanntheit von Wolins Arbeiten in Deutschland nicht nur der Ergänzung des deutschsprachigen Postdemokratiediskurses um eine substantielle Auseinandersetzung mit Wolins Thesen, sondern auch der Präsentation einer Interpretation von Demokratie, die deren Scheitern nicht zuletzt als systematisch verursacht betrachtet. Zudem stellen Wolins Schriften mit dem Begriff des Totalitarismus – so streitbar dieser auch ist – einen Regimetyp dar, der nicht nur temporär durch sein Erscheinen *in Folge* der Demokratie bei gleichzeitiger Weiterführung einiger formal-demokratischer Institutionen (wie es beim Terminus *Postdemokratie* der Fall ist) beschrieben wird, sondern ermöglichen auch eine weitergehende substanzielle Bestimmung und den Vergleich mit *vordemokratischen* politischen Systemen, die in den folgenden Kapiteln dazu dienen kann, Kriterien zur Bestimmung von Postdemokratien bzw. Postdemokratisierungsgraden zu

²⁹ Klar von seinen „postdemokratischen“ Begrifflichkeiten lässt sich jedoch Wolins Konzept des „megastate“ abgrenzen, das er vor dem Ende des Kalten Krieges entwickelt hat, um die Expansion der bürokratischen Macht zu beschreiben (vgl. Wolin 1989, S. 183 f.).

³⁰ Wolins Monographien und auch die von Aryeh Bottwinick und William Connolly (2001) herausgegebene Aufsatzsammlung über Wolins Werk wurden in Deutschland vorwiegend in Form von Buchbesprechungen, jedoch nicht in längeren Texten diskutiert (vgl. Bluhm 2003).

entwickeln. Dies eröffnet Perspektiven für Möglichkeiten einer stärkeren analytischen Ausgestaltung des Postdemokratieverständnisses, wie sie am Ende dieser Arbeit entwickelt werden sollen.

2.3.1 Theoretische Verortung

Der 1922 geborene Sheldon Wolin zählt nicht nur selbst zu den führenden Autoren der linksorientierten amerikanischen politischen Philosophie und Vertretern der radikalen Demokratietheorie, sondern er wird auch als Mitbegründer der so genannten „Berkeley School“ in der amerikanischen politischen Theorie,³¹ als politischer Aktivist, der vor allem im „Free Speech Movement“ engagiert war und als Lehrer und Mentor zahlreicher einflussreicher zeitgenössischer Theoretiker geachtet.³²

Sein einflussreichstes Werk, von dem William Connolly überzeugt ist, dass es eine „ganze Generation politischer Theoretiker“ maßgeblich geprägt habe (Connolly 2001, S. 6), das Ali Behdad für die „reinvention of political philosophy as a form of critical intervention“ hält (Behdad 2003, S. 886) und durch das Wolin aber gleichzeitig auch fragliche Berühmtheit als der „amerikanische Jeremias“ erlangte (Ball 2002, S. 943), veröffentlichte er 1960 mit der Erstausgabe von „Politics and Vision: Continuity and Innovation in Western Political Thought“, das 2004 in einer umfangreich überarbeiteten und ergänzten zweiten Fassung publiziert wurde. In diesem Werk diskutiert er zahlreiche, vorwiegend aus der republikanischen bzw. linken Denktradition entstammende, Klassiker der Politischen Theorie und Philosophie (zunächst von Platon, über Luther und Calvin bis zu Saint-Simon, in der zweiten Fassung bis zu Rawls) und analysiert, welche Interpretationsleistung diese für die Einordnung (real-)politischer Konflikte erbracht haben. Zudem identifiziert er bereits in diesem Werk die konstitutive Rolle des Politischen und die seiner Auffassung nach entpolitisierende Wirkung des Konsensstrebens als zentrales Merkmal des zeitgenössischen Denkens.

Seine Arbeit – und dies gilt auch für die späteren Werke – ist geprägt von der kritischen Auseinandersetzung mit dem Liberalismus, mit den Arbeiten von Leo Strauss und auch mit der empirischen Wissenschaftstheorie, weshalb Aurelian Craiutu ihn als „a sort of Leo Strauss of the Left“ bezeichnet hat (Craiutu 2002,

³¹ Neben Sheldon Wolin zählen Norman Jacobson, Hanna Pitkin und John Schaar zu den wichtigsten Vertretern der Berkeley School (vgl. Hauptmann 2004, S. 35).

³² Unter anderem bildete er während seiner Tätigkeit als Professor an den Universitäten in Berkeley und Princeton Hanna Pitkin, Terence Ball und Dana Villa aus (vgl. Wiley 2006, S. 212).

S. 540, ähnlich Holmes 2002).³³ Die meisten Autoren stellen jedoch nicht nur die linke Orientierung seines Denkens, sondern auch den Bezug auf entsprechende Referenzautoren und seinen von „Flüchtigkeit“ (fugitiveness) geprägten Begriff des Politischen heraus und rechnen ihn vor diesem Hintergrund den „radikalen Demokratietheoretikern“ zu (vgl. bspw. Hauerwas 2006; Euben 1996; Ball 2002, S. 944). Oliver Marchart hingegen verortet Wolin nicht in Abgrenzung zu Leo Strauss' politischer Theorie oder mit Blick auf die radikaldemokratische Denkströmung, sondern er kategorisiert ihn als Vertreter der Arendt'schen Traditionslinie des politischen Denkens (Marchart 2010, S. 36 f.) und Zuckert spielt auf ähnliche Aspekte seines Werkes an, wenn er von Wolins „Rousseauistischen Ader“ spricht (Zuckert 2010, S. 591).³⁴

Die Referenz auf die Arbeiten von Jean-Jacques Rousseau und vor allem von Hannah Arendt scheint, nicht nur mit Blick auf die Zentralität des Begriffs des Politischen in seinem Werk, durchaus zutreffend zu sein.³⁵ So plädiert Wolin für den möglichst häufigen Einsatz direkter politischer Partizipation und sein Denken zeichnet sich durch eine skeptische Haltung zur Repräsentation aus. Er vertritt außerdem die Auffassung, dass das wesentliche Kennzeichen der Demokratie nicht eine Regierungsform sein kann, sondern dass Demokratie (wie auch das Politische an und für sich) eine Form kollektiver politischer *Aktivität* ist, wobei der öffentliche Diskurs als eine zentrale Aktivität der Demokratie betrachtet werden kann und der Konflikt als ihr Motor (vgl. bspw. Wolin 1993). Ähnlich wie bei Arendt erscheint das Politische darüber hinaus in seinem Werk als eine besondere und durch Öffentlichkeit gekennzeichnete Lebenssphäre und zeigt somit Wolins Verbindung

³³ Craiutu spielt mit dieser Aussage darauf an, dass sowohl Strauss als auch Wolin immer wieder vehemente Kritik am Liberalismus und am positivistischen Wissenschaftsverständnis geübt haben, wenn auch von unterschiedlichen theoretischen Standpunkten aus. Während Wolin als gleichheitsorientierter Theoretiker eine linke politische Orientierung aufweist, kann Strauss zum konservativen Spektrum gezählt werden.

³⁴ Neben inhaltlichen Gemeinsamkeiten identifiziert er jedoch auch eine „hyperinflated rhetoric and a line or argument that outstrips all evidence on offer to support it“ als Gemeinsamkeit von Wolin und Rousseau (Zuckert 2010, S. 591).

³⁵ Obwohl Wolin verneint hat, den Begriff des Politischen von Arendt übernommen zu haben. Arendt hielt sich zwar 1955 zeitgleich mit ihm als Dozentin für Politische Theorie in Berkeley auf, Wolin hat in einem Interview jedoch angegeben, „The Human Condition“ (1958) erst nach der Publikation von „Politics and Vision“ gelesen zu haben (Wolin in einem Interview aus dem Jahr 1992, zitiert nach Hauptmann 2003, S. 45). Hauptmann ist jedoch überzeugt davon, dass Arendt Wolins Verständnis der Politik und des Politischen maßgeblich geprägt hat: „Her understandings of the public realm, politics, and political thinking closely resemble the way Berkeley political theorists use these terms as well as their sense of how endangered what these words name has become in the contemporary world“ (Hauptmann 2003, S. 44). Und an anderer Stelle räumt Wolin auch ein, dass er Hannah Arendt viele theoretische Einsichten zu verdanken hat (Wolin 1977).

zum republikanischen politischen Denken auf, die an späterer Stelle auch mit Blick auf seine Überlegungen zu politischer Macht deutlich wird (Wolin 1996a, S. 31; vgl. auch Behdad 2003, S. 883 f.; Hauptmann 2003, S. 36 f.).

Wie im folgenden Abschnitt näher erläutert wird, weisen Wolins Begriff des Politischen und seine Unterscheidung von dem Begriff der „Politik“ jedoch auch Parallelen zu den Arbeiten zeitgenössischer radikaler Theoretiker wie Jacques Derrida, Chantal Mouffe, Ernesto Laclau und Jacques Rancière auf, wenngleich seine Überlegungen weniger stark marxistisch (dafür jedoch offensichtlicher an dem Denken der Frankfurter Schule) orientiert sind.³⁶ Vor allem in „Democracy and Vision“ hat er grundlegende Gedanken der radikaldemokratischen Theorieströmung vorweggenommen, indem er versuchte, die Politische Theorie ausgehend von dem Politischen neu zu denken (vgl. Wiley 2006, S. 212). Diese Überlegungen führten ihn vor allem ab den späten 1980er Jahren dazu, die Gefahr des Verschwindens des Politischen zu identifizieren und das Primat der Gleichheit für seinen Demokratiebegriff zu entwickeln – zwei grundlegende Gedanken, die (einige Jahre später) auch von Mouffe und Rancière thematisiert wurden (vgl. Dallmayr 2001, S. 64 ff.). Zudem, so betont Connolly, habe Wolin eine Denkweise eingeführt, die später vor allem durch die Werke Foucaults einflussreich geworden sei:

He contends that the political has become diffused into a series of corporate, constitutional, organizational estates that pull politics away from a common set of concerns. [...] Wolin argues that the searches for community and rational organization, generally taken to be contending responses to the alienation of modern life, combine functionally to sublimate the political. (Connolly 2001, S. 8)

Um den Charakter ihrer Gegenstände angemessen abbilden zu können, muss die Politische Theorie nach Ansicht Wolins nicht die Untersuchung der Politik, also den institutionellen Konsequenzen und Bedingungen gesamtgesellschaftlichen Handelns, oder die Untersuchung der Regierung, sondern jene des Politischen zu ihrer zentralen Aufgabe erklären. Das Politische kann dabei zusammenfassend als „a distinct sphere of human life or a distinct kind of human potential“ verstanden werden (Hauptmann 2003, S. 36).³⁷

³⁶ Ähnlich wie zuvor schon mit Blick auf Rancières Demokratiebegriff angemerkt wurde, ist auch hier zu konstatieren, dass unklar ist, woher die Verbindung zwischen den Arbeiten Derridas, Mouffes, Laclaus und jenen von Wolin resultiert. Wiederum weisen sie zwar inhaltliche Ähnlichkeiten auf, es existieren jedoch zu wenige entsprechende (Literatur-)Verweise in den Werken dieser Autoren, um eindeutig zu klären, inwiefern sie sich aufeinander beziehen. Obwohl der kritische Diskurs in den USA nur sehr selten Bezug auf französische Denker nimmt (ebenso ist es umgekehrt), deuten inhaltliche Gemeinsamkeiten und Parallelen jedoch auf eine gegenseitige Rezeption bzw. zumindest eine Rezeption derselben theoretischen Grundlagenwerke hin.

³⁷ Eine genauere Ausführung seines Begriffs des Politischen erfolgt im nächsten Abschnitt.

Die qualitativ beste und zugleich effektivste Methode, um den Gegenstand der politischen Philosophie, ihren Charakter als „intellectual enterprise“ und den jeweils gegenwärtigen Zustand des Politischen zu erfassen, ist nach Ansicht Wolins eine historisch orientierte Vorgehensweise: „if it [the historical perspective, C. R.] is not the source of political wisdom, it is at least the precondition“ (Wolin 2004, S. xxv). Entsprechend ist sein Werk auch geprägt von dem Versuch, Beziehungen zwischen Theoretikern verschiedener Epochen zu weben und den Ertrag ihres Denkens für die Gegenwart und Zukunft herauszuarbeiten (vgl. auch Zuckert 2010, S. 587). Theorien, die dies leisten können, bezeichnet er als „epic theories“ (Wolin 1969, S. 65 f.).

Wolin plädiert hierbei stets und vehement für eine enge Verbindung von Empirie und Philosophie: Die Politische Theorie richte schon seit Platon den Blick auf die Erfahrung (*experience*) – die politische Praxis müsse ihr Gegenstand sein und sei dies auch immer gewesen. Die politische Theoriebildung könne sich jedoch nicht auf die Empirie beschränken, sondern bedürfe zudem der Interpretation und auch der Imagination (Wolin 2004, S. 18).³⁸ Wolin kritisiert, dass in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer häufiger die Mittel Vorrang vor dem Zweck politikwissenschaftlicher Untersuchungen gehabt hätten, dass Theorien häufig nur noch die Funktion von Modellen für die empirische Forschung übernehmen sollten und dabei ihren visionären oder kritischen Charakter verlören. Diese anti-normative Entwicklung sei ein Faktor unter mehreren gewesen, die die Transformation der Demokratie in den vergangenen Jahren begünstigt hätten (vgl. Wolin 2004, S. 568 ff.). Angesichts dieser Entwicklung, so folgert Wolin, müsse sich die Politische Theorie von den anderen Teildisziplinen der Politikwissenschaft emanzipieren. Während diese in erster Linie status-quo-orientiert seien, fielen den Politischen Theoretikern die Aufgaben der Kritik und der Entwicklung von Visionen für eine bessere Zukunft zu (vgl. Wolin 1969).

Welche inhaltlichen Konsequenzen diese Methodik und theoretische Verortung für Wolins Werk hatten, wird im Folgenden dargestellt. Zum Verständnis seiner postdemokratischen Denkweise ist es ähnlich wie in den Darstellungen zu Rancières Konzept der Postdemokratie wiederum sinnvoll, zunächst mit Hilfe der Erklärung einiger Grundbegriffe einen Überblick über sein demokratietheoretisches Denken zu schaffen. Im Falle Wolins kann dies jedoch etwas knapper geschehen als bei Rancière: Hier sollen die Darstellung seines in *Politics and Vision* entwickelten und für sein weiteres Werk grundlegenden Begriffs des Politischen und sein Verständnis

³⁸ So beruht auch seine Bewunderung für Alexis de Tocqueville nicht zuletzt auf dessen Fähigkeit zur Transformation seiner amerikanischen Reiseerfahrungen in theoretische Überlegungen.

von Macht als Grundkategorie jeglichen politischen Denkens genügen, wobei Letzteres vor allem in der erweiterten Ausgabe seines Standardwerkes aus dem Jahr 2004 ausgearbeitet wird. Die Analyse zeitgenössischer Transformationen in der gesellschaftlichen Machtverteilung führt Wolin schließlich zur Diagnose des „inverted totalitarianism“ – seiner Beschreibung der postdemokratischen Konstellation, die wie bereits in den vorherigen Kapiteln zunächst theoretisch rekonstruiert, dann auf ihre empirischen Belege hin untersucht und schließlich mit Blick auf ihre Bewertung durch den Autor vorgestellt wird.

2.3.2 Das Politische bei Wolin

Wie bereits erwähnt wurde, zählt die Etablierung des Fachterminus „the political“ als einem zu „politics“ komplementären Begriff in den Wortschatz der zeitgenössischen politischen Theoriebildung ohne Zweifel zu den größten Errungenschaften der Berkeley School, wobei Sheldon Wolin hierzu einen wesentlichen Beitrag geleistet hat (vgl. Hauptmann 2004, S. 34).³⁹ In seinem Werk ist dabei ein stetiger Entwicklungsprozess der Beschreibung des Politischen zu verzeichnen, der wesentlich für das Verständnis seiner Schriften ist – und der ihm bis heute die u. a. von Stephen Holmes formulierte Kritik einbringt, sein Konzept des Politischen umfasse eine „cacophony of irreconcilable values“ (Holmes 2002, S. 37).

Holmes Kritik an der Mehrdeutigkeit des Begriffes des Politischen bei Wolin läuft jedoch zumindest mit Blick auf dessen frühe Schriften ins Leere, da der Autor es zunächst zum komplexen und eine langwierige Bearbeitung erfordernden Gegenstand seiner Untersuchungen erklärt hat, den schwierigen Begriff des Politischen zu fassen. So schreibt er am Beginn von „Politics and Vision“: „This poses one of the basic problems confronting the political philosopher when he tries to assert the distinctiveness of his subject-matter: what is political?“ (Wolin 2004, S. 5). Entsprechend legt er in diesem Werk auch (noch) keine Definition des Politischen vor, sondern belässt es bei der tatsächlich etwas vagen Anknüpfung des Politischen an das, was in einer Gesellschaft als „public“, „common“ und „general“ gelten und

³⁹ Während der Bezug von Wolins Begriff des Politischen auf jenen von Hannah Arendt umstritten ist (vgl. Fußnote 44), liegt mit Blick auf die theoretische Verortung und auch die inhaltliche Definition des Politischen auf der Hand, dass keine Verbindungen zwischen den Arbeiten der Berkeley-School und dem Begriff des Politischen bei Carl Schmitt (1932) bestehen (vgl. auch Hauptmann 2004, S. 36 f.). Der Vollständigkeit halber soll dennoch darauf hingewiesen werden, dass Schmitt den Begriff des Politischen als Freund-Feind-Differenzierung bereits zuvor prominent in den theoretischen Diskurs eingeführt hatte. Versuche der Bestimmung einer Genealogie des Politischen und seiner Relevanz für die Demokratietheorie finden sich bei Gangl (2011) und Salzborn (2011).

erfahren werden kann und das auf eine einzigartige Weise zur Integration der Gesellschaft beiträgt (Wolin 2004, S. 10, S. 317 ff.) – auch hierbei wird jedoch Wolins Nähe zum republikanischen Denken in der Politischen Theorie (v. a. zu jenem von Hannah Arendt) einmal mehr deutlich. Das Politische orientiere sich an diesen drei Begriffen zunächst in dem Sinne, als es ein Streben nach Gemeinwohl beschreibe: „Öffentlich“, „gemeinsam“ und „generell“ könnten folglich in vielerlei Hinsicht als Synonyme des theoretischen Diskurses für das Politische betrachtet werden (ebd.), wobei die Verwendung dieser Synonyme häufig verhindere, dass das Politische als ein spezifischer Teil der menschlichen Erfahrung identifiziert werden könne. Dabei sei es jedoch für Politikwissenschaftler wichtig zu erkennen, dass es eine distinkt politische Sphäre gebe, die nicht nur einen spezifischen Blickwinkel auf das ökonomische oder soziale Leben etc. zum Ausdruck bringe, sondern die auch jenseits der anderen Bereiche menschlicher Erfahrung existiere.

Der Autor gebraucht den Terminus in seinen frühen Schriften auch in einer zweiten, ebenfalls für ihn wesentlichen, Hinsicht: als theoriekritischen Begriff, mit dessen Hilfe er philosophische, ethische, ökonomische soziologische und realistische Theorien (vor allem sofern sie dem behavioristischen Paradigma zugeordnet werden können) als „unpolitische“ Theorien bezeichnet und abwertet, die jene Phänomene nicht erfassen könnten, die als distinkt politisch gelten müssen. Vor dem Hintergrund dieser Kritik kommt er zu dem Schluss, dass sich die Politische Theorie in stärkerem Ausmaß, als es zuvor der Fall war, von den anderen Teildisziplinen der Politikwissenschaft abgrenzen und aufszientistische Methoden verzichten sollte (Wiley 2006, S. 215 f.; vgl. auch Hauptmann 2004, S. 35).

Das Politische dient Wolin in „Politics and Vision“ also in einem doppelten Sinne: als substanzielles Konzept, mit dessen Hilfe er den Gegenstand der theoretischen Forschung in der Politikwissenschaft kennzeichnen will, und als Medium der Kritik an anderen wissenschaftlichen Denkschulen. Diese Doppeldeutigkeit gibt er in späteren Werken zu Gunsten des Versuches einer substanzielleren Bestimmung des Politischen auf. Die (dann noch vehementer artikulierte) Kritik an seinen Kollegen tritt dabei *neben* seine theoretische Arbeit, statt mit ihr verwoben zu sein. Denn während Wolin und andere Vertreter der Berkeley School in den 1950er und 1960er Jahren noch geglaubt hatten, mit Hilfe des Begriffes des Politischen die intellektuelle Führung innerhalb des amerikanischen politikwissenschaftlichen Diskurses übernehmen und die empirisch-sozialwissenschaftliche Ausrichtung der Politikwissenschaft verhindern zu können, „resignierten“ sie nach Ansicht Hauptmanns diesbezüglich in den 1970er Jahren und veränderten ihre Position von jener des hoffnungsvollen, kritischen Engagements auf der Basis einer theoriegeleiteten Entwicklung der Politikwissenschaft hin zu einer entschiedenen Opposition gegen ihre Kollegen (vgl. Hauptmann 2003, S. 40 f.). Wolin verfasste vor diesem

Hintergrund unter anderem den berühmten Artikel „Political Theory as a Vocation“ (Wolin 1969), in dem er (wohl in impliziter Auseinandersetzung mit Max Webers „Politik als Beruf“) eine philosophisch ausgerichtete Definition des Berufsfeldes der Politikwissenschaft vorlegte, die eine große Zahl aktiver Wissenschaftler ausschloss:

A wide variety of theories exists for the political scientist to choose among. To call them political theories is, in the language of philosophy, to commit something like a category mistake. Systems theories, communication theories, and structural-functional theories are unpolitical theories shaped by the desire to explain certain forms of non-political phenomena. They offer no significant choice or critical analysis of the quality, direction, or fate of public life. (Wolin 1969, S. 1063)

Welcher Begriff des Politischen ging mit dieser Distanzierung vom ‚Mainstream‘ der amerikanischen Politikwissenschaft einher? Wie das genannte Zitat schon andeutet, wird die „public nature“ des Politischen noch zentraler für Wolins Überlegungen als sie es zuvor war und sein Verständnis des Politischen ist geprägt von „a fundamental notion of participation and equality“ (Pitkin 1967, S. 209), die nicht zuletzt im politischen Streit bzw. Wettbewerb sichtbar werde (vg. Wolin 1996b, S. 98) und die aber zugleich von persönlichen oder privaten Einstellungen und Präferenzen abstrahiere.

Das Politische ist hier eng verbunden mit dem Staat, „the state is identical or coterminous with the political“ (Wolin 1990, S. 180); es stellt eine andere Erfahrungsweise dessen dar, was institutionell durch den Staat verkörpert wird und wird zum Träger eines „public spirit“, dessen Vorhandensein zentral für das Funktionieren einer Demokratie ist (Wolin 1990, S. 182). Die Kernfrage seiner Arbeit lautet nun: „What are the conditions that are needed for the political to come into being so that the common well-being becomes possible and how do these conditions entail democracy?“ (Wolin 1990, S. 181) Die im Zeitverlauf zunehmend enge Anbindung des Politischen an die Demokratie und den Staat ist die zentrale Neuerung in seinem Denken gegenüber „Politics and Vision“, in dessen 1960er-Ausgabe der Begriff der Demokratie so selten gebraucht wurde, dass er nicht einmal einen Eintrag im Register des Buches erhielt und das Politische geradezu als Gegenteil zum Staatlichen präsentiert wurde. Ein grundlegendes Spannungsfeld zwischen Staat und Demokratie wird in diesen Überlegungen nicht diskutiert.

Die Konsequenzen dieser Veränderung seines Begriffes des Politischen werden erstmals in einem Aufsatz aus dem Jahr 1994 deutlich, indem Wolin die Demokratie als den Ausdruck des Politischen *und* der institutionalisierten Formen politischer Macht beschreibt. Hier spricht er, und darin liegt eine weitere Neuerung, nicht mehr nur positiv von der Verbindung zwischen dem Staat und dem Politischen, sondern deutet auch an, dass neben ihrem Zusammenhang auch eine Spannung zwischen den beiden Begriffen besteht. Staatliche Institutionalisierung „tends to

produce internal hierarchies, to restrict experience, to associate political experience with institutional experience, and to inject an esoteric element into politics“ (Wolin 1994, S. 36) und könne somit die gleichheits- und gemeinschaftsorientierten Ideale des Politischen gefährden. Notwendig ist also eine Ausbalancierung staatlicher und politischer Momente, die am zuverlässigsten durch die Demokratie gewährleistet werden könne. Demokratie beschreibt bei Wolin, hier weisen seine Überlegungen eine weitere Übereinstimmung mit jenen von Jacques Rancière auf, nicht in erster Linie eine Regierungsform, sondern „the idea and practice of rational disorganization“ (Wolin 1994, S. 37), sie formt das politische System, „in order to enable itself to emerge“ (Wolin 1996c, S. 77). Sie ist eine Manifestationsform des Politischen und in dieser Eigenschaft kann und soll die Demokratie das Politische vitalisieren: „Democracy is a political moment, perhaps *the* political moment, when the political is remembered and recreated“ (Wolin 1996a, S. 11 f.). Gelingt ihr dies nicht, droht Staatlichkeit unpolitisch zu werden, das heißt, ohne Bezug auf die eigentlich politischen Ziele einer Gemeinschaft zu wirken. Welche Logik in solchen Fällen an die Stelle des Politischen zu treten droht, lässt Wolin zunächst offen, es scheint in der Beschreibung des hierarchischen und rationalistischen Charakters der Staatlichkeit jedoch bereits eine Referenz auf die später von ihm als postdemokratische Ideologie identifizierte Ökonomie angelegt zu sein.

Zunächst ist jedoch die Feststellung wesentlich, dass das Wirken des Politischen in seinem Denken ab den 1990er Jahren als wesentliches Element gelingender Staatlichkeit definiert und dass es zugleich als auf die Vermittlung durch die Demokratie angewiesen beschrieben wird. Dieses Angewiesensein führt schließlich zum Wolin'schen Begriff der „fugitive democracy“ (Wolin 1996a), also einer Demokratie, die flüchtig erscheint, da sie zwar nicht durch institutionelle Mechanismen sichergestellt werden kann, jedoch im zeitgenössischen Verständnis in Verbindung mit einem institutionellen Portfolio auftritt, das sie stets zu eliminieren droht: „Democracy thus seems destined to be a moment rather than a form“ (Wolin: 1996a, S. 19). Diese Überlegungen führt er 2004 weiter aus, indem er definiert:

[...] democracy should be about forms rather than *a* form or constitution; and, instead of an institutionalized process, it should be conceived as a moment of experience, a crystallized response to deeply felt grievances or needs on the part of those whose main preoccupation – demanding of time and energy – is to scratch out a decent existence. [...] The power of a democratic politics lies in the multiplicity of modest sites dispersed among local governments and institutions under local controls. (Wolin 2004, S. 603)

Wolins Kritik an einer zu weit greifenden Konstitutionalisierung erinnert an dieser Stelle ebenso an Hannah Arendts Überlegungen in „On Revolution“ wie seine Betonung jener Machtformen, die Arendt als „intransitive Macht“ bezeichnet (Arendt

2002, 2006, 2009). Zudem wohnt dem wahrhaft Demokratischen bzw. Politischen also eine Gebundenheit an bestimmte zeitlich begrenzte Momente inne, in denen sichtbar wird, was die politische Gemeinschaft jenseits eines formalisierten Institutionensettings verbindet:

I shall take the *political* to be an expression of the idea that a free society composed of diversities can nonetheless enjoy moments of commonality when, through public deliberations, collective power is used to promote or protect the well being of the collectivity. Politics refers to the legitimized public contestation, primarily by organized and unequal social powers, over access to the resources available to the public authorities of the collectivity. Politics is continuous, ceaseless, and endless. In contrast, the political is episodic, rare. (Wolin 1996a, S. 31, Hervorhebung im Original)

Die *fugitiveness* ist dem Politischen folglich eigen, sie ist ein Wesensmerkmal der Demokratie und das Erscheinen des Politischen ist bei Wolin, ähnlich wie bei Rancière, eine momentgebundene Angelegenheit und findet meistens im Modus der Rebellion oder Revolution der Bürger gegen gesellschaftliche Eliten, gewählte Politiker, expansive Bürokraten etc. statt: „What is involved is not merely resistance, but beyond that, a momentary eruptive wildness that may well assume ‚destructive proportions‘“, fasst George Kateb zusammen (Kateb 2001, S. 40). Wann und wo die Demokratie auftritt, ist laut Wolin nicht vorhersagbar, lediglich die Häufigkeit ihres Erscheinens lässt Schlüsse über die Qualität des Politischen in einer Gesellschaft zu.

So ist die *fugitiveness* des Politischen ein Charakteristikum der Moderne und vor allem der Postmoderne, da sie durch Kontextfaktoren beeinflusst bzw. verstärkt wird. Wolin argumentiert, dass beispielsweise eine Stärkung des Korporatismus, eine zunehmende Konstitutionalisierung und Regulierung des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die Globalisierung und Prozesse der Postmodernisierung dazu führen, dass das Politische immer häufiger und immer weitgehender aus dem öffentlichen Leben verschwinde. Unter Konstitutionalisierung versteht er dabei nicht nur einen Prozess der Verrechtlichung, sondern auch ein Demokratieverständnis, das von einer weitgehend passiven Bürgerschaft ausgeht. So unterscheidet er mit Blick auf die amerikanische Geschichte zwischen „revolutionary moments“ und „constitutional moments“, wobei Erstere die amerikanische politische Gesellschaft als das Ergebnis der Handlungen einer aktiven Bürgerschaft kennzeichnen und Letztere – die Wolin oft mit dem Denken Alexander Hamiltons in Verbindung bringt – auf den starken Einfluss einer mächtigen politischen Ökonomie hindeuten, die zentralistisch wirkt und die Bürger als passive Teile des Staates erscheinen lässt (vgl. Wolin 1980).⁴⁰

⁴⁰ Zur Relevanz von „constitutional moments“ in der amerikanischen Geschichte hat Bruce Ackerman (1995) ein lesenswertes Buch verfasst, das zudem eine umfangreiche empirische Analyse zu diesem Thema beinhaltet.

Wie im Weiteren ausführlicher gezeigt wird, knüpft Wolins Postdemokratisierungsthese an diese Überlegungen an. So diagnostiziert er für einen ähnlichen Zeitraum wie es bei Crouch und Rancière der Fall ist (also seit den 1980er Jahren), politische bzw. gesellschaftliche Veränderungen, die sich auf den Charakter der Demokratie ausgewirkt hätten. In seiner Konzeption der Postdemokratie sind diese Veränderungen das Ergebnis von Postmodernisierungsprozessen. Im Übergang von der Moderne zur Postmoderne, so argumentiert er, hätten sich Machtkonstellationen und Machtressourcen in vielen westlichen Demokratien verschoben, was (verstärkt durch die Globalisierung) dazu geführt habe, dass ökonomische Akteure an Einfluss gewonnen hätten, es Veränderungen in Form und Ausmaß politischer Regulierung und Umdeutungen im Selbstverständnis von Politikern (die zunehmend machtorientiert und gemäß einer ökonomischen Logik handeln) und Bürgern (die zunehmend zu passiven Rechteinhabern werden, statt als „politische Wesen“ zugunsten der Demokratie zu wirken) gegeben habe und so letztendlich die *fugitiveness* der Demokratie gestiegen sei. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass man, um Wolins Postdemokratie richtig einordnen zu können, neben seinem Verständnis des Politischen auch seinen Machtbegriff kennen sollte. Dieser wird daher im Folgenden knapp dargestellt, bevor Wolins zeitdiagnostische Thesen zur Demokratiehaftigkeit postmoderner Gesellschaften genauer erörtert werden.

2.3.3 Wolins Begriff der (postmodernen) Macht

Mit seiner Kritik an der Postmoderne wird Macht neben dem Politischen zu einem Schlüsselbegriff in Wolins Denken. Auch dabei betont er jedoch stets, dass nur das Politische das Feld der Politikwissenschaft sinnvoll abgrenze und Konzepte wie Macht, Autorität und Konsens nur signifikante Aspekte des Politischen aufzeigen, es jedoch nicht gänzlich beschreiben könnten. So spiegele beispielsweise das institutionelle System die gesellschaftlichen Macht- und Autoritätsverhältnisse wider, nicht jedoch andere Aspekte des Politischen (vgl. Wolin 2004, S. 5 ff.). Da er Veränderungen der Machtverhältnisse jedoch für das zentrale Merkmal des Übergangs von der Moderne zur Postmoderne hält, und somit auch des Übergangs von der Demokratie zur Postdemokratie, entwickelt er in der Überarbeitung von „Democracy and Vision“ ein umfangreiches Konzept politischer Macht, das er auch seinen späteren Arbeiten zugrunde legt.

Wolins Konzept politischer Macht basiert zunächst auf der an das Marxistische Denken angelehnten These, dass es in der Entwicklung des Politischen drei Machttransformationen gegeben habe:⁴¹ Die erste Machttransformation beschreibt

⁴¹ Wolin übernimmt zwar von Marx die Annahme, dass Macht in der Geschichte jeweils verschiedene Formen annimmt. Seine Machtdefinitionen stimmen jedoch nicht mit dem

den Übergang von der *objektgebundenen Macht* zur *politischen Macht*, der im 15. Jahrhundert eingesetzt habe. Während zuvor Macht stets von Objekten abhängig gewesen sei (vor allem vom Besitz an Nahrung und Waffen), hätten Niccolò Machiavelli und Francis Bacon erstmals eine neue Form der Macht beschrieben, die Macht als Handwerkskunst erscheinen lässt: „Imperial rule, military force and warfare were its supreme expression; organization and leadership were its means“ (ebd.: S. 396).

Im 19. Jahrhundert sei dann, maßgeblich durch soziale Bewegungen beeinflusst, die *moderne Macht* weitgehend an die Stelle der politischen Macht getreten – die Bürger erhielten im Zuge dieses Prozesses bedeutende Einflussrechte, gleichzeitig sei jedoch der Einfluss der Ökonomie und Technik gestärkt worden: Denn neben der Institutionalisierung neuer politischer Regimeformen (wobei Wolin hervorhebt, dass diese nicht nur die demokratischen Systeme, sondern auch Diktaturen hervorbrachten) wurde auch das ökonomische System revolutioniert. „The political economy of modern power taught workers to be subjects of power rather than citizens“, betont Wolin (ebd.: S. 401). Hinzu kam die wegweisend von Max Weber beschriebene Bürokratisierung, die die Entstehung des Konstitutionalismus, und somit eine Vorstellung des idealen Bürgers als eines passiven Regelbefolgers, begünstigte (ebd.: S. 404).

The attempt of modern constitutionalism to domesticate power might be summarized in terms of ‘R’s’: restraints upon power, recognition or authorization of sufficient power to govern effectively, and regularization or non-arbitrariness in the actual exercise of power. The first is typically embodied in constitutional provisions [. . .] limiting the purposes for which power may be used and specifying certain areas from which power is restrained (e.g., a constitutional bill of rights) or exercised under more stringent limitations. The second identifies what persons or bodies are legally authorized to exercise certain enumerated powers [. . .]. The third, regularization, indicates the specific forms to be observed if power is to translate into binding laws, decisions, or actions [. . .]. The three ‘R’s’ might be expanded by a fourth, the rituals that transmute power into authority, such as elections and coronations. (Wolin 2004, S. 404)

Mit der Moderne geht laut Wolin also nicht nur die – in der Politischen Theorie zumeist fokussierte – Demokratisierung und Verrechtlichung des politischen und gesellschaftlichen Zusammenlebens einher, sondern sie begründet auch die Flüchtigkeit des Politischen, da sie es mit neuen Instrumenten einzuschränken droht. Diese Auffassung inkludiert jedoch nicht, dass das Politische im Wolin’schen Sinne zuvor häufig aufgetreten wäre – die vormodernen Strukturen der Macht ließen dies natürlich nicht zu. Die Fragilität und Flüchtigkeit, mit der es im Kontext der Demokratie konfrontiert ist, resultiert jedoch nach Ansicht Wolins aus den Spezifika der

marxistischen Machtbegriff überein, wonach Macht eine normalisierende oder regulierende Kraft ist (vgl. Wolin 2004, S. 424).

zweiten Machttransformation, durch die Macht zugleich zum charakteristischen Merkmal des Politischen in den letzten 150 Jahren geworden sei (ebd.: S. xix).⁴²

Während die zweite Transformation eng mit der Technisierung und Ökonomisierung der Gesellschaft verbunden ist, ist das zentrale Merkmal *postmoderner Macht* das zusätzliche Verschwimmen von „distinctions between economic and political, public and private, international and domestic“ (Wiley 2006, S. 228). Postmoderne Macht beschränke sich nicht mehr auf einzelne Erwerbsmechanismen oder gesellschaftliche Teilsysteme, insofern erscheine sie *dispers* – gleichzeitig sei sie jedoch dadurch gekennzeichnet, dass sie in den Händen einiger Weniger konzentriert sei (Wolin 2004, S. xxi). Die Verbindung von Konzentration und Dispersion ist somit nach Wolin das wesentliche Charakteristikum der gegenwärtigen Machtkonstellation: Sie erlaube den wichtigsten (immer häufiger durch ihre Position in der Wirtschaft mächtig gewordenen) Akteuren, schnell auf Veränderungen ihrer Umwelt zu reagieren. Deshalb, und auch aufgrund der sich verstärkenden Hegemonie des ökonomisch-kapitalistischen Denkens, sei die postmoderne Macht außerdem meist an ökonomischen Interessen ausgerichtet. Und ihre Wirksamkeit werde noch dazu dadurch verstärkt, dass sie nur schwer greifbar sei. Am besten erfasse man die dritte Machttransformation mit Hilfe umfangreicher zeitlicher Vergleiche – anders sei sie kaum belegbar (ebd.: S. 567).

Das mit der postmodernen Machttransformation verbunden Verschwimmen der Grenzen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Systemen und Sphären sowie zwischen Staaten und Kulturen, führt nach Ansicht Wolins zu einer für die Demokratie gefährlichen Intransparenz: „In the rituals of postmodern power the true sovereign is disappearance. It has assumed the role of reality, of that power which abides and presides over the world of (dis)appearances.“ (ebd.: S. 395) Schein sei am Beginn des neuen Jahrtausends an die Stelle der Realität getreten, die durch Computer generierte virtuelle Welt sei nur ein Beispiel unter vielen für diesen Entwicklungsprozess (ebd.). Problematisch ist für ihn also nicht nur die mit dieser Entwicklung verbundene stärkere Entmachtung der ‚einfachen‘ Bürger, sondern auch die Tatsache, dass diese den Entwicklungsprozess kaum durchschauen und auch die Machthabenden nicht klar identifizieren könnten. So drohe sich das Poli-

⁴² Auch hier besteht eine Parallele zum Denken Hannah Arendts, die sich nicht nur auf die Erweiterung des Machtbegriffs auf das gemeinsame Handeln bezieht, sondern auch auf Arendts Überlegungen in „Macht und Gewalt“ (1970). Hier stellt Arendt die These auf, dass die „Wissenschaftsgläubigkeit“ der Regierungen und ihr stetiges Streben nach eindeutigen Lösungen und Regulierungen politische Macht in Gewalt zu transformieren drohen. „Was den Institutionen und Gesetzen eines Landes Macht verleiht, ist die Unterstützung des Volkes, die wiederum nur die Fortsetzung jenes ursprünglichen Konsenses ist, welcher Institutionen und Gesetze ins Leben gerufen hat,“ mahnt sie in diesem Werk und verweist damit ähnlich wie Wolin auf die Relevanz des handelnden Volkes für das Gelingen des Politischen.

tische nicht mehr nur im modernen Ausmaße zu verflüchtigen, sondern es sei dem Zugriff durch das Volk generell entzogen.

Zum Verständnis der negativen Konsequenzen des postmodernen Machttypus verweist Wolin auch auf die Philosophie Friedrich Nietzsches, dessen Beitrag zum politischen Denken er für unterschätzt hält (vgl. ebd.: 460) und dessen Überlegungen ihn neben jenem von Alexis de Tocqueville zum Begriff des Totalitarismus führen.⁴³ Nietzsche sei der erste Philosoph gewesen, der die Kulturtheorie als Politik gedacht und auf dieser Basis den Übergang von Demokratie zum Totalitarismus prognostiziert habe: „He combined anticipations of two polar opposites, totalitarianism and postmodernism“ (ebd.: S. xix). Nietzsches Totalitarismus-Begriff stehe nämlich nicht nur für ein Phänomen deutscher Geschichte, sondern „for a set of uniquely modern aspirations towards totality that have been encouraged by the potentialities of modern power. These aspirations may or may not achieve a complete political life-form“ (ebd.: S. 459).

So hat nach Wolins Ansicht ein an Nietzsches Begriff des Totalitarismus und an seine damit verbundene Vorstellung des menschlichen „Willens zur Macht“ erinnernde Staatsform in den letzten Jahren an Geltung gewonnen, die das Ende der Demokratie einläute. Auch wenn dies durch die stetige Berufung auf die fälschlicherweise institutionell definierte Bezeichnung der Demokratie verschleiert werde, könne die postmoderne Staatsform in Anlehnung an die Terminologie von Aristoteles' berühmter Typologie der Staatsformen ebenso als „gute Form“ der Autokratie bezeichnet werden. Dies würde ihre Nähe zum faschistischen Totalitarismus (in Aristoteles' Terminologie die pervertierte Staatsform) nach Ansicht Wolins angemessen widerspiegeln:

A postmodern totality might be a 'good totality', a 'superpower' of highly concentrated power that does not force its population to lock-step; it might thrive instead on widely shared fears of certain disorders, of rampant crime, corruption, threats of subversion, extreme forms of individualism, and moral laxity competing with moral rigidity. It might drown out or marginalize opposition rather than hunt it down, pacify public space by fostering communications monopolies rather than by unleashing storm troopers. Its leaders might dominate society, not to fulfill a mythic mission, but simply to make money and control power. [...] Such a regime might discriminate, even repress, but not persecute. (Wolin 2004, S. 459 f.)

Die Annäherung der Demokratie an das von Nietzsche beschriebene Bild der Gesellschaft stellt nach Ansicht Wolins, hier darf man seine Wertschätzung für den

⁴³ Es mag zunächst erstaunlich erscheinen, dass ein linker Theoretiker wie Sheldon Wolin eine derartige Wertschätzung Friedrich Nietzsches zum Ausdruck bringt, dessen Werk zweifellos rassistisch-elitistische und diskriminierende Züge aufweist. Diesen Auffassungen will Wolin sich auch überhaupt nicht anschließen, er bewundert jedoch Nietzsches Vision eines Politischen, das von Individualisierung geprägt ist sowie sein Denken über den Totalitarismus.

Philosophen nicht falsch verstehen, einen Verfallsprozess des Gemeinschaftlichen – und somit auch des Politischen – dar. Denn das Politische, so wie Nietzsche es beschreibt, ist mit demokratischen Zielen und Werten kaum vereinbar:

Nietzsche's politics is rarely occupied with such standard political topics as state structure, rule of laws, rights or justice: with the ideals applicable to all members. It is, instead, obsessed with singularity, with heroic action, and takes the form of thought-deeds that attack, expose, and subvert the establishment's modes of thought, as well as its forms of social morality and aesthetics (Wolin 2004, S. 460 f.)

Auch wenn die Art und Weise wie Nietzsche die Politik bzw. das Politische auf einen Machtkampf ohne Gemeinschaftlichkeit reduziert, weder Demokratie noch andere Institutionen oder Verfahrensweisen angemessen beschreiben soll, kommt sie dem von Wolin gezeichneten und für realistisch befundenen Bild der zeitgenössischen Demokratie erschreckend nahe. Die Konzentration der postmodernen Macht in den Händen weniger bei gleichzeitiger Individualisierung und Ökonomisierung unterminiere ein gleichheitsorientiertes Politikverständnis und lege den Grundstein für ein postdemokratisches Zeitalter, dessen Verständnis die Züge eines neuen, „invertierten“ Totalitarismus trage (vgl. ebd.: S. 463; Wolin 2008, S. 15 ff.).

Wolins Vorstellung des Politischen als zunehmend flüchtig und momentgebunden sowie die Annahme einer dritten Transformation der Macht am Beginn des 21. Jahrhunderts führen ihn also zu einer Kritik an der zeitgenössischen Demokratie, die er, wie anfangs beschrieben, unter die Begriffe der Postdemokratie, der „superpower“ und des „inverted totalitarianism“ fasst. Die an der Tocqueville'schen Vorstellung eines demokratischen Despotismus orientierte Begrifflichkeit der Postdemokratie ist nicht nur die Älteste unter den dreien, sondern auch jene, die den höchsten theoretischen Gehalt aufweist – auch wenn sie in Wolins jüngeren Schriften nur noch selten gebraucht wird. Sie wird daher im Folgenden zunächst dargestellt, bevor sie mit den beiden neueren, stärker ökonomisch orientierten und drastischer formulierten Krisendiagnosen und ihren empirischen Belegen in Verbindung gebracht wird.

2.3.4 Das Konzept der Postdemokratie bei Wolin

Das Konzept der Postdemokratie ist bei Wolin, anders als bei Crouch und Rancière, dadurch gekennzeichnet, dass es zwei Entwicklungsströme zusammenfasst: erstens die selbstzerstörerischen Tendenzen, die Wolin – wie bereits zu Anfang dieses Kapitels erwähnt wurde – in Anlehnung an Tocqueville für in einem gewissen Maße unausweichlich in der Demokratie angelegt hält und zweitens die Postmodernisierung bzw. Ökonomisierung der westlichen Gesellschaften am Ende

des 20. Jahrhunderts, welche die Demokratie nach Wolins Einschätzung zusätzlich und wesentlich schwächen. Diese doppelte Kausalität der Postdemokratie ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass die Entstehung der Demokratie für Wolin eng mit bestimmten historisch-gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen verbunden ist. Da gesellschaftlicher Wandel unvermeidbar ist, gilt dies nach Ansicht Wolins auch für das politische Denken und für politische Systeme, und besonders in einem System, das die Freiheit so hoch schätzt wie die Demokratie und die den Wandel dadurch noch begünstigt. „Thus democracy is poised to become for our times what aristocracy was for Tocqueville’s, the archaic remains of a superseded past“ (Wolin 2001, S. 567). Dennoch kritisiert er die Stärke und Form dieser Entwicklung in den vergangenen drei Jahrzehnten, die er daher als „postdemokratisches Zeitalter“ bezeichnet.

Wie gesagt hat sich Wolin viele Jahre lang mit dem Leben und Werk von Alexis de Tocqueville befasst und den (durchaus umstrittenen) Versuch gewagt, es einer ganzheitlichen Interpretation zuzuführen (vgl. Wolin 2001, S. 4 ff.; kritisch Bluhm 2003; Balakrishnan 2002).⁴⁴ Diese hat ihm zu der Überzeugung verholfen, dass Tocqueville im Zuge der Reflexion über die Reise nach Amerika nicht nur verstand, in welchem Umbruch sich die westlichen Gesellschaften seiner Zeit befanden, sondern dass er auch manchen Aspekt der demokratischen Entwicklung bis in unsere Zeit vorhersagen konnte (Wolin 2001, S. 5). Wolin rekonstruiert sein Werk vor diesem Hintergrund und betrachtet Tocqueville zusammenfassend als einen (republikanischen) Theoretiker „der öffentlichen Sache“ („de la chose publique“), der in Opposition zu den unter seinen Zeitgenossen weit verbreiteten Trends der Privatisierung bzw. Individualisierung getreten sei (ebd.). Sein Plädoyer gegen die Privatisierung und Individualisierung benennt also zwei gesellschaftliche Entwicklungsrichtungen, deren Einfluss heute ebenso aktuell erscheint wie zu Lebzeiten Tocquevilles und ermöglicht somit die Anwendung seines Denkens auf die gegenwärtige politische Situation. Auf diese Weise sei er zugleich zu einem Vertreter und Kritiker gesellschaftlicher Modernisierung und zu einem der wichtigsten Theoretiker des Politischen geworden: „More than any other political writer after Rousseau and before Gramsci, he made the revival of the political his primary concern“ (ebd.: S. 565). Zudem sei Tocqueville vermutlich „the last influential theorist who can be said to have truly cared about political life“ (ebd.: S. 5) gewesen, begründet Wolin seine umfangreiche Auseinandersetzung mit dem Werk des französischen Aristokraten.

⁴⁴ Gemeinhin wird Tocqueville entgegen Wolins Rezeption als ein Theoretiker rekonstruiert, dessen Schriften und Überzeugungen sich während verschiedener Lebensphasen stark unterscheiden. Wolin hingegen glaubt, mit der „chose publique“ ein integratives Moment in seinem Gesamtwerk gefunden zu haben (Wolin 2001, S. 5).

Er arbeitet heraus, welche Rolle ein gemeinwohlorientierter Bürgersinn und eine hohe Partizipationsbereitschafts für Tocquevilles Zukunftsvision einer funktionierenden Demokratie spielen. Sein Konzept beschreibe „the *grandeur* of the political as the noblest of human settings, of public life as the highest calling, and of the public good as the supreme object of political action. Political virtue, either of elites or of citizens, has become a curiosity, or rather a prurient curiosity“ (ebd.: S. 564; Herv. im Original) und ähnelt damit Wolins Begriff des Politischen als momentgebundene, egalitär orientierte Erscheinung in wesentlichen Aspekten. Zugleich habe Tocqueville jedoch auch die Gefahren der Moderne erkannt, neben der Privatisierung zählt Wolin hierzu auch die Komplexität politischer Kulturen und die Gefahren, die sozialer Wandel und soziale Mobilität für die Demokratie darstellen – und so einen Teil der Probleme zeitgenössischer Demokratien prognostiziert. Wolin fasst die drei zentralen Aspekte seines Werkes – die Tocqueville gemäß des von Wolin gewählten Buchtitels als einen Theoretiker, der „zwischen zwei Welten“ steht, erscheinen lassen – wie folgt zusammen:

He is both the representative and theorist of the premodern, of the traditional society, of *ancienneté*. He is also the critical theorist of the modern, of Enlightenment, democracy, and revolution. Finally, he is the theorist of the postpolitical and the post-democratic. The first represents an archaic, predemocratic moment; the second, an apocalyptic moment of radical change followed by periodic aftershocks, the third, the domestication of democracy and the emergence of a uniquely postmodern regime. (Wolin 2001, S. 567, Herv. im Original)

Die ersten beiden Aspekte seines Denkens sind dabei im vorliegenden Kontext weniger relevant als der dritte und sollen deshalb an dieser Stelle auch nicht näher thematisiert werden. Wie aber kommt Tocqueville zu der Vorhersage des Aufkommens einer Postdemokratie? Zunächst glaubt er, und das wird in „Über die Demokratie in Amerika“ (Tocqueville 1985 [1835]) besonders deutlich, an eine evolutionäre Entwicklung des Politischen, d. h. er geht davon aus, dass eine Manifestation gesellschaftlichen Zusammenlebens im Zeitverlauf unintentional in eine andere übergeht, dass also eine stetige Weiterentwicklung des Politischen vorliegt. Mit der Einführung eines Regimetyps, wie beispielsweise der Demokratie, kann in seinem Denken also kein „end of history“ einhergehen, wie es rund 150 Jahre später Francis Fukuyama (1989, 1992) erwartet. Stattdessen betrachtet er politische Ordnungen als Übergangsphänomene.⁴⁵ So sieht Tocqueville in dem freiheitlichen

⁴⁵ Tocqueville positioniert sich hier mit Blick auf eine zwischen den amerikanischen Verfassungsvätern geführte Diskussion über die Zukunft der von ihnen begründeten verfassungsrechtlichen Ordnung. Während die Mehrzahl der Federalists (mit der wichtigen Ausnahme Hamiltons) an eine lineare (Fortschritts-) Entwicklung des zu gründenden

Charakter der Demokratie die Quelle ihres Übergangs in einen „demokratischen Despotismus“, also in eine Form der Unterdrückungsherrschaft, die nur auf der Basis einer vorhergegangenen, demokratischen Herrschaft entstehen kann und die nicht von physischer Gewalt⁴⁶ gekennzeichnet und allein schon deshalb mit anderen Formen der Tyrannei identisch ist:

Es scheint als werde der Despotismus, sollte er bei den heutigen demokratischen Nationen sein Lager aufschlagen, andere Züge tragen: er dürfte ausgedehnter und milder sein und die Menschen erniedrigen ohne sie zu quälen. [...] Über diesen Bürgern erhebt sich eine gewaltige Vormundschaftsgewalt, die es allein übernimmt, ihr Behagen sicherzustellen und über ihr Schicksal zu wachen. [...] Sie würde der väterlichen Gewalt gleichen, hätte sie – wie diese – die Vorbereitung auf das Mannesalter zum Ziel; sie sucht aber, im Gegenteil, die Menschen unwiderruflich in der Kindheit festzuhalten; sie freut sich, wenn es den Bürgern gut geht, vorausgesetzt, dass diese ausschließlich an ihr Wohlergehen denken. [...]

So breitet der Souverän, nachdem er jeden Einzelnen der Reihe nach in seine gewaltigen Hände genommen und umgestaltet hat, seine Arme über die Gesellschaft als Ganzes; er bedeckt ihre Oberfläche mit einem Netz kleiner, verwickelter, enger und einheitlicher Regeln, das nicht einmal die originellsten Geister und die stärksten Seelen zu durchringen vermögen, wollen sie die Menge hinter sich lassen; er bricht den Willen nicht, sondern er schwächt, beugt und leitet ihn; [...]

Ich bin immer der Überzeugung gewesen, dass diese Art einer geregelten, milden und friedlichen Knechtschaft, die ich eben gezeichnet habe, sich mit einigen der äußeren Formen der Freiheit besser verbinden könnte, als man denkt, und dass es ihr nicht unmöglich wäre, sich sogar im Schatten der Volkssouveränität niederzulassen.“ (Tocqueville 1985, S. 341 ff.)

Im „demokratischen Despotismus“, der nach Ansicht Tocquevilles zu erwartenden Regierungsform nach dem demokratischen Zeitalter, werden die Menschen ihr Engagement für die Gemeinschaft zugunsten des Strebens nach individuellem Wohlstand und individueller Zufriedenheit weitgehend aufgegeben haben. Statt nach einer Idealform des gemeinschaftlichen Zusammenlebens zu suchen, ziehen sie sich in das Private zurück und interessieren sich nur noch wenig für kollektive

amerikanischen politischen Systems glaubte, prognostizierten einige Anti-Federalists den zwingenden Untergang der Republik und das Widererstarken despotischer Systeme. So schrieb beispielsweise der Anti-Federalist An Old Whig im Jahr 1787: „From the moment we become one great Republic, either in the form or substance, the period is very shortly removed, when we shall sink first into monarchy, and then into despotism“ (An Old Whig: Philadelphia Independent Gazette, 27. 10. 1787). Demokratie aus.

⁴⁶ So sieht Tocqueville es als ein Spezifikum demokratischer Ordnungen an, dass sie nur in „gewissen Augenblicken großer Erregung und großer Gefahren gewalttätig und grausam werden; aber diese Krisen werden selten sein und verübergehends“ (1985, S. 342).

Belange – die „Lust“ auf (individuelle) Freiheit werde so vereinbar mit dem „Bedürfnis“, geführt zu werden (ebd.: S. 345). Diese Form des Despotismus müsse daher auch nicht mit autokratischen Herrschern oder populistischen politischen Führerfiguren einhergehen – der Tocqueville'sche Despot kann ebenso gut unpersönlich in der Form einer Schattenherrschaft regieren.

„Despotism in Tocqueville's formulation signifies simultaneously the conquest of democracy and the mimicry of it“, fasst Wolin zusammen (Wolin 2001, S. 569). Und mit Blick auf das Geschehen in zeitgenössischen Demokratien schließt er sich nicht nur der Tocqueville'schen Erwartung einer solchen Entwicklung an, sondern ist der Auffassung, dass sie bereits eingesetzt habe. Während das institutionelle Setting der Volksherrschaft heute zwar noch den Anschein erwecke, es habe seit ihrer Etablierung keine oder nur wenige wesentliche Änderungen in den Regierungssystemen der westlichen Demokratien gegeben, seien diese jedoch faktisch immer stärker von anti-demokratischen (Macht-) Strukturen geprägt – sie seien Postdemokratien und unterschieden sich damit grundlegend von den ihnen zugrunde liegenden demokratischen Regimeformen. Die Weiterexistenz demokratischer Institutionen ist dabei nach Ansicht Wolins jedoch nicht nur Fassade, sie zählt zum *Wesen* der Postdemokratie, die analog zum Verständnis von Tocqueville nur entstehen könne, wenn zuvor langjährige und ausdifferenzierte demokratische Strukturen und Prinzipien in einer Gesellschaft vorgelegen hätten:

For Tocqueville despotism did not qualify as democratic simply because the despot appealed to certain notions associated with democracy. Democratic despotism presupposed a society whose members had experienced democracy and importantly were shaped by some of its values, such as self-interest and equality, and by some of its practices, such as administrative centralization. (Wolin 2001, S. 570).

In der Terminologie sowie in ihren Diagnosen bezüglich des Zustands der zeitgenössischen Demokratie ähneln sich also die Überlegungen von Wolin und Crouch; das Wort von der ‚Demokratie nur noch dem Scheine nach‘ könnte ebenso gut aus Wolins Feder stammen wie aus jener von Crouch. Allerdings weist Wolins Krisendiagnose nicht nur ein breiteres theoretisches Fundament auf, das bereits in „Politics and Vision“ angelegt ist und in „Tocqueville between two Worlds“ ausgearbeitet wird, sondern sie fokussiert auch stärker auf gesellschaftlichen Wandel als grundlegende Herausforderung für politische Systeme (nicht nur am Ende des 20. Jahrhunderts) und auf Veränderungen auf Seiten der Bürger als Ursache der Postdemokratisierung, als es bei Crouch der Fall ist. „What is crucial to the appearance of despotism is the virtual disappearance of the culture of participation and its replacement by a culture of privatism, isolation, and what Tocqueville could not have foreseen, consumerism“ (ebd.: S. 570). Auch Wolin legt an dieser Stelle keine

theoretischen Überlegungen dazu vor, wie es zu einer solchen Hegemonie kommen kann, wenngleich er implizit an das Denken Gramscis anzuschließen scheint, wonach der Kampf um Hegemonie in erster Linie ein Kampf um die Vorherrschaft bestimmter Denkweisen in der Zivilgesellschaft ist, der schließlich zu politischer Macht führt.

So ist also auch Wolins Denken geprägt von einer Kritik an ökonomischer Rationalität bzw., wie vor allem in seinem Buch „Democracy Incorporated“ (2008) deutlich wird, auch am Neoliberalismus. Ähnlich wie Crouch und Rancière betrachtet er den Neoliberalismus nicht nur als das kennzeichnende Merkmal des gesellschaftlichen Wandels nach dem Ende des Kalten Krieges und unter den Bedingungen der Globalisierung, sondern geht auch von einer Hegemonie desselben aus, welche die Postdemokratisierung begünstigt. Wie der Verweis auf die konsumistische Orientierung der Bürger im vorherigen Zitat verdeutlicht, artikuliert er diese Kritik jedoch in einer Argumentation, die an mancher Stelle stärker an das Denken der Kritischen Theorie erinnert, als es bei den Ausführungen der anderen beiden Postdemokratie-Theoretikern der Fall ist. Dies mag, wie George Kateb (2001, S. 42) vermutet, das Ergebnis von Wolins generell zwiespältiger Haltung zum Kapitalismus sein – möglicherweise fällt es dem Amerikaner Wolin jedoch auch nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs noch leichter, die Nähe der Postdemokratiethese zur Kritischen Theorie zu bekennen, als es bei den Europäern Rancière und Crouch der Fall ist.

Der, von Tocqueville antizipierte und von Wolin beobachtete, Verfall bürgerlicher Ideale bzw. „das Einswerden des Bürgers mit dem *homo oeconomicus*“ (Wolin 2004, S. 589, vgl. auch 2004, S. 598 ff.) erinnert vor diesem Hintergrund jedenfalls nicht zufällig an die Kritik der Frankfurter Schule und muss als der Ausgangspunkt seines Konzeptes der Postdemokratie gesehen werden: Erst die Inkorporierung immer weiterer Teile des politischen und gesellschaftlichen Lebens durch die kapitalistische (nicht nur durch die spezifisch neoliberale) Logik hat das Streben der politischen Elite nach „Superpower“ und den entpolitisierenden Einfluss der ökonomischen Elite ermöglicht. Der Neoliberalismus kann folglich als eine Spezifikation des kapitalistischen Denkens gesehen werden, die am Ende des 20. Jahrhunderts mit Rückgriff auf Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse einflussreich geworden ist – und er sei die spezifische Ideologie und die „public philosophy“ des Zeitalters der Postdemokratisierung (Wolin 2004, S. 563). Diese sei für Tocqueville nicht vorhersehbar gewesen, da die Kapitalisierung erst im 19. Jahrhundert und die Neoliberalisierung erst im späten 20. Jahrhundert eingesetzt habe. Aus diesem Grund versteht Wolin sein Konzept der Postdemokratie auch als eine an die Bedingungen der Postmoderne angepasste Weiterentwicklung von Tocquevilles Überlegungen zum demokratischen Despotismus.

So notwendig die Transformation der Demokratie also einerseits in seinem Werk erscheint, so ungünstig und wenig zwingend ist für Wolin die Entwicklungsrichtung, die diese in den letzten Jahrzehnten eingeschlagen hat. Es gibt in seinem Denken folglich eine Zweiteilung zwischen der generellen Notwendigkeit einer Transformation und deren variablen Ausprägungsmöglichkeiten, die am Beginn des Abschnitts als „doppelte Kausalität der Postdemokratie“ bezeichnet wurde. Der Begriff der Postdemokratie, ebenso wie jener des „inverted totalitarianism“, ist an beide Aspekte gebunden: Er bezeichnet im Sinne von Tocquevilles Denken die Annahme, dass ein postdemokratisches Zeitalter, das von Charakteristika des Despotismus geprägt ist, eintreten wird und gleichzeitig die spezifisch Wolin'sche These, dass diese Charakteristika im Zuge der Neoliberalisierung am Ende des 20. Jahrhunderts so deutlich wurden, dass man vom Übergang in ein undemokratisches Zeitalter sprechen kann.

Wer in Wolins Schriften nach Beschreibungen der ersten Anzeichen für die erste kritische Wende des demokratischen Entwicklungsprozesses sucht, wird entsprechend feststellen, dass der Autor diese erstaunlich weit zurück in der Geschichte der Demokratie verortet. So stellt er – ähnlich wie Rancière (vgl. Abschn. 2.2) – eine Analogie zu Kantorowicz' zwei Körpern des Königs her, um erste Anzeichen des Postdemokratisierungsprozesses zu identifizieren: Seit dem Beginn der im 19. Jahrhundert einsetzenden „Konstitutionalisierung“ der Demokratie sei der „revolutionäre Körper“ des amerikanischen Volkes sukzessive zerstört zu worden, während sein „konstitutioneller Körper“ expandiert sei (Wolin 1980). Obwohl diese Entwicklung vom Volk selbst getragen, sogar von ihm ausgegangen sei, schade sie ihm und der amerikanischen Demokratie langfristig. Im Moment der Konstitutionalisierung liegt für Wolin also gleichzeitig eine Ausdrucksweise des allgemeinen Problems, dass ein Volk über kurz oder lang seine Freiheit zu seinem eigenen Ungunsten nutzen wird, und ein erster Schritt hin zur postdemokratischen Politik, in der Demokratie nur noch eine rhetorische Rolle spielt, während, wie Xenos das diesbezügliche Denken Wolins zusammenfasst, Technokraten und Bürokraten unter dem „Mantel der Meritokratie“ (Xenos 2001, S. 29) herrschen.

Der zweite Wendepunkt im Postdemokratisierungsprozess liegt – deutlich später – in der Ausdifferenzierung des politischen Neoliberalismus bzw. im Moment seines Hegemonialwerdens. Wolin setzt sich an dieser Stelle jedoch (auch hierin besteht eine Ähnlichkeit zu Crouch und Rancière) nicht näher mit der ökonomischen Theorie des Neoliberalismus auseinander, sondern sein Neoliberalismus-Verständnis bezieht sich ausschließlich auf die politische Verwendung dieses Begriffes. Dessen Einflussreichwerden macht er nicht in erster Linie am Erstarken des Thatcherismus in Großbritannien fest, sondern er beschreibt als Indikator für die Neoliberalisierung die langsame Etablierung eines Verständnisses,

das Politik als Management begreift (vgl. Wolin 2008, S. 135 ff.). Dieser „stille aber paradigmatische“ Wandel des Politikverständnisses, der in den 1980er Jahren begonnen habe und die Politik sukzessive zu einer Regierungstechnik anstelle eines Aushandlungssystems zwischen verschiedenen Positionen und Idealen werden lässt, sei verbunden mit einem Einflussgewinn von Experten, die jedoch nicht durch ihre Mitgliedschaft in der Bürokratie gekennzeichnet seien, sondern die aus (überwiegend wirtschaftsnahen) Think Tanks stammten (ebd.: S. xv). Historisch werde er insbesondere anhand der Regierung George W. Bushs deutlich, dessen Macht auf einem formal-juristischen Wahlbetrug basiert habe, was seinen innenpolitischen Einfluss jedoch nicht oder kaum geschwächt habe. Zudem sei die Regierungszeit Bushs deutlicher als jene seiner Vorgänger von dem Streben nach außenpolitischer „Supermacht“ gekennzeichnet gewesen (ebd.: S. 15 ff.).⁴⁷

Am Ende des 20. Jahrhunderts schlägt der postdemokratische Entwicklungsprozess also eine Richtung ein, die noch deutlicher von Wolins Idealen demokratischer Gesellschaften abweicht als die ‚bloße‘ Konstitutionalisierung demokratischer Gesellschaften seit dem 19. Jahrhundert. Historisch wird dies durch den fast zeitgleichen Untergang des real existierenden Sozialismus und die Beschleunigung der Globalisierung durch neue Informationstechnologien begründet, ideologisch durch den Neoliberalismus. Während das Ende der Sowjetunion die Konkurrenz zwischen den Regimeformen beendete, was die westlichen Demokratiemodelle laut Wolin so gesichert erscheinen ließ, dass ihre konkreten Ausgestaltungen und Veränderungen ihrer inneren Prozesse scheinbar irrelevant wurden, wurde durch die Globalisierung und v. a. eine bereits zuvor seit den 1960er Jahren latent in der Bevölkerung vorhandene Angst vor dem Verlust der eigenen wirtschaftlichen Überlegenheit in westlichen Demokratien geschürt. Beides konnten sich Eliten in Politik und Wirt-

⁴⁷ Wendy Brown hat eine Erklärung des außenpolitischen Interventionismus während Bushs Regierungszeit vorgelegt, die ebenfalls an die Postdemokratisierungsthese anknüpft und deshalb an dieser Stelle ergänzend erwähnt werden soll. Sie betrachtet – ähnlich wie Crouch, Rancière und Wolin – den Aufstieg des Neoliberalismus zur zentralen politischen Rationalität als Ursache für Entdemokratisierungstendenzen in westlichen Staaten am Ende des 20. Jahrhunderts (Brown 2006). Das Zusammentreffen von neoliberaler *und* neokonservativer Logik während der Regierungszeit von George W. Bush habe im Bereich der Außenpolitik zu einer Situation geführt, in der zwei widerstreitende Rationalitäten dieselbe Handlungsform befürworten können: „[...] what critics loosely refer to as imperial behavior veers between commitments to corporate interests and free trade on one side and statist moral crusades at odds with these interests on the other“ (Brown 2006, S. 698). Die scheinbare Allianz von Neoliberalismus und Neokonservatismus sei de facto also eher als ein „clash“ zu verstehen, dessen unterschiedliche Hintergründe nicht zuletzt auch inkonstante und inkonsistente Verhaltensweisen im außenpolitischen Engagement der Bush-Regierung erklären könnten (ebd.).

schaft zunutze machen, um ihre Macht auszubauen und das politische Handeln fast unbemerkt zu entdemokratisieren. Zu welcher paradoxen Situation dies führt, beschreibt Wolin 1996 in seinem Aufsatz zur „fugitive democracy“:

Today democracy is universally acclaimed as the only true criterion of legitimacy for political systems, and its real presence is said to consist of free elections, free political parties, and free press. And, of course, the free market. [...] Paradoxically while hardly anyone questions that the self-styled 'advanced industrial democracies' really are democracies, fewer still care to argue that 'the people' actually rule in any one of them, or that it would be a good idea if they did. For in societies where managerial rule is widely practiced, democracy appears as inherently crude and hence unsuited for the task of governing complex and rapidly changing societies. [...] The so-called problem of contemporary democracy is not, as is often alleged, that the ancient conception of democracy is incompatible with the size and scale of modern political societies. Rather it is that any conception of democracy grounded in the citizen-as-actor and politics-as-episodic is incompatible with the modern choice of state as the fixed center of political life and the corollary conception of politics as continuous activity organized around a single dominating objective, control of or influence over the state apparatus. (Wolin 1996, S. 42)

Inwiefern sich diese postdemokratische Konzeption des Staates in den letzten Jahren durchgesetzt hat, will Wolin anhand des Beispiels der USA in „Democracy Incorporated“ (2008) belegen, wo er auch den drastischen Begriff des „inverted totalitarianism“ näher erläutert. Damit knüpft er an seine in der zweiten Ausgabe von „Politics and Vision“ entwickelte These an, wonach am Ende des 20. Jahrhunderts mit dem Streben nach „Superpower“ bzw. dem „Management von Demokratie“ eine postdemokratische Regierungstechnik entstanden sei, die Elemente der liberalen Demokratie mit jenen totalitärer politischer Systeme verbinde und die somit ein neues politisches Zeitalter begründe (Wolin 2004, S. 558).

Während Wolin den Begriff der Supermacht nutzt, um sich auf interventionistische, außenpolitische Aktivitäten der Vereinigten Staaten von Amerika zu beziehen, deren Ziel der Ausbau der Macht politischer und ökonomischer Eliten aus den USA sei, beschreibt er die entsprechende Regierungstechnik mit Blick auf innenpolitische Belange als „Management“. Beides läuft jedoch auf dieselbe postdemokratische Regierungstechnik hinaus, die das Ergebnis des neoliberalen Denkens sei, da „political economy's drive for totality is manifested in the primacy of economy and its representation as the 'real' constitution of society. Economy sets the norm for all practices concerned with significant stakes of power, wealth or status“ (Wolin 2004, S. 564; vgl. 2001, S. 571 und 2008, S. 47). Nicht nur im Bereich der Ökonomie versuchten Unternehmen heute, ihre Umsätze und Gewinne zu maximieren, auch das politische Leben sei von dem Streben nach Kontrolle, Profit und Macht geprägt. Indizien hierfür sieht Wolin in dem unter amerikanischer Vorherrschaft geführten

Anti-Terrorkampf ebenso wie in dem veränderten Medieneinsatz in Wahlkämpfen – stets strebten die handelnden Akteure nach mehr Kontrolle und mehr Einfluss.

Noch bevor er das Konzept des „inverted totalitarianism“ darstellt, distanziert er sich in „Democracy Incorporated“ jedoch von dem Vorwurf, er würde das heutige politische System der USA mit der Nazi-Herrschaft gleichsetzen. Referenzen zu Hitlers Herrschaftssystem dienten in erster Linie dem Zweck der Setzung von Vergleichsgrößen: „Those benchmarks are introduced to illuminate tendencies in our own system of power that are opposed to the fundamental principles of constitutional democracy“ (Wolin 2008, S. xvii). Zudem verdeutliche der Blick in die Geschichte, dass der Totalitarismus verschiedene Formen annehmen, an verschiedenen Orten und aus verschiedenen Ausgangslagen heraus entstehen könne, und dient ihm daher der Veranschaulichung einer Gefahr, die viele demokratische Bürger für gebannt hielten (ebd.). Vor dem Hintergrund einer historisch fundierten Analyse werde offensichtlich, dass der Begriff des Totalitarismus von den Kriterien der Ein-Mann- bzw. Ein-Parteien-Herrschaft gelöst und stattdessen an die Frage nach dem Vorhandensein eines ideologischen Konformitätszwangs angebunden werden sollte (Wolin 2004, S. 579). Und dieses Kriterium erfülle der nach Ansicht Wolins von dem Streben nach Supermacht geprägte demokratische Prozess in den USA am Beginn des 21. Jahrhunderts, der zudem mit anderen Formen des Totalitarismus die Transformation der Massenmedien zu Propaganda-Instrumenten sowie eine enge Kooperation des ökonomischen und des politischen Systems gemein habe:

Superpower represents a drive towards totality that draws from the setting where liberalism and democracy have been established for more than two centuries. It is Nazism upside-down, ‘inverted totalitarianism’. While it is a system that aspires to totality, it is driven by an ideology of the cost-effective rather than of a ‘master race’, by the material rather than the ideal. (Wolin 2004, S. 591, Hervorhebung im Original)

Einen weiteren zentralen Unterschied zwischen dem „klassisch-totalitären“ Herrschaftsmodell der Nazis und dem „inverted totalitarianism“ erkennt Wolin in dem Verhältnis der Regierenden zur Politisierung der Bürger. Während die Nazis ein Mobilisierungsregime unterhalten hätten, sei die invertierte Form des Totalitarismus von dem Ziel der möglichst weitreichenden Entpolitisierung der Bürger geprägt (Wolin 2004, S. 592 f., 2008, S. 239 ff.). Hinzu kommen der Wandel der Unterdrückungsmechanismen (während die Nazis ihre Interessen wesentlich mit Hilfe von Macht und Zwang durchsetzten, setzt die postmoderne Form totalitärer Herrschaft auf weichere, von den Bürgern kaum wahrgenommene Formen der (sozialen) Macht), eine durch die neoliberale Hegemonie induzierte Veränderung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie (während im „klassischen“

Totalitarismus die Ökonomie der Politik untergeordnet gewesen sei, präsentierte sich dieses Verhältnis im invertierten Totalitarismus auf umgekehrte Weise (Wolin 2008, S. 58) und die Verzichtbarkeit einer starken Führungspersönlichkeit im invertierten Totalitarismus:

[Here, C. R.] the leader is not the architect of the system but its product. [...] Inverted totalitarianism [...] is largely independent of any particular leader and requires no personal charisma to survive: its model is the corporate 'head,' the corporation's public representative. (Wolin 2008, S. 44).

Vor allem diese vier Aspekte sind es, welche die beiden Totalitarismusformen für Wolin unterscheiden (vgl. Tab. 2.2). Sie führen ihn außerdem zu der – von einigen Autoren trotz seiner entsprechenden Erörterungen als unscharf definiert kritisierten (vgl. bspw. Zuckert 2010, S. 589) – These der „Inversion“ von Funktionslogiken und relevanten Machtverhältnissen, die in westlichen politischen Systemen in den letzten Jahren stattgefunden hätten und die diese stärker an totalitäre als an demokratische Ordnungen erinnern ließen.

Tatsächlich droht der Begriff „inverted totalitarianism“ den Leser zunächst zu verwirren, da er den Vergleich zwischen klassischem und dem invertierten Totalitarismus zu suggerieren scheint, obwohl sich die Inversion de facto auf die Funktionsweisen und Machtverhältnisse in modernen Gesellschaften bezieht. Zudem kann man hier schwerlich von einer Inversion im mathematisch-naturwissenschaftlichen Sinne sprechen, da nicht in allen Fällen eine direkte Umkehrung der relevanten Parameter erfolgt und weil mit Demokratie und „klassischem“ Totalitarismus gleich zwei Bezugsgrößen gegeben sind. Bei genauer Lektüre und mit Blick auf das philosophische Inversionsverständnis, das auch eine Sinnverkehrung implizieren kann, löst sich die Irritation gegenüber Wolins Terminologie jedoch weitgehend auf, da es gerade eine solche Sinnverkehrung ist, die er als Inversion betitelt.⁴⁸ So definiert Wolin in „Democracy Incorporated“:

For our purposes an inversion occurs when seemingly unrelated even disparate starting points converge and reinforce each other. [...] An inversion is present when a system, such as a democracy, produces a number of significant actions ordinarily associated with its antithesis. (Wolin 2008, S. 46)

Auf der Basis dieser Definition plädiert er für eine Loslösung des Totalitarismusbegriffes von dem seiner Auffassung nach zu engen „klassischen“ Verständnis, das es nicht erlaube, alle totalitären Entwicklungstendenzen in den analytischen Blick zu bekommen.

Mit der Rede vom Totalitarismus wählt Wolin also ganz bewusst einen Begriff, der wegen seiner Historie von einer kaum zu überbietenden Drastik ist und

⁴⁸ Für einen umfassenden Überblick über philosophische Inversions-Verständnisse vgl. Moriconi und Tesconi (2008).

Tab. 2.2 Typologie der Regimetypen bei Wolin (2008). (Quelle: Eigene Darstellung)

	<i>Demokratie</i>	<i>„Klassischer Totalitarismus“</i>	<i>„Invertierter Totalitarismus“</i>
<i>Historische Grundlage</i>	Monarchie, Aristokratie oder Totalitarismus	„schwache“ Demokratie	„starke“ Demokratie
<i>Ideologie</i>	Pluralismus der Weltanschauungen	Kollektive Ideologie, z. B. Nationalsozialismus	Kollektive Ideologie: Neoliberalismus
<i>Führung</i>	Selbstregierung einer aktiven Bürgerschaft	Kleine Führungselite bzw. einzelne Führungsperson	Scheindemokratische politische Elite und (meist unsichtbar wirkende) ökonomische Elite. Keine starken, charismatischen Führer, sondern austauschbare „Parteimarionetten“
<i>Machtprinzip</i>	Gleichheit aller Bürger	Kontrolle, Diktat, Angst und Schrecken	„benign“, fast unsichtbar
<i>Verhältnis Politik-Ökonomie</i>	Ökonomie der Politik untergeordnet	Ökonomie der Politik untergeordnet	Politik der Ökonomie untergeordnet
<i>Rolle des Bürgers</i>	Politisiert, starkes politisches Interesse, hohe Partizipations- bereitschaft	Politisiert, „vereinheitlicht“	Unpolitisch, entpolitisiert, durchschaubar, manipulierbar
<i>Funktion bzw. Logik der Medien</i>	Informations- und Forumsfunktion	Propaganda	Propaganda
<i>Charakteristika politischen Handels</i>	Innenpolitisch: Gemeinwohlorien- tierung zeigt sich v. a. in sozialstaatlicher Politik. Außenpolitisch: Frieden	Innenpolitisch: Diskriminierung, teilweise Umverteilung. Außenpolitisch: Starke Kriegsneigung	Innenpolitisch: Abbau der Sozialstaatlichkeit, Privatisierung, starke Leistungsori- entierung. Außenpolitisch: Politik nach ökonomischen Maximen – auch Krieg

dessen Umstrittenheit er in Kauf nimmt, um seinen Warnungen vor den Folgen der von ihm beobachteten Entwicklungen in modernen Demokratien das gewünschte Gewicht zu verleihen. Die Rede vom „inverted totalitarianism“ weist dabei nicht darauf hin, dass sich die Ideologie des Nationalsozialismus oder eines anderen, vergangenen Totalitarismus wieder etabliert hat oder etablieren könnte. Sie verweist vielmehr auf die Gefahr der neuen, neoliberalen Ideologisierung, von der Wolin glaubt, dass sie in letzter Konsequenz ähnliche Wirkungen haben kann wie die faschistischen Ideologien rund 60 Jahre zuvor. Sie bezieht sich also auf Parallelen (nicht auf Gemeinsamkeiten) zwischen den Eigenschaften von heutigen, als demokratisch empfundenen, politischen Systemen und „klassisch-totalitären“ Systemen: „My main argument is that while both systems belong to the same genus of totalitarianism, they represent different versions with some parallels and occasionally striking similarities“ (Wolin 2008, S. 49).

Ähnlich wie es bei Crouchs Konzept der Fall ist, ist auch Wolins Analyse der Postdemokratie neben einer Eliten- auch mit einer harschen Medienkritik verbunden. Die Massenmedien verhalten sich nach seiner Auffassung in einer Zeit, in der sie einflussreicher sind denn je, zunehmend unverantwortlich mit Blick auf die Funktion, die ihnen in Demokratien obliegt. Statt zu informieren und zwischen Bürgern und politischem Entscheidungszentrum zu vermitteln, orientierten sich Medienkonzerne und Journalisten zunehmend an den Maßstäben der ökonomischen Logik, die der Profitmaximierung Vorrang vor den demokratischen Kriterien guter Berichterstattung einräumt. Die Ausrichtung der Massenmedien an der Logik der Ökonomie – die sich unter anderem in dem Zusammenschluss zahlreicher einzelner Unternehmen und Titel zu großen Medienkonglomeraten zeige – sei zwar im Vergleich zum klassischen Totalitarismus ein Novum, nichtsdestoweniger gibt es nach Ansicht Wolins eine wichtige Parallele zwischen dessen Medienprodukten und den heutigen: Sie dienten der Politik jeweils als Propagandainstrumente. Ebenso wie die Nazis die Bedingungen für die ideologisch geleitete Massenpartizipation im Dritten Reich nur durch den Einsatz von Propaganda in allen verfügbaren Massenmedien erreichen konnten, sei Massenpropaganda auch heute ein zentrales Instrument zur Lenkung der Bevölkerung in die von den ökonomischen und politischen Eliten gewünschte Richtung – bis hin zur Manipulation der Wahlergebnisse durch den stetigen Bezug auf Umfrageergebnisse ohne Verbindung zu den Inhalten des politischen Diskurses (Wolin 2004, S. 519 f.; Wolin 2008, S. 210 ff.). Der journalistische Ethos rücke dabei zunehmend in den Hintergrund, so sehen sich zwar neben den Politikern auch die Medien mit einem massiven Vertrauensverlust der Bürger in ihre Leistungen konfrontiert, zu Gunsten des gesteigerten Profits nähmen sie diese Entwicklung jedoch hin und vertrauten darauf, dass ihr Vertrauensentzug die entpolitisierten und unterhaltungsorientierten Bürger auch weiterhin nicht zu einem Verzicht auf die Mediennutzung veranlasst (Wolin 2008, S. XX).

Zwar sind die Medien in Wolins Konzept nicht ursprünglich verantwortlich für die Postdemokratisierung, die Veränderung ihrer Handlungslogik ist neben der Passivität der konsumorientierten Bürger, dem außenpolitischen Expansionskurs und dem innenpolitischen Abbau sozialstaatlicher Leistungen jedoch einer der deutlichsten Spiegel der von ihm beschriebenen politischen Veränderungsprozesse. Im folgenden Abschnitt soll daher vorwiegend anhand dieser vier Untersuchungsmerkmale (Veränderungen auf Seiten der Bürger, der außen- und innenpolitischen ‚policies‘ und der Massenmedien) dargestellt werden, inwiefern seinem Konzept ein empirisches Fundament zugrunde liegt.

2.3.5 Belege für die Postdemokratisierungs-These

Ähnlich wie es bei Jacques Rancières und Colin Crouchs Postdemokratiekonzepten der Fall ist, verzichtet auch Wolin – obwohl er die Verbindung von Theorie und Empirie als zentrales Charakteristikum seiner Arbeiten bezeichnet (Wolin 2004, S. 15) – durchgehend auf präzise gemessene Daten im Sinne des empirisch-analytischen Wissenschaftsparadigmas und legt seinen Analysen zur Transformation der Demokratie am Ende des 20. bzw. am Beginn des 21. Jahrhunderts auch keine genau bestimmte Methodik zugrunde. Zwar baut er auf seine Überlegungen zur *fugitive democracy* auf, die er, wie anfangs dargestellt, auf der Basis einer historisch orientierten Theorieanalyse entwickelt hat, er verzichtet mit Blick auf die postdemokratischen Phänomene jenseits der Auseinandersetzungen mit Tocquevilles Werk jedoch an den meisten Stellen darauf, diese Vorgehensweise detailliert fortzusetzen. Stattdessen bedient er sich recht knapper und einfach gehaltener Beschreibungen seiner Wahrnehmung der zeitgenössischen Demokratie und Gesellschaft, die offensichtlich häufig Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Forschungen inkludieren. Dieses in seine Überlegungen eingeflochtene Wissen bezieht sich vorwiegend auf US-amerikanische Forschungen bzw. auf Forschungen, die die USA zum Gegenstand haben, was nicht weiter verwunderlich ist, da er die postdemokratische Entwicklung in den Vereinigten Staaten als besonders weit fortgeschritten einschätzt (vgl. Wolin 2008, S. ix ff.) So weist er beispielsweise darauf hin, dass es in den USA Entwicklungen gegeben habe,

that promoted integration, rationalization, concentrated wealth, and a faith that virtually any problem – from health care to political crises, even faith itself – could be managed, that is, subjected to control, predictability, and cost-effectiveness in the delivery of the product. Voters are made as predictable as consumers; a university is nearly as rationalized in its structures as a corporation; a corporate structure is as hierarchical in its chain of command as the military. (Wolin 2008, S. 47, vgl. auch 2001, S. 571)

Mit solchen Beispielen spricht er – und das ist prototypisch sowohl für seine Überlegungen in „Tocqueville between Two Worlds“, „Politics and Vision“ und „Democracy Incorporated“ – fast durchweg Entwicklungen an, die unter Sozialwissenschaftlern als unumstritten gelten, weil sie in diversen empirischen Studien untersucht und belegt wurden. Er behandelt solche Ergebnisse jedoch als „common knowledge“ und verzichtet auf explizite Zitationen, detaillierte Nachweise sowie auf die Angabe genauer Daten.

Neben den genannten Indikatoren eines Verständnisses von Politik als „Management“ der öffentlichen Angelegenheiten und der Öffentlichkeit bis hin zur Kontrolle des Wahlaktes, zählt Wolin auch das Ideal politischen Handelns als effizient (also schnell, zentralisiert und an ökonomischen Zielen orientiert) zu den empirischen Merkmalen der Postdemokratie bzw. des „inverted totalitarianism“ (Wolin 2004, S. 567). Zudem sei der Wandel des Demokratie- bzw. Politikverständnisses auch daran erkennbar, dass sich die Symbolik der Macht verändert habe:

If factory and assembly line were the material symbols of modern power, electronic systems of communication have become symbols of postmodern power. Where modern power shipped huge finished products, postmodern power transmits messages. Where modern power was rooted in tangible forms of property, postmodern power covets intangible ‘intellectual property’. [...] Foremost among the changes from modern to postmodern power is that the directive role of the state is now shared with power-forms hitherto conceived primarily as economic in character. (Wolin 2004, S. 563)

In der Öffentlichkeit werde die aus diesen Veränderungen resultierende Krise der Demokratie jedoch nicht oder kaum erkannt, was neben dem sinkenden Interesse der Bürger an demokratischer Politik nicht zuletzt auch daran läge, dass der „kritisch Intellektuelle zu einer vom Aussterben bedrohten Art“ geworden sei (Wolin 2004, S. 594; Übers. C. R.). Nicht von seinen Warnungen aufgeschreckt, nähmen auch die Bürger die Verringerung ihres Einflusses ebenso wie jene ihrer Verantwortung stillschweigend hin und seien bereit, sich – unter Umständen sogar begeistert – den politischen Plänen von stark und erfolgreich wirkenden politischen Führern anzuschließen (Wolin 2008, S. 184). Eine nennenswerte kritische Reaktion der Bevölkerung erfolge dabei nicht einmal auf jene Veränderungen, die sich auf die aus dem ökonomischen Diktat resultierende Erosion von Gleichheit bezögen und die damit besonders tiefgreifend undemokratisch wirkten. So sei beispielsweise die Ungleichheit von schwarzen und weißen Amerikanern in den letzten Jahren nicht aufgehoben worden, sondern habe sich vor den Augen der diesen Entwicklungen gegenüber apathisch und desinteressiert wirkenden Bürgern verschärft (Wolin 2004, S. 591).

Gleichzeitig hätten ökonomische Argumentationsmuster Einzug in den öffentlichen Diskurs gehalten, die beispielsweise suggerierten, dass sich die amerikanische Unterschicht nicht am wirtschaftlichen Geschehen beteiligen *wolle* – ihr Vermögen zu einer Beteiligung am ökonomischen Leben werde dagegen immer seltener diskutiert (ebd.: S. 576). „The fact that democracy continues to be invoked in American political rhetoric and the popular media may be a tribute, not to its vibrancy, but to its utility supporting a myth that legitimates the very formations of power which have enfeebled it“ (ebd.: S. 601). Solche Mythologisierungsbemühungen der gesellschaftlichen Eliten seien vor allem aufgrund der sich verschlechternden Qualität der journalistischen Leistung bzw. der Berichterstattung in den Massenmedien erfolgreich. Die rhetorischen Spuren der Mythologisierung von Demokratie versucht Wolin dabei allerdings ebenso wenig empirisch nachzuweisen wie er auf Studien oder Indikatoren zur Überprüfung der Qualität der Berichterstattung eingeht.

Leichter fällt ihm dagegen vor dem Hintergrund der amerikanischen Initiativen für Einsätze vor allem in Afghanistan und im Irak bzw. angesichts des militärischen Engagements der USA in diesen und anderen Gebieten die Untermauerung seiner Überlegungen zur Expansionsneigung des „inverted totalitarianism“. Dabei schließt er sich jener Haltung an, die die Motivation des Einsatzes der USA in diesen Staaten maßgeblich für in Interessen der Rüstungsindustrie und der Energiewirtschaft begründet sieht (vgl. Wolin 2008, S. 82 ff.).

Die Innenpolitik sei im Zuge der Postdemokratisierung von strategischen Interessen anstelle von politischen Zielen und einer der Durchsetzung dieser Interessen dienenden Ideologisierung geprägt (vgl. ebd.: S. 184 ff., 200 f.). So seien die beiden amerikanischen Parteien mehr an der gegenseitigen Diskreditierung als an einer programmatischen Erneuerung interessiert und die dringend notwendige Modernisierung des amerikanischen Parteiensystems bliebe aus. Dies führe dazu, dass die Wahlbeteiligung immer geringer werde – diese Entwicklung liege aber im Interesse des „inverted totalitarianism“, dem die Entpolitisierung der Bürger nütze (ebd.: S. 197). Wichtige Inhalte der politischen Entscheidungen seien durch einen Abbau der Sozialstaatlichkeit und eine damit in Verbindung stehende zunehmende Fremdenfeindlichkeit, durch zunehmende Deregulierung und Privatisierung und durch den Versuch der Umsetzung ökonomischer Interessen charakterisiert (ebd.: S. 194 ff.).

Wie dieser knappe Überblick über das empirische Fundament seiner postdemokratischen Diagnose – Wolin nennt viele weitere Beispiele – belegt, lässt Wolins Konzept der Postdemokratie ein solides empirisches Fundament ebenso vermissen wie es in den Arbeiten von Crouch und Rancière der Fall ist. Besonders kritisch ist dabei sein Verzicht auf Belege an jenen Stellen zu sehen, an denen sie unter Rückgriff auf existierenden Daten und Datenreihen ohne eigenen Erhebungsaufwand

angeführt werden könnten (beispielsweise die Entwicklung der Wahlbeteiligung). Dies nimmt dem Leser im Einzelfall die Möglichkeit zu erkennen, wann der Autor sich auf umfangreich belegte Tatsachen, wann auf bekannte Forschungshypothesen und wann lediglich auf ungeprüfte persönliche Einschätzungen bezieht und lässt ihn letztendlich in einer weitgehenden Unsicherheit über den genauen empirischen Gehalt seiner Postdemokratisierungsthese zurück.

So ist denn im Folgenden auch weniger Wolins Blick auf die Empirie für die Argumentation dieser Arbeit hilfreich als es seine theoretischen Ausführungen über die relevanten Veränderungsgrößen in der Postdemokratie sind. Bemerkenswert ist dabei vor allem die Aufmerksamkeit, die er der Veränderung des öffentlichen Diskurses schenkt. Bevor dieser Aspekt im Vergleich der drei Postdemokratisierungskonzepte näher herausgearbeitet wird, ist jedoch noch analog zu den Darstellungen der anderen beiden postdemokratischen Konzepten zu erörtern, ob und inwiefern Wolin die Postdemokratisierung als einen reversiblen Prozess beschreibt.

2.3.6 Bewertung der Postdemokratisierung durch Wolin

Zunächst einmal betrachtet Wolin mit Blick auf die Geschichte jede politische Krise als eine theoretische Chance und als Konsequenz aus der Unausweichlichkeit gesellschaftlichen Wandels: Krisen hätten sich in der Vergangenheit häufig als Ausgangspunkte großer Beiträge zur politischen Philosophie erwiesen, weil in Krisenzeiten die Integrationskraft politischer Institutionen sinkt und sie dadurch dringender und gründlicher hinterfragt würden (Wolin 2004, S. 9). Seinen kritischen Positionen liegt also die Hoffnung zugrunde, dass sie zu einer theoretischen und schließlich auch sukzessive zu einer politischen Erneuerung führen.

Auch mit Blick auf die Bewertung der postdemokratischen Krise stellt sich für Wolin zuvorderst die Frage, inwiefern sie den Nährboden für positive Weiterentwicklungen politischen Handelns und politischer Systeme sein kann. Dabei ist er von der Überzeugung getragen, dass es vor allem akademisch gebildete Eliten sind, die positive Veränderungen bewirken können (Wolin 2008, S. 161). Gerade diese Bevölkerungsgruppe schrumpft – wie dargestellt und gemäß der Erwartungen der Kritischen Theorie – nach seiner Ansicht jedoch seit dem Beginn der Postdemokratisierung auf eine kleine Zahl Intellektueller, welche die notwendige Kapazität und den erforderlichen Willen zur Veränderung haben. Diese Einschätzung ist es, die die postdemokratische Krise in Wolins Augen zu einer besonders ernsten werden lässt und die ihn in Bezug auf das emanzipatorische Potential dieser jüngsten gesellschaftlichen Entwicklungskrise skeptisch stimmt. Denn angesichts des egali-

tarismusfeindlichen Klimas in der „era of Superpower“ liege die zentrale Aufgabe der intellektuellen Eliten darin, „to nurture the civic conscience of society“ (Wolin 2004, S. 606) – es sei jedoch fraglich, ob dies einer kleinen Gruppe von Akademikern gelingen könnte.

Wenn der Kampf gegen die Postdemokratisierung erfolgreich sein soll, dann müsse es den demokratischen Kräften gelingen, „traditional localism and postmodern centrifugalism“ (ebd.: S. 604) zu vereinen, so dass widerstreitende Kräfte besser in eine (gemeinwohlorientierte) Gesellschaft integriert werden. Die widerstreitenden Kräfte könnten jedoch nicht über Einheitlichkeit, sondern nur über Vielfalt und die demokratische Möglichkeit zum artikulierten Dissens vereinigt werden: „The central challenge at this moment is not about reconciliation but about dissonance, not about democracy’s supplying legitimacy to totality but about nurturing a discordant democracy“ (Wolin 2004, S. 605). Ähnlich wie Rancière fordert Wolin also eine Wiederbelebung des politischen Streits.

Damit dies gelingen könne, müsse Demokratie wieder als etwas anderes als eine bloße Regierungsform begriffen werden. Stattdessen müsse sie wieder zu einer Seinsform („mode of being“) werden (Wolin 1996, S. 43). Diese Seinsform bringe es zwar mit sich, dass die Flüchtigkeit der wahrhaft demokratischen Momente wieder deutlicher zutage trete, dies sei es aber ja gerade, was die Qualität einer Demokratie kennzeichne. Wolin lässt dabei offen, inwiefern die Reetablierung der Demokratie als Seinsform eine bloße Rückkehr zu jener Demokratieform ist, die er selbst in den USA am Beginn und in der Mitte des 20. Jahrhunderts erlebt hat – oder inwiefern diese ‚Rückkehr‘ zugleich gesellschaftlichen Fortschritt zum Ausdruck bringen müsste. Gerade weil vor dem Hintergrund seines theoretischen Rahmens eine bloße Retransformierung jedoch als unmöglich erscheint, ist es bedauerlich, dass er nicht darauf eingeht, welche neuen Charakteristika das Politische bzw. die Demokratie prägen könnten.

Zumindest zeigen seine Ausführungen deutlich, dass Wolin trotz seiner Wahrnehmung des Verfalls der akademischen Kritikfähigkeit zwar skeptisch, jedoch nicht gänzlich pessimistisch ist, wenn es um die Wiederbelebung eines politischen, egalitären Demokratieverständnisses geht: „The best hope for a democratic revival is to make use of the experience represented by the demos and by fugitive democracy, thereby identifying promising sites for a democratic revival“ (Wolin 2008, S. 287). Die noch deutlichere und vehementere Identifikation der Vermachtung des Politischen durch ökonomische Logik sieht er dabei als einen ersten Schritt an und beschreibt somit ein empirisches Forschungsvorhaben, das dem in dieser Arbeit vorgelegten Konzept durchaus entspricht – wenngleich sich für Wolin die Frage, ob eine solche Vermachtung überhaupt vorliegt, natürlich gar nicht (mehr) stellt.

Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit
Kritik zeitgenössischer Demokratie – theoretische
Grundlagen und analytische Perspektiven

Ritzi, C.

2014, XIII, 297 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-01468-1